

Landesbank Berlin Holding AG

JAHRESABSCHLUSS UND LAGEBERICHT 2013



# Landesbank Berlin Holding AG

## Jahresabschluss und Lagebericht 2013

### Inhalt

#### Lagebericht

Das Unternehmen im Überblick	1
Geschäftstätigkeit im Konzern	5
Geschäftsverlauf Januar - Dezember 2012	10
Risikobericht	19
Chancen- und Prognosebericht / Ausblick	82

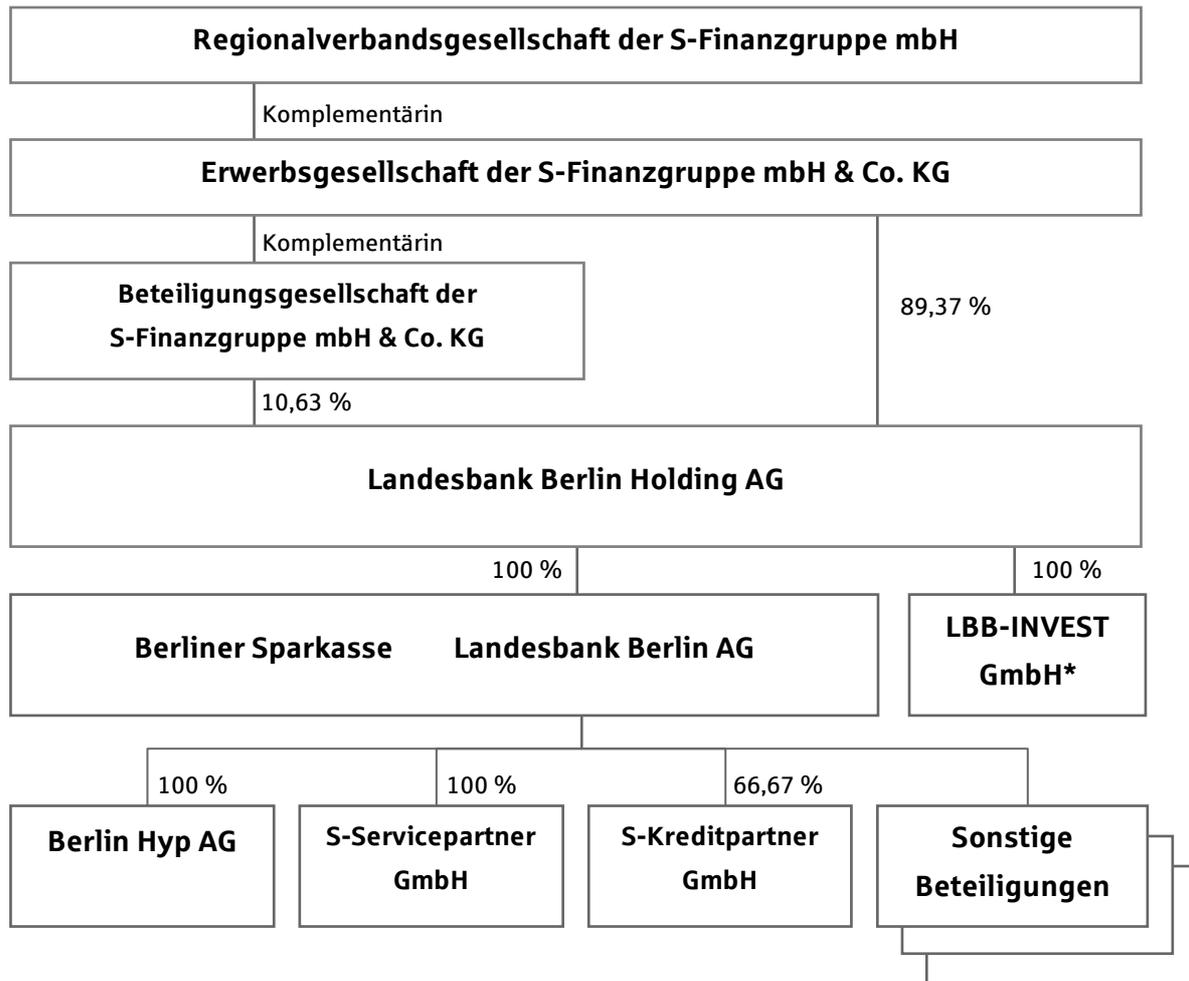
#### Jahresabschluss

Bilanz	97
Gewinn- und Verlustrechnung	98
Anhang	99
Anlagen zum Anhang	112
Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers	114
Versicherung der gesetzlichen Vertreter	116
Bericht des Aufsichtsrats	117

# Das Unternehmen im Überblick

## Organisatorische und rechtliche Struktur

Die organisatorische und rechtliche Struktur der Landesbank Berlin Holding AG im Konzernverbund stellte sich im Berichtsjahr 2013 wie folgt dar:



\* Abgang der Anteile mit Ablauf des 31. Dezember 2013

- Die Landesbank Berlin Holding AG (Holding) ist die Muttergesellschaft des Konzerns Landesbank Berlin mit Sitz in Berlin. Sie ist eine Finanzholding-Gesellschaft im Sinne des Kreditwesengesetzes (KWG) und zu 100 % an der Landesbank Berlin AG (LBB) beteiligt. Darüber hinaus hielt sie bis zum Ablauf des 31. Dezember 2013 die Anteile an der Kapitalanlagegesellschaft Landesbank Berlin Investment GmbH (LBB-INVEST). Hauptaktionärin der Holding ist die Erwerbsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG (S-Erwerbsgesellschaft) mit einer Anteilsquote von 89,37 %. Sie ist Komplementärin der Beteiligungsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG (S-Beteiligungsgesellschaft).

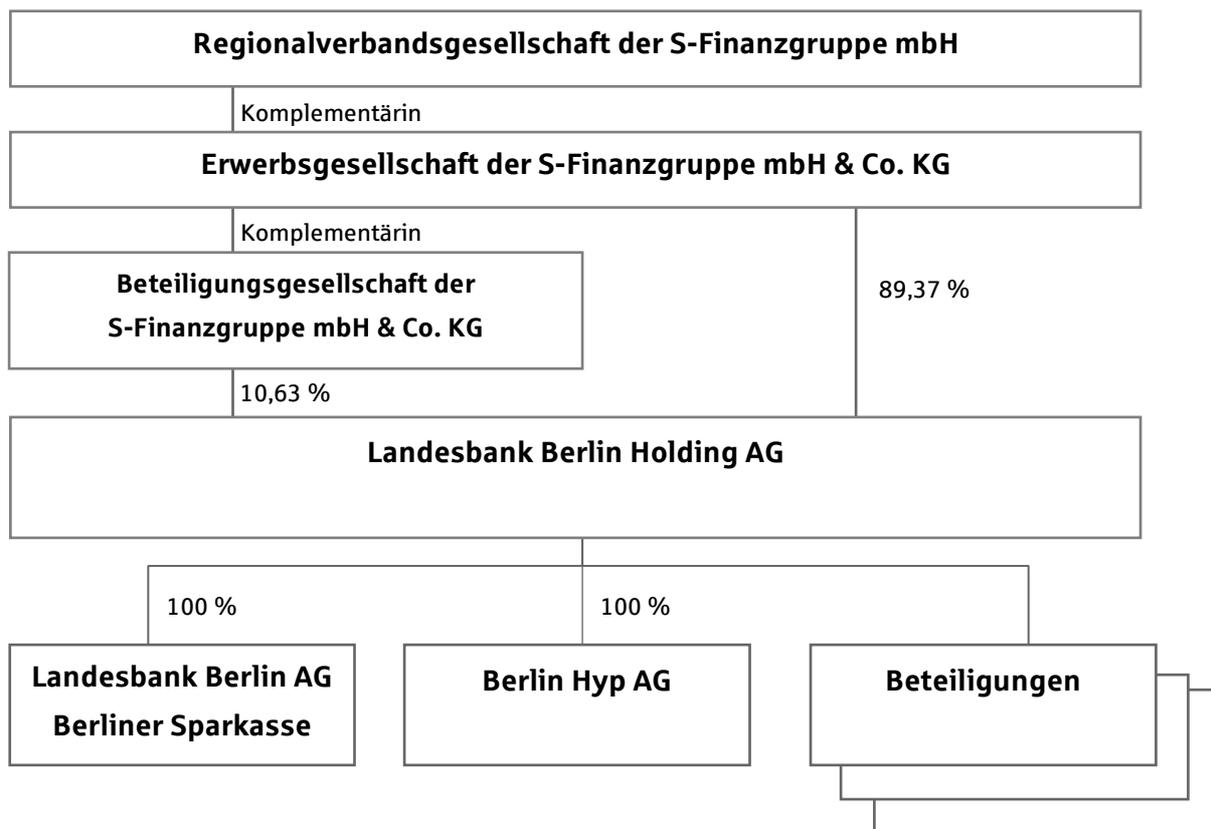
schaft), die 10,63 % der Anteile hält. In ihrer Funktion als Komplementärin der S-Erwerbsgesellschaft übernimmt die Regionalverbandsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH (RVG) die Geschäftsführung sowohl für die S-Erwerbsgesellschaft als auch für die S-Beteiligungsgesellschaft.

- Die LBB ist ein 100-prozentiges Tochterunternehmen der Holding. Sie ist eine nicht börsennotierte Aktiengesellschaft und ein Kreditinstitut im Sinne des KWG. Die LBB ist Trägerin der Berliner Sparkasse (§ 3 Abs. 2 des Berliner Sparkassengesetzes) und unterhält derzeit noch eine Niederlassung in Luxemburg, deren Schließung für Mitte 2014 geplant ist. Die Berliner Sparkasse ist eine öffentlich-rechtliche Sparkasse in der Rechtsform einer teilrechtsfähigen Anstalt des öffentlichen Rechts (§ 3 Abs. 1 Berliner Sparkassengesetz) und wird als Zweigniederlassung der LBB geführt.
- Die LBB hält wichtige strategische Beteiligungen des Konzerns wie die Berlin Hyp AG, die S-Servicepartner GmbH und die S-Kreditpartner GmbH (SKP).

Die Holding betreibt kein eigenes Bankgeschäft und verfügt deshalb über keine Mitarbeiter. Ihr Hauptzweck ist das Halten der Beteiligung an der LBB. Die hierfür notwendigen Tätigkeiten und die Unterstützung der Organe der Holding wurden im Wege der Geschäftsbesorgung von der LBB erbracht.

Der Konzern gliederte sich in vier strategische Geschäftsfelder, das Segment Refinanzierung und Zinsmanagement, die Servicefunktionen Corporate Center und Marktfolge. Die strategischen Geschäftsfelder bestanden aus dem Geschäft mit privaten Kunden und Firmenkunden sowie dem Immobilienfinanzierungs- und dem Kapitalmarktgeschäft. Im Segment Refinanzierung und Zinsmanagement wurde die zentrale Steuerung der Refinanzierung und des Bankbuchs abgebildet. Die Corporate Center umfassten unter anderem die Bereiche Infrastruktur, Risiko und Controlling, Personal, Unternehmensentwicklung und Recht, Revision und Finanzen. Die Marktfolge beinhaltete die Backoffice-Dienstleistungen der S-Servicepartner GmbH und die Kreditbereiche der LBB.

Im Zuge der **Neuordnung der Geschäftsaktivitäten** hatten die Sparkassen als Eigentümer zusammen mit der LBB und der DekaBank im Dezember 2012 eine Empfehlung für die künftige Ausrichtung des Konzerns erarbeitet. Inhaltliche Überschneidungen von LBB und DekaBank werden abgebaut und die Stärken beider Häuser noch besser für die Sparkassen und deren Kunden nutzbar gemacht. Die Umsetzung des folgenden **Zielmodells** ist weitgehend bis Ende 2014/Anfang 2015 geplant:



- Die LBB ist in der neuen Struktur weiterhin eine direkte Tochtergesellschaft der Holding. Allerdings besteht künftig nahezu das gesamte Geschäft aus dem der Berliner Sparkasse und wird unter dieser Marke geführt. Die Berliner Sparkasse bleibt eine teilrechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts.
- Das kundenorientierte Kapitalmarktgeschäft der LBB sowie die Beteiligung an der Fondsgesellschaft LBB-INVEST wurden bereits mit Ablauf des 31. Dezember 2013 an die DekaBank veräußert.
- Die Berlin Hyp wird ebenfalls eine direkte Tochtergesellschaft der Holding und damit eine Schwestergesellschaft der LBB/Berliner Sparkasse.

## **Vorstand und Ressortverteilung**

Zum 31. Dezember 2013 gehörten dem Vorstand der Holding der Vorsitzende Dr. Johannes Evers und Jan Bettink an. Sie waren zugleich Vorstandsvorsitzender beziehungsweise Vorstandsmitglied der LBB. Weitere Vorstandsmitglieder der LBB waren zum Stichtag Serge Demolière, Hans Jürgen Kulartz und Patrick Tessmann.

Martin K. Müller, bis 30. April 2013 Vorstandsmitglied der LBB und der Holding, wechselte zum 1. Mai 2013 in den Vorstand der DekaBank. Die Zuständigkeit für die von ihm verantworteten Ressorts hat Volker Alt - unter Verantwortung des Vorstandsvorsitzenden - übernommen, der mit Wirkung zum 16. April 2013 zum Generalbevollmächtigten der LBB ernannt wurde.

Jan Bettink hat mit Wirkung zum 31. Dezember 2013 sein Amt als Vorstandsmitglied der LBB niedergelegt. Er ist seit dem 1. Januar 2014 Vorsitzender des Vorstands der Berlin Hyp AG. Herr Bettink bleibt unverändert Mitglied des Vorstands der Holding.

Alle operativen Aufgaben der Holding wurden auf der Grundlage eines Geschäftsbesorgungsvertrages zwischen der Holding und der LBB von der LBB wahrgenommen. Die Zuständigkeiten im Vorstand waren zum 31. Dezember 2013 wie folgt geregelt:

### **Dr. Johannes Evers**

(Vorsitzender)

Landesbank Berlin Holding AG

Landesbank Berlin AG

Compliance

Finanzen

Personal

Revision

Unternehmensentwicklung und Recht

### **Jan Bettink**

Landesbank Berlin Holding AG

Landesbank Berlin AG

Immobilienfinanzierung

**Serge Demolière**

Landesbank Berlin AG  
Kapitalmarktgeschäft

**Hans Jürgen Kulartz**

Landesbank Berlin AG  
Firmenkunden  
Einkaufsmanagement  
Infrastruktur  
Organisationssteuerung

**Patrick Tessmann**

Landesbank Berlin AG  
Private Kunden

**Volker Alt**

Generalbevollmächtigter  
Landesbank Berlin AG  
Kredit  
Risikobetreuung  
Risiko und Controlling  
S-Servicepartner GmbH

**Geschäftstätigkeit im Konzern**

Mit den Konzernunternehmen LBB/Berliner Sparkasse und Berlin Hyp ist der Konzern Landesbank Berlin Holding weiterhin darauf ausgerichtet, im Kundengeschäft zu wachsen und die Qualität der Produkte und Dienstleistungen stetig zu verbessern. Der Konzern hat eine starke Marktstellung in seiner Kernregion Berlin. Darüber hinaus nimmt er über die S-Kreditpartner und die S-Servicepartner die Rolle als Dienstleister der Sparkassen-Finanzgruppe ein.

Das Bankgeschäft des Konzerns wurde im **Berichtsjahr** in den folgenden Geschäftsfeldern sowie im Segment Refinanzierung und Zinsmanagement betrieben und dabei durch die Servicefunktionen Corporate Center und Marktfolge mit den Backoffice-Dienstleistungen der S-Servicepartner GmbH unterstützt.

Das Geschäftsfeld **Private Kunden** betrieb weiterhin das Universalbankgeschäft mit Privatpersonen. Im regionalen Geschäft der Berliner Sparkasse wurden 2013 rund zwei Millionen Privatkunden betreut. Das überregionale Kreditkartengeschäft wurde überwiegend mit so genannten Co-Branding-Partnern (zum Beispiel ADAC, Amazon, Air Berlin) betrieben und umfasste rund 2,4 Millionen ausgegebene Kreditkarten. Im überregionalen Auto- und Konsumentenkreditgeschäft war die S-Kreditpartner GmbH als Verbundpartner der deutschen Sparkassen tätig.

Das Geschäftsfeld **Firmenkunden** betreute mit einem umfassenden Produkt- und Leistungsangebot knapp 73.000 kleine und mittelständische Unternehmen. Ein strategisches Ziel war auch im Berichtsjahr die Sicherung der starken Marktposition in der Region Berlin in einem intensiven Wettbewerbsumfeld. Auf Basis eines verlässlichen Geschäftsmodells war auch 2013 ein hoher Qualitätsanspruch zur weiteren Vertiefung der Kundenbeziehungen sowie bei der Neukundengewinnung ein entscheidendes Erfolgsmerkmal.

In der gewerblichen **Immobilienfinanzierung** waren LBB und Berlin Hyp im Berichtsjahr noch gemeinsam tätig. Das gemeinsame Geschäftsfeld ist zum 31. Dezember 2013 aufgelöst worden. Es betreute rund 2.100 Kunden (Risikoverbünde) im Inland und in ausgewählten Auslandsmärkten. Schwerpunktmäßig wurden die Geschäfte mit gewerblichen Investoren, Wohnungsunternehmen, Kapitalanlagegesellschaften, Immobilienfonds und ausgewählten Developern betrieben. Die Kundenbetreuung erfolgte neben dem Sitz der Banken in Berlin durch vier inländische Geschäftsstellen in Hamburg, Düsseldorf, Frankfurt/Main und München sowie durch drei Repräsentanzen im Ausland (Niederlande, Polen und Frankreich). Die Kreditbearbeitung fand unverändert zentral in Berlin statt.

Das **Kapitalmarktgeschäft** (KMG) umfasste die Bereiche Client Business (Distribution und Produktion), Treasury und Trading sowie Internationales Geschäft. Zum Geschäftsfeld KMG gehörten darüber hinaus die Kapitalanlagegesellschaft LBB-INVEST (Abgang der Anteile mit Ablauf des 31. Dezember 2013) sowie operative Einheiten der LBB an den Auslandsstandorten London (bis September 2013) und Luxemburg. Das KMG richtete seinen Fokus auf das kundenbezogene Geschäft. Zielkundengruppe waren neben mittelständischen institutionellen Kunden vor allem die Sparkassen. Das Management von kurz- und langfristigen Anlage- und Handelsgeschäften ergänzte das Kundengeschäft.

Mit diesem Vier-Säulen-Modell war der Konzern - auch unter den Bedingungen der Finanzkrise - weitgehend erfolgreich. Allerdings waren die Ergebnisse volatil und stark vom Ertrag

des Kapitalmarktgeschäfts und damit von exogenen Entwicklungen der Finanzmärkte geprägt. Für die nächsten Jahre zeichnen sich im Umfeld und im Markt sehr deutlich Entwicklungen ab, die die Rahmenbedingungen des integrierten Geschäfts- und Organisationsmodells des Konzerns tief greifend verändern. Besonders zwei externe Entwicklungen - die seit einigen Jahren kontinuierlich zunehmenden regulatorischen Anforderungen und der im Wettbewerb zu beobachtende Wandel von integrierten zu fokussierten Geschäfts- und Organisationsmodellen - stellen das bisherige Geschäftsmodell des Konzerns grundsätzlich in Frage.

Mit kundenorientierten Wachstumsinitiativen sowie dem Abbau von Komplexität und Kosten hat der Konzern bereits in den vergangenen Jahren auf diese Entwicklungen reagiert. Dazu gehörten die Wachstumsprogramme „Wege zum Kunden“ im Privatkundengeschäft und „Zukunftswerkstatt“ im Firmenkundengeschäft sowie der Ausbau des kundenorientierten Kapitalmarktgeschäfts mit Sparkassen, die vollständige Übernahme der Berlin Hyp-Anteile von der NordLB sowie die beiden Squeeze-Out-Transaktionen bei der Berlin Hyp und der Holding. Mit der Schließung der Niederlassungen London im September 2013 und Luxemburg bis Mitte 2014, dem Abbau von Risikoaktiva (RWA-Abbau) sowie der Optimierung der Corporate Center wurden entsprechende Programme zur Senkung von Komplexität und Kosten aufgesetzt. Zugleich sind durch den gezielten und tief greifenden RWA-Abbau in erheblichem Umfang hartes Kernkapital freigesetzt und weiter verschärfte regulatorische Anforderungen erfüllt worden.

Zusätzlich zu diesen strategischen Weichenstellungen werden folgende Geschäftsbereiche **neu ausgerichtet**:

- Die Berliner Sparkasse wird sich auf das Kerngeschäft der Privat- und Firmenkundenbetreuung sowie auf die lokale gewerbliche Immobilienfinanzierung in der Region Berlin konzentrieren. Zum Kerngeschäft der Berliner Sparkasse wird außerdem das Treasury mit den Aufgabengebieten Liquiditätsreserve, Depot-A-Geschäft sowie strategische Fristentransformation und Eigenmittelanlage gehören. Geschäftsaktivitäten unter dem Namen LBB wird es künftig mit Ausnahme des überregionalen Kreditkartengeschäfts nicht mehr geben.
- Die Berlin Hyp, in der das überregionale gewerbliche Immobilienfinanzierungsgeschäft des LBB-Konzerns gebündelt wird, positioniert sich als eigenständige Immobilienfinanzierungsbank in der Sparkassen-Finanzgruppe. Die hierfür erforderliche Aufteilung der Portfolien zwischen der Berlin Hyp und der Berliner Sparkasse wurde in wesentlichen Teilen vorbereitet und erste Portfolioübertragungen wurden realisiert. Damit waren Personal-

übergänge auf das jeweils zuständige Kreditinstitut verbunden. Der Prozess hinsichtlich der Portfolioübertragungen und der damit verbundenen Personalübergänge soll in 2014 abgeschlossen werden.

- Das kundenbezogene Kapitalmarktgeschäft wurde zusammen mit der LBB-INVEST an die DekaBank veräußert und wird dort ein bedeutender Teil der Wertpapierhaus-Strategie der DekaBank.

Diese Verringerung und Fokussierung der Geschäftsbereiche führt zu geringeren quantitativen und qualitativen Kapazitätserfordernissen in den Corporate Centern und Marktfolgebereichen der LBB beziehungsweise der S-Servicepartner. Hier wurden ein umfassender Abbau von Personalkapazitäten in Höhe von rund 950 Mitarbeiterkapazitäten, ein Umbau der Systeme der Informationstechnologie und ein tiefgreifendes Kostensenkungsprogramm eingeleitet, die zusammen die Höhe der Restrukturierungsrückstellung begründen. Hierdurch wird eine für die kommenden Jahre nachhaltige Ergebnisstruktur geschaffen.

Die strategischen Geschäftsfelder/Segmente werden anhand folgender nach den International Financial Accounting Standards (IFRS) ermittelten **Erfolgskennziffern** gesteuert:

- Operatives Ergebnis nach Restrukturierung und Bankenabgabe/Ergebnis vor Steuern,
- Eigenkapitalrentabilität und
- Cost-Income-Ratio.

Die Eigenkapitalrentabilität der strategischen Geschäftsfelder/Segmente ist der Quotient aus „operativem Ergebnis nach Bankenabgabe/Ergebnis vor Steuern“ und „gebundenem Eigenkapital“ nach einem ökonomischen Verfahren. Für die Eigenkapitalrentabilität auf Konzernebene wird branchenüblich das durchschnittliche IFRS-Eigenkapital zu Grunde gelegt.

Die Cost-Income-Ratio wird gebildet als Quotient aus Verwaltungsaufwand und Summe aus Zinsüberschuss, Provisionsüberschuss, Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen, Ergebnis aus erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumenten, Ergebnis aus Finanzanlagen, Ergebnis aus nach der Equity-Methode bewerteten Anteilen sowie dem sonstigen betrieblichen Ergebnis.

Auf Konzern- und Einzelinstitutsebene treten

- eine angemessene Eigenmittel-/Liquiditätsausstattung,
- die Konzernbilanzsumme,
- das HGB-Ergebnis auf Ebene der Holding,
- die Dividendenentwicklung und
- die Mitarbeiterkapazität im Konzern

als Steuerungsgrößen hinzu.

Auf Geschäftsfeldebene werden neben den genannten Leistungsindikatoren weitere das jeweilige Geschäftsfeld begleitende Steuerungsgrößen eingesetzt. Hierzu zählen unter anderem beim Geschäftsfeld Private Kunden die Nettobestandsveränderung an Privatgirokonten, beim Geschäftsfeld Firmenkunden die Anzahl der Neukunden an kleinen und mittelständischen Unternehmen sowie beim Geschäftsfeld Immobilienfinanzierung das Neugeschäftsvolumen und die Prolongationsquote.

## **Geschäftsverlauf Januar bis Dezember 2013**

### **Wirtschaftliche Rahmenbedingungen**

In Europa besserte sich im Jahr 2013 die Wirtschaftslage langsam. Die Stabilisierung zeigte sich vor allem im Konsum und bei der Investitionstätigkeit. Gleichzeitig ließ der Schub vom Außenbeitrag nach, da sich wichtige Schwellenländer weniger dynamisch entwickelten und auch das Wachstum der US-Wirtschaft im Zuge markanter fiskalischer Einschnitte etwas schwächer ausgefallen war. Im Eurogebiet konnten für das zweite und dritte Quartal leichte Zuwächse der Wirtschaftsleistung gemeldet werden. Vorherige Einbußen sind damit jedoch nicht aufgefangen. Der Aufwärtstrend in den Geschäftsklima-Erhebungen hielt auch nachfolgend an. Die Daten zu Produktionstätigkeit, Auftragsgeschehen und Ausfuhrentwicklung kündeten aber bis zuletzt von einer insgesamt noch labilen gesamtwirtschaftlichen Lage, wobei sich mittlerweile nicht mehr allein die Staaten der Peripherie in einer schwierigen Situation befanden.

Nachdem die vorherige Schwächeperiode auch durch Witterungseinflüsse überzeichnet worden war, hellte sich die Konjunkturlage in Deutschland spürbar auf. Das robuste Wachstum im zweiten Quartal war folglich durch Auf- und Nachholeffekte überzeichnet. Im Jahresdurchschnitt ergab sich nach vorläufigen Berechnungen ein Wachstum des Bruttoinlandsprodukts um lediglich 0,4 % (Basis: Statistisches Bundesamt). Trotz niedriger Zinsen und stabiler Beschäftigungssituation nahm die Konsumneigung der Privathaushalte nur mäßig zu. Während Investitionen in Ausrüstungen weiterhin nur in bescheidenem Umfang getätigt wurden, konnte die Bauwirtschaft von der Revitalisierung des Wohnungsbaus profitieren.

Berlins wirtschaftliche Dynamik hob sich 2013 stärker positiv vom Bundesdurchschnitt ab als im Vorjahreszeitraum. Im ersten Halbjahr betrug die Wachstumsrate 0,5 % zum Vorjahreszeitraum, während im Bundesgebiet ein Rückgang um 0,3 % verzeichnet wurde (Basis: Statistische Ämter des Bundes und der Länder). Die Konjunkturlage in der Hauptstadt war von einem Zuwachs der Beschäftigtenzahlen und anhaltend hohen Steigerungsraten im Fremdenverkehr geprägt. Diese Entwicklungen strahlten auf das Gastgewerbe und vor allem auf den Einzelhandel aus, der im Gegensatz zum Bundesdurchschnitt ein starkes Umsatzplus verzeichnen konnte. Diese Sonderentwicklung geht auch auf den Internethandel zurück, dem in der Stadt besonderes Gewicht zukommt. In der Bauwirtschaft waren zur Jahresmitte

zwar Anzeichen einer Belebung auszumachen. Die Auftragszuwächse konzentrierten sich jedoch auf Wohnungsneu- und ausbauten, während bei der Erstellung von Gewerbe- und Industriebauten im ersten Halbjahr Einbußen hingenommen werden mussten. Auch im Verarbeitenden Gewerbe blieb die Dynamik eher verhalten.

Der Umbau des institutionellen Rahmens der Europäischen Währungsunion ging aufgrund von innenpolitischen Krisen in einzelnen Staaten und im Umfeld der Bundestagswahl in Deutschland nur zögerlich voran. Während es im Vorjahr zunächst zu einer Aufspreizung und anschließend zu einer Einengung der Renditeabstände von Staatsanleihen gekommen war, wirkte im Berichtszeitraum die für den Fortbestand des Euro gegebene Einstandsgarantie der Europäischen Zentralbank nach. Dies führte insgesamt zu einem ruhigeren Marktgeschehen. Das Kapitalmarktumfeld blieb darüber hinaus vor allem durch die extrem expansive geldpolitische Ausrichtung der wichtigsten Notenbanken gekennzeichnet. Allerdings wuchsen im Verlauf des Jahres die Zweifel daran, dass Änderungen dieser Politik noch über längere Zeit ausgeschlossen werden können. Im Ergebnis lagen die Langfristrenditen ab Herbst um rund 75 Basispunkte über den Tiefständen vom Frühjahr. Eine wirkliche Abkehr vom Niedrigzinsumfeld war dies jedoch nicht.

Mit zunehmender Dauer schlug die tief liegende Zinsstrukturkurve auf die Aktivkonditionen der Finanzinstitute durch. Die Bruttozinsmarge als volumengewichtete mittlere Zinsdifferenz auf Kredite und Einlagen fiel bezogen auf den Kreditbestand der Finanzinstitute bisher höher aus und verringerte sich langsamer als in deren Neugeschäft. Somit halten Belastungen der Ertragssituation an, auch wenn der Rückgang der Zinsmargen im Neugeschäft im Verlauf des Jahres zumindest gestoppt werden konnte. Trotz der etwas kräftigeren Zunahme im Hypothekengeschäft blieb die Kreditausweitung mäßig, so dass Ertragsimpulse aus Steigerungen des Geschäftsvolumens ebenfalls schwer zu erzielen waren.

Die Arbeiten an der Schaffung einer europäischen Bankenunion und der Verlagerung bankaufsichtlicher Kompetenzen auf die europäische Ebene dauerten an. Der Abbau des Forderungsbestands gegenüber Gebietsansässigen aus anderen Euro-Ländern setzte sich zwar nicht mehr fort. Die Finanzinstitute fokussierten sich mehrheitlich jedoch weiterhin auf den heimatischen Markt. Die geforderte Stärkung der Eigenkapitalausstattung wurde 2013 außer durch die Zuführung von Kapital vor allem durch die beschleunigte Rückführung der Bilanzsummen realisiert. Finanzstärkere Finanzinstitute bauten gleichzeitig ihre im Eurosystem gehaltenen Überschussreserven beträchtlich ab, indem sie die Möglichkeit der vorzeitigen Tilgung von Mitteln aus längerfristigen Refinanzierungsgeschäften nutzten.

In diesem schwierigen Marktumfeld gehört die LBB/Berliner Sparkasse mit ihren Geschäftsfeldern Private Kunden und Firmenkunden unverändert zu den führenden Marktteilnehmern in Berlin. Das Geschäftsfeld Immobilienfinanzierung konnte seine Position – unabhängig von den Umbauarbeiten der Berlin Hyp als eigenständiger gewerblicher Immobilienfinanzierer - unter den führenden inländischen Immobilienfinanzierern weiter behaupten. Darüber hinaus ist der LBB-Konzern mit 2,4 Millionen ausgegebenen Kreditkarten weiterhin größter Emittent von kostenpflichtigen Kreditkarten in Deutschland. Die dargestellten gesamtwirtschaftlichen und branchenbezogenen Rahmenbedingungen - insbesondere das Niedrigzinsumfeld und die ökonomische Entwicklung unserer Kernregion - zeigen sich auch in der Entwicklung der Geschäftsfelder der LBB, die im Lagebericht des Konzerns Landesbank Berlin Holding (Konzern) per 31. Dezember 2013 im Kapitel „Geschäftsverlauf/ Ertragslage/Segmentergebnisse“ beschrieben ist.

## **Geschäftsverlauf**

In der Prognose im Lagebericht per 31. Dezember 2012 hat der Vorstand auf die Unsicherheiten durch die Veränderungen in der Unternehmensstruktur und die damit verbundenen Ergebnisbelastungen hingewiesen. Der Vorstand ging daher für das Jahr 2013 von einem Ergebnis vor Steuern aus, das nicht das des Geschäftsjahrs 2012 erreichen wird. Der tatsächliche Geschäftsverlauf der Holding im Berichtsjahr war folglich in besonderem Maße durch negative Ergebniseffekte aufgrund des Umbaus der LBB und im Zusammenhang mit dem Abbau von inhaltlichen Überschneidungen zwischen dem Konzern und der DekaBank geprägt.

Die LBB konnte 2013 ihr Kundengeschäft weiter stärken und ihre Position im Berliner Bankenmarkt behaupten und über die S-Kreditpartner sowie die S-Servicepartner auch die Zusammenarbeit mit den Sparkassen weiter intensivieren. Dieses positive Ergebnis im Kundengeschäft wurde durch Aufwendungen für die fortlaufenden Aktivitäten im Zusammenhang mit dem Umbau zur Berliner Sparkasse in der deutschen Hauptstadt erheblich belastet. Insbesondere unter Berücksichtigung der im Saldo der übrigen Positionen ausgewiesenen Restrukturierungsaufwendungen in Höhe von insgesamt 274 Mio. € musste die LBB einen Verlust von 144 Mio. € ausweisen. Über den Ergebnisabführungsvertrag führte dies zu einer entsprechenden Belastung des Ergebnisses der Holding.

In der Holding wirkten die durch den Umbau der LBB zur Berliner Sparkasse und dem niedrigen Zinsniveau erforderlichen Abschreibungen auf die Anteile an der LBB sowie die Veräu-

Berung der Anteile an der LBB-INVEST ergebnisbelastend. Insgesamt weist die Holding einen Verlust in Höhe von 672 Mio. € (Vorjahr: +154 Mio. €) aus. Für 2013 war ein geringer Gewinn in Höhe von 12 Mio. € geplant. Diese negative Entwicklung des Ergebnisses basiert ausschließlich auf den erforderlichen Maßnahmen zum Umbau des Konzerns.

Aufgrund dieses Ergebnisses wird die Holding für das Geschäftsjahr 2013 keine Dividende (Plan: 80 Mio. €) ausschütten. Für das Geschäftsjahr 2012 wurde im Berichtsjahr eine Dividende von 100 Mio. € (Vorjahr: 0 Mio. €) an die Eigentümer gezahlt.

Die Bilanzsumme hat sich - insbesondere aufgrund der oben genannten Sachverhalte - um 0,6 Mrd. € auf 3,0 Mrd. € verringert.

Zusammenfassend ist das Ergebnis für das Berichtsjahr – trotz der erfreulichen Entwicklungen im Kundengeschäft der LBB – aufgrund der erheblichen Belastungen aus dem Umbau des Konzerns nicht zufriedenstellend. Für das Geschäftsjahr 2014 ist von einem deutlich reduzierten Verlust auszugehen, der primär weiterhin auf den Umbau der LBB zurückzuführen ist. Die in diesem Zusammenhang geplanten Kosteneinsparungen und Effizienzsteigerungen entfalten erst mittelfristig ihre volle Wirkung.

## Ertragslage

Das Ergebnis der Holding war im Geschäftsjahr 2013 durch eine Abschreibung auf den Buchwert der LBB (400 Mio. €) und den Verlustausgleich für die LBB in Höhe von 144 Mio. € (Vorjahr: Gewinnabführung 200 Mio. €) geprägt, der sich neben der letztmalig enthaltenen Ergebnisabführung aus dem noch in 2013 bestehenden Ergebnisabführungsvertrag mit der LBB-INVEST von 16 Mio. € (Vorjahr: 15 Mio. €) im **Beteiligungsergebnis** widerspiegelt.

Ergebnis in Mio. €	2013	2012	Veränderung 2013 – 2012	
			Mio. €	%
Beteiligungsergebnis	-128	215	-343	<-100
Saldo sonstiger betrieblicher Aufwendungen und Erträge	-88	-17	-71	<-100
Abschreibungen auf Finanzanlagen	-400	0	-400	x
Zinsergebnis	-7	-10	3	30,0
<b>Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit</b>	<b>-623</b>	<b>188</b>	<b>-811</b>	<b>&lt;-100</b>
Ertragsteuern	49	34	15	44,1
Sonstige Steuern	0	0	0	0,0
<b>Ergebnis nach Steuern</b>	<b>-672</b>	<b>154</b>	<b>-826</b>	<b>&lt;-100</b>

Aus dem Verkauf von Anlagevermögen entstand ein Abgangsverlust in Höhe von 82 Mio. €. Daneben waren im **Saldo sonstiger betrieblicher Aufwendungen und Erträge** Rückstellungszuführungen im Zusammenhang mit möglichen Ankaufsverpflichtungen von Fondsimmobilien und Verwaltungsaufwendungen enthalten.

Auf den Beteiligungsbuchwert der LBB war eine **Abschreibung auf Finanzanlagen** in Höhe von 400 Mio. € unter Berücksichtigung der neuen Mittelfristplanung bis 2018 erforderlich. Hierin zeigen sich die Belastungen aus dem Umbau der LBB und der anhaltenden Niedrigzinsphase.

Bei der Bemessung der **Ertragsteuern** wurde auch das steuerliche Einkommen der organisch verbundenen Unternehmen berücksichtigt. Der gegenüber dem Vorjahr höhere Steueraufwand resultierte überwiegend aus der Auflösung von aktiven latenten Steuern auf Verlustvorträge, die aufgrund veränderter Ergebnisplanung der LBB erforderlich wurden.

## Vermögenslage

Im Vergleich zum Vorjahresstichtag war die **Bilanzsumme** per 31. Dezember 2013 rückläufig.

Aktiva in Mio. €	2013	2012	Veränderung 2013 – 2012	
			Mio. €	%
Anlagevermögen				
Beteiligungen/Anteile an verbundenen Unternehmen	2.407	2.957	-550	-18,6
Umlaufvermögen				
Forderungen	207	238	-31	-13,0
Sonstige Vermögensgegenstände	24	18	6	33,3
Aktive latente Steuern	317	355	-38	-10,7
<b>Summe Aktiva</b>	<b>2.955</b>	<b>3.568</b>	<b>-613</b>	<b>-17,2</b>

Die **Beteiligungen/Anteile an verbundenen Unternehmen** enthielten fast ausschließlich die Anteile an der LBB, welche nach Abschreibung um 400 Mio. € und der Veräußerung der Anteile an der LBB-INVEST noch 2.407 Mio. € ausmachten.

Die **Forderungen** bestanden zum Bilanzstichtag ausschließlich gegenüber der LBB.

Die **aktiven latenten Steuern** wurden sowohl für zeitliche Differenzen als auch für Verlustvorträge angesetzt. Insbesondere aufgrund der veränderten Ergebnisplanung der LBB waren 2013 Auflösungen in Höhe von 38 Mio. € erforderlich.

Passiva in Mio. €	2013	2012	Veränderung 2013 – 2012	
			Mio. €	%
Eigenkapital	2.670	3.442	-772	-22,4
davon:				
- gezeichnetes Kapital	2.555	2.555	0	0,0
- Rücklagen	115	786	-671	-85,4
- Bilanzgewinn	0	101	-101	-100,0
Rückstellungen	138	125	13	10,4
Verbindlichkeiten	147	1	146	>100
<b>Summe Passiva</b>	<b>2.955</b>	<b>3.568</b>	<b>-613</b>	<b>-17,2</b>

Die Veränderung des **Eigenkapitals** war auf die Gewinnausschüttung für das Geschäftsjahr 2012 und auf den Jahresfehlbetrag 2013 zurückzuführen. Der Jahresfehlbetrag von 672 Mio. € wurde mit dem Gewinnvortrag und den **Gewinnrücklagen** verrechnet.

Die **Rückstellungen** per 31. Dezember 2013 bestanden überwiegend für Steuerverpflichtungen.

Die **Verbindlichkeiten** betrafen fast ausschließlich die Verlustausgleichsverpflichtung gegenüber der LBB in Höhe von 144 Mio. €.

## Finanzlage

Der Unternehmenszweck der Holding als Finanzholding-Gesellschaft im Sinne des KWG ist auf das Halten der Beteiligung an der LBB ausgerichtet. Die Anteile an der bisherigen Tochter LBB INVEST wurden mit Ablauf des 31. Dezember 2013 im Rahmen des Umbaus des Konzerns und des Abbaus von inhaltlichen Überschneidungen zwischen dem Konzern und der DekaBank an die DekaBank verkauft. Der Kaufpreis wurde noch im Jahr 2013 vereinbart.

Im Rahmen des Ergebnisabführungsvertrags mit der LBB wurde ein durch den Umbau der LBB zur Sparkasse bedingter Verlust in Höhe von 144 Mio. € erfasst, der entsprechend im Jahr 2014 zu einer Belastung der Liquidität führen wird. Die Liquidität der Holding war im Berichtsjahr jederzeit gewährleistet. Dies wird, gegebenenfalls unter Nutzung von Refinanzierungsmöglichkeiten, auch für das Jahr 2014 gelten.

Die Refinanzierung erfolgt überwiegend aus dem Eigenkapital, das per 31. Dezember 2013 rund 90 % der Bilanzsumme (Vorjahr: 96 %) ausmachte. Das Eigenkapital reduzierte sich

aufgrund des unter anderem durch den Umbau des Konzerns angefallenen Verlustes der Holding um 0,8 Mrd. € auf 2,7 Mrd. €. Den Verbindlichkeiten und Rückstellungen von insgesamt 285 Mio. € standen Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände in Höhe von 231 Mio. € gegenüber. Die außerbilanziellen Verpflichtungen reduzierten sich in der Berichtsperiode im Wesentlichen aufgrund der zurückgeführten Verbindlichkeiten aus Gewährleistungsverträgen um 125 Mio. € auf 436 Mio. €.

Investitionen in Sachanlagen, bilanzierte immaterielle Vermögenswerte sowie in Beteiligungen und andere Finanzanlagen wurden im Berichtszeitraum nicht getätigt.

Die wirtschaftliche Lage der Holding stellt sich auch unter Berücksichtigung der erheblichen Belastungen aus dem Umbau weiterhin als geordnet dar.

## **Ereignisse nach dem 31. Dezember 2013**

Es sind keine Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Berichtszeitraums eingetreten.

## **Schlussklärung zum Abhängigkeitsbericht gemäß § 312 AktG**

Gemäß § 312 AktG hat der Vorstand der Landesbank Berlin Holding AG einen Bericht über die geschäftlichen Beziehungen zu verbundenen Unternehmen für das Geschäftsjahr 2013 abgegeben. Die Schlussklärung dieses Berichts lautet:

„Der Vorstand der Landesbank Berlin Holding AG erklärt hiermit, dass die Landesbank Berlin Holding AG bei den im Bericht über Beziehungen zu verbundenen Unternehmen aufgeführten Rechtsgeschäften nach den Umständen, die uns im Zeitpunkt, in dem die Rechtsgeschäfte vorgenommen wurden, bekannt waren, bei jedem Rechtsgeschäft eine angemessene Gegenleistung erhalten hat. Maßnahmen wurden weder getroffen, noch unterlassen.“

# Risikobericht

## Rahmenbedingungen

Die Landesbank Berlin Holding AG (Holding) nimmt als Konzernobergesellschaft die Funktion einer Finanzholding wahr, die Bankgeschäfte nicht selbst durchführt und kein Kreditinstitut ist. Zentrale Aufgabe war im Berichtsjahr das Halten der 100-prozentigen Beteiligungen an der LBB und der mit Ablauf des 31. Dezember 2013 veräußerten LBB-INVEST.

Die Landesbank Berlin AG (LBB) ist als Tochter der Holding in den Konzern Landesbank Berlin Holding (Konzern) eingebunden. Das konzernweite Risikomanagement ist in der LBB angesiedelt.

Im Folgenden wird grundsätzlich der Risikobericht des Konzerns wiedergegeben. Für die Risikolage der Einzelinstitute stellt dies keine Einschränkungen dar, da die bezifferten Risiken, die im Konzern durch die Konsolidierung auf einzelne Risikoarten aufgeteilt sind, ansonsten im Anteilseignerrisiko darzustellen wären. Durch die Berücksichtigung bei den einzelnen Risikoarten wird dem vorhandenen Risiko besser Rechnung getragen als bei der Berücksichtigung im Anteilseignerrisiko.

Der Risikobericht des Konzerns enthält sowohl die nach den Deutschen Rechnungslegungs Standards (DRS) als auch die nach IAS/IFRS erforderlichen Angaben. Der Konzern macht somit Gebrauch von der Regelung IFRS 7.B6, die die Bündelung der geforderten Angaben zur Art und zum Ausmaß von Risiken, die sich aus Finanzinstrumenten ergeben, auch in einem Bericht über die Risiken erlaubt. Ein Verweis ist in der Note „Risikomanagement“ des IFRS-Konzernabschlusses enthalten.

Erstmals wendet der Konzern den Standard DRS 20 für den Konzernlagebericht an. Die Chancenberichterstattung erfolgt - wie auch in den Vorjahren - im separaten Chancen- und Prognosebericht.

Weil die LBB aufsichtsrechtlich das übergeordnete Unternehmen der Finanzholding-Gruppe ist und alle Banken des Konzerns unter ihrem Dach vereint sind, stimmen die Risiken des Konzerns Landesbank Berlin und des Konzerns Landesbank Berlin Holding weitgehend überein.

Die etablierten Verfahren, Methoden und Systeme des konzernübergreifenden Risikomanagementsystems haben sich im Berichtsjahr bewährt und den Konzern jederzeit in die Lage versetzt, angemessene Maßnahmen zur Risikosteuerung abzuleiten und umzusetzen. Die Risikotragfähigkeit des Konzerns war zu jedem Zeitpunkt sowohl nach den internen Maßstäben als auch aus regulatorischer Sicht mit ausreichendem Freiraum gegeben.

### ***Aktuelle Entwicklungen***

Seit Juli 2012 muss die Gruppe der systemrelevanten europäischen Banken eine zusätzliche Kernkapitalquote gemäß Definition der European Banking Authority (EBA) von mindestens 9 % erfüllen. Hierzu zählt auch die RVG-Gruppe, zu der unter anderem die LBB gehört. Diese Kapitalquote haben 2013 sowohl die RVG-Gruppe als auch die LBB erreicht. Um auch unter den künftig härteren Anforderungen nach CRR / CRD IV angemessene Kernkapitalquoten zu erreichen, wurden verstärkt ab dem Jahr 2012 risikogewichtete Aktiva (RWA) abgebaut. Dieser Abbau erfolgte unter ertragsschonenden Aspekten und ohne signifikante Schwächung des künftigen Kundengeschäftes, hatte allerdings eine deutliche Zurückhaltung im Neugeschäft der gewerblichen Immobilienfinanzierung zur Folge. In diesem Kontext wurden auch die internationalen Aktivitäten deutlich reduziert und die Schließung des Standorts in London vorgenommen. Die Schließung des Standortes Luxemburg ist im Jahr 2014 eingeplant.

Im Dezember 2013 wurde durch die Gesellschafterversammlung der S-Erwerbs KG die Einführung eines Beirats beschlossen. Diese gesellschaftsrechtliche Änderung hat zur Folge, dass ab 1. Januar 2014 die S-Erwerbs KG die oberste Finanzholding-Gesellschaft sein wird. Die RVG ist nach Vollzug dieser Änderung nicht mehr Teil des aufsichtsrechtlichen Konsolidierungskreises. Das Kommanditkapital der S-Erwerbs KG erfüllt dann alle Anforderungen der CRR an die vollständige Berücksichtigung als hartes Kernkapital der neuen aufsichtsrechtlichen Gruppe „S-Erwerbs KG Gruppe“.

Im Berichtsjahr wurde im Rahmen eines Projekts die Umsetzung der Anforderungen aus CRR und dem CRD-IV-Gesetzeswerk fortgeführt. Wesentliche Inhalte des Projekts waren:

- Berechnung und Analyse der im Basel III-Monitoring geforderten Kennziffern,
- Umsetzung der regulatorischen Vorgaben für das Solvenz- und Großkreditregime sowie für die Liquidität der Institute,
- Fortführung der begleitenden Aktivitäten wie Analyse des regulatorischen Konsultationsprozesses und

- Einführung der neuen Meldewesensoftware ABACUS/DaVinci für die LBB und auf Gruppenebene.

Die Umsetzung der Anforderungen der MaRisk-Neufassung 2012 wurde durch den Bereich Risikocontrolling koordiniert. Die Umsetzung erfolgt im Rahmen der Linientätigkeiten im jeweils zuständigen Bereich des Konzerns. Die Neuerungen betrafen unter anderem

- Existenz einer Risikocontrolling- und einer Compliance-Funktion,
- Zukunftsgerichteter Kapitalplanungsprozess,
- Festlegung von Risikotoleranzen und Frühwarnindikatoren,
- System zur Verrechnung von Liquiditätskosten, -nutzen und -risiken.

Einzelne Umsetzungsarbeiten waren zum Jahresende 2013 noch nicht abgeschlossen.

Im Juni 2013 stimmte der Bundesrat dem Gesetz zur Abschirmung von Risiken und zur Planung der Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten und Finanzgruppen – dem sogenannten Trennbankengesetz – zu, welches die Anforderungen an die Ausgestaltung von Sanierungsplänen regelt. Als national systemrelevantes Kreditinstitut ist die LBB verpflichtet, einen Sanierungsplan zu erstellen. Dementsprechend wurde im Jahr 2013 ein Gruppen-Sanierungsplan erarbeitet.

## **Risikomanagementsystem**

Das Risikomanagementsystem des Konzerns basiert auf dem Rahmenkonzept der MaRisk, die Risikocontrolling-Funktion gemäß MaRisk AT 4.4.1 wird durch den Bereich Risikocontrolling ausgeübt. Sie ist auch auf Ebene des Vorstands von den Bereichen getrennt, die für die Initiierung und den Abschluss von Geschäften zuständig sind.

Das Risikomanagementsystem setzt sich aus einer Reihe von ineinandergreifenden Grundsätzen und Regelungen zusammen. Ziel aller Vorgaben - unter Einhaltung aller gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Anforderungen - ist es, Kunden und Kontrahenten ein stabiler und verlässlicher Geschäftspartner, den Eigentümern ein attraktives Investment und für die Gesellschaft eine Stütze des Finanzmarktes zu sein.

Als übergeordnete Regelung stellt die **Geschäftsstrategie** der Holding die strategischen Rahmenbedingungen dar. In ihr ist festgehalten, dass das kontrollierte Eingehen von Risiken im Rahmen einer Risikostrategie elementarer Bestandteil des Bankgeschäfts ist. Konzern-einheitliche risikopolitische Grundsätze stellen sicher, dass die eingegangenen Risiken die

Substanz des Unternehmens nicht gefährden und jederzeit kontrolliert werden können. Alle Unternehmen und organisatorischen Einheiten haben dafür Sorge zu tragen, dass alle Risiken transparent und im Rahmen der konzern einheitlichen Methodik messbar sind. Durch die konkrete Limitierung der dem Konzern zur Verfügung stehenden Risikoressourcen Kapital und Liquiditätsreserve werden die Risikotragfähigkeit und die Liquidität sichergestellt.

Die **Risikostrategie** detailliert diese Vorgaben ausführlich; sie liegt in der Verantwortung des Bereichs Risikocontrolling. Im Rahmen dieser Strategie erfolgt insbesondere die Festlegung nicht-strategiekonformer, das heißt grundsätzlich zu vermeidender Risiken. Die Einhaltung der Risikostrategie wird laufend überwacht.

Den Chancen wird neben den Risiken Rechnung getragen, in dem die Geschäftsleitung in ihren strategischen Vorgaben Geschäfte in ertragreichen oder zukünftig ertragreich angesehenen Regionen und Geschäftsarten fördert. Zugleich werden mit zu hohem Risiko behaftete oder weniger ertragreiche Geschäftsbereiche durch die Festlegung grundsätzlich zu vermeidende Geschäfte eingeschränkt. Das durch den Bereich Risikocontrolling verantwortete Risikomanagement befasst sich mit der Identifizierung, Analyse, Dokumentation und Berichterstattung der Risiken.

Das **Risikohandbuch**, das den Rahmen für das operative Risikocontrolling vorgibt und sowohl für den Konzern als auch für seine Einzelinstitute gilt, stellt detailliert Rahmenbedingungen, Verantwortlichkeiten und Methoden der einzelnen Phasen des Risikomanagements dar. Die verwendeten Methoden beziehen sich auf die Risikomessung. Hier sind auch für jede Risikoart die existierenden Limitsystematiken und Eskalationsprozesse dargestellt.

Die **Risikoinventur** stellt mit Unterstützung einer Vielzahl von im Konzern festgelegten Prozessen wie zum Beispiel der Mittelfristplanung regelmäßig das Gesamtrisikoprofil fest. In diesem Rahmen wird im Konzern untersucht, ob mögliche Risiken existieren oder auftreten können, die bisher nicht berücksichtigt wurden. Die Ergebnisse werden dokumentiert und gegebenenfalls notwendige Maßnahmen abgeleitet.

Die zuständigen Risikocontrolling-Einheiten haben als unabhängige Stellen die Aufgabe, die Risiken zu identifizieren, zu bewerten, die Risikosteuerung im Unternehmen zu unterstützen und das Management regelmäßig zu informieren. Die Identifikation, Messung, Beurteilung, Steuerung und auch die qualifizierte und zeitnahe Überwachung und Kontrolle der Risiken erfolgen gemäß den Vorgaben der Risikostrategie und des Risikohandbuchs.

Das Risikomanagementsystem beinhaltet sowohl Risikoauswertungen nach aufsichtsrechtlichen Vorgaben als auch eine Risikobetrachtung aus ökonomischer Sicht.

Ebenso wie die **interne Revision** prüfen die **Abschlussprüfer** regelmäßig das Risikomanagementsystem.

### ***Verantwortlichkeiten und Organisationsstrukturen im Risikomanagementprozess***

Der Gesamtvorstand trägt die Verantwortung für das Risikoprofil, die Risikostrategie, das Risikotragfähigkeitskonzept inklusive der Verteilung des Risikopotenzials, der Definition eines Risikopuffers und der Limite, die ordnungsgemäße Organisation des Risikomanagements, die Überwachung des Risikos aller Geschäfte sowie die Risikosteuerung. Er wird monatlich über den Top Management Report, in dem über die Finanz- und Risikolage des Konzerns berichtet wird, durch den Bereich Risikocontrolling informiert. Eine Reihe weiterer Reports wird im Risikomanagementprozess erstellt und dem Vorstand vorgelegt.

Der Aufsichtsrat wird regelmäßig durch den Vorstand über das gesamte Risiko- und Kapitalprofil unterrichtet. Der aus den Mitgliedern des Aufsichtsrats gebildete Kreditausschuss berät mit dem Vorstand die Grundsätze der Geschäftspolitik im Kreditgeschäft des Konzerns unter dem Gesichtspunkt der Bonitätsrisiken und des Risikomanagements, insbesondere der Adressenausfall-, Marktpreis-, Liquiditäts- und der operationellen Risiken.

Die interne Revision ist wesentlicher Bestandteil des unternehmerischen und prozessunabhängigen Überwachungssystems im Konzern. Dies beinhaltet für alle Risikoarten eine regelmäßige Prüfung und Bewertung der Risikomanagementprozesse. Sie ist organisatorisch dem Vorstandsvorsitzenden unterstellt und berichtet unabhängig an den Gesamtvorstand.

Im Konzern erfolgen die Steuerung und die Kommunikation der Risikolage über die nachfolgend genannten Gremien im Risikomanagementprozess:

- Der Dispositionsausschuss steuert die strategischen Marktrisikopositionen des Bankbuchs.
- Das Kapitalmanagement-Komitee ist zuständig für die Koordination von Kapitalmaßnahmen zur Umsetzung gesetzlicher und bilanzieller Anforderungen an das Kapitalmanagement.
- Im Kreditrisiko-Komitee erfolgt die Diskussion und Votierung der Risikostrategie sowie konzeptioneller Themen im Kredit- und Kreditrisikocontrolling-Umfeld.

- Das Allgemeine-Produkt-Komitee jeweils für Handels- beziehungsweise Nichthandelsprodukte koordiniert den Genehmigungsprozess bei der Aufnahme von Geschäften in neuen Produkten, Märkten, Produktvarianten, Währungen und EDV-Systemen.
- Das OpRisk-Komitee ist zuständig für die aufbau- und ablauforganisatorische Implementierung eines einheitlichen Risikomanagement- und Risikofrüherkennungssystems für operationelle Risiken.

Der Bereich Risikocontrolling ist die unabhängige konzernweite Risikoüberwachungseinheit bezogen auf alle Risikoarten. Der Bereich hat die Kompetenz über angewandte Methoden und Modelle zur Identifikation, Messung, Aggregation und Limitierung von Risiken sowie die Verantwortung für die Weiterentwicklung des Risikomanagementsystems. Zusammen mit den Risikocontrolling-Einheiten der Töchter sowie der Niederlassungen in London (bis zu deren Schließung 2013) und Luxemburg übernimmt der Bereich Risikocontrolling das operative Risikocontrolling.

Die Verantwortung für die operative Risikosteuerung im Sinne der Positionsnahme ist den im Konzern definierten Verantwortungsträgern zugeordnet. So erfolgt beispielsweise die Gesamtbankrisikosteuerung durch den Gesamtvorstand, die Marktpreisrisikosteuerung der Handelseinheiten im Kapitalmarktgeschäft oder die Risikosteuerung für das Bankbuch im Dispositionsausschuss. Die Risikosteuerung im Kreditbereich wird beispielsweise für Einzelkreditnehmer durch die jeweiligen Entscheidungsträger gemäß der Kompetenzordnung wahrgenommen, für die Liquiditätsrisiken ist der Bereich Treasury zuständig. Im Rahmen des Umbaus der Gruppe ist eine Neuordnung der Risikosteuerung im Jahr 2014 vorgesehen.

### ***Kapitalmanagement***

Die Kapitalstrategie hat das Ziel, mittel- und langfristig eine angemessene regulatorische und ökonomische Kapitalausstattung zu sichern. Hierzu werden Veränderungen des aufsichtsrechtlichen Umfelds und Anforderungen der Ratingagenturen analysiert und gegebenenfalls erforderliche Maßnahmen im jährlichen Planungsprozess berücksichtigt beziehungsweise umgesetzt. Zielgrößen sind im Wesentlichen eine Kernkapitalquote von mindestens 9 % (nach Stresstest zuzüglich Puffer) und eine Gesamtkennziffer von mindestens 10,5 % (jeweils für die LBB AG und nachrichtlich für die LBBH AG) sowie ein Mindestrating im Single-A-Bereich.

Im Rahmen der Umsetzung der neuen aufsichtsrechtlichen Anforderungen Basel III / CRD IV hat der europäische und nationale Gesetzgeber im Jahr 2013 neue aufsichtsrechtliche Anforderungen festgelegt. Der Konzern hat diese Entwicklung zeitnah überwacht und notwendige Maßnahmen zur Einhaltung der neuen Eigenmittelanforderungen ergriffen.

Die Kapitalsteuerung erfolgt konzernweit über das Kapitalmanagement-Komitee beziehungsweise im Rahmen von Projekten oder Aktivitäten, in denen die Mitglieder des Kapitalmanagement-Komitees eingebunden sind (zum Beispiel Mittelfristplanung).

### ***Entwicklungen im Aufsichtsrecht***

Um die künftige Eigenkapitalanforderung auf Gruppenebene zu erfüllen und die hierfür erforderlichen Maßnahmen bestimmen zu können, wurden insbesondere in den vergangenen zwei Jahren die Geschäftsaktivitäten mit Blick auf Wirtschaftlichkeit, Eigenkapitalbedarf und strategische Wichtigkeit sehr genau analysiert und bewertet.

Das strengere aufsichtsrechtliche Umfeld wird die aufsichtsrechtliche Gruppe weiterhin beeinflussen. Die Auswirkungen werden regelmäßig durch parallele Hochrechnungen quantifiziert. Die bekannten Effekte (CRR und sonstige) auf die regulatorische Kapitalbindung werden im Rahmen der RWA-Steuerung berücksichtigt und in die Darstellung der Auslastung der RWA-Obergrenzen im monatlichen Top Management Report einbezogen. Die politische und wirtschaftliche Diskussion zur Weiterentwicklung der bankenaufsichtsrechtlichen Anforderungen wird weiterhin eng verfolgt. Zu beachten ist, dass die aufsichtsrechtliche Gruppe künftig direkt der EZB-Aufsicht unterstellt ist. Dementsprechend nimmt die aufsichtsrechtliche Gruppe teil am Comprehensive Assessment der EZB im Jahre 2014 inklusive des Asset Quality Reviews und dem nachfolgenden EU-Stresstest.

Um die neuen Anforderungen erfüllen zu können, wurden alle sich aus den aufsichtsrechtlichen Änderungen ergebenden Aktivitäten in einem Projekt gebündelt. Für die Kapitalplanung und -ausstattung der RVG-Gruppe ist insbesondere die Behandlung der aufsichtlichen aktivi-schen Unterschiedsbeträge von Bedeutung. Diese werden ab dem 1. Januar 2014 nicht mehr bei der Bestimmung des harten Kernkapitals berücksichtigt.

Auf Ebene der S-Erwerbs-Gruppe haben die Gesellschafter Maßnahmen umgesetzt, um die aufsichtsrechtliche Anerkennung des Kommanditkapitals unter den Regelungen der CRR sicherzustellen.

Durch einen signifikanten Abbau von risikogewichteten Aktiva, ganz überwiegend im Nicht-Kundengeschäft, konnten seit dem Jahr 2012 mehr als 700 Mio. € Eigenkapital freigesetzt werden. Der Konzern hatte hierzu ein Konzept zum Abbau von Risikoaktiva und zur Reduzierung der Komplexität erstellt und konsequent umgesetzt. Dazu wurde auf Ebene der Geschäftsfelder ein Katalog von zielführenden Maßnahmen erarbeitet, die erforderlich waren, um diese Ziele zu erreichen. Weitere Abbauziele für 2014 wurden in die Mittelfristplanung bis 2018 integriert und werden weiter verfolgt. Damit verbunden ist die Reduzierung von Komplexität. Insbesondere unter diesem Gesichtspunkt ist die beschlossene Schließung der Auslandsstandorte einzuordnen. Die Niederlassung London wurde im September 2013 geschlossen, der Standort Luxemburg wird im zweiten Quartal 2014 aufgegeben.

Generell hat die LBB bewiesen, aus eigener Kraft auch künftige aufsichtsrechtliche Anforderungen an die Eigenkapitalausstattung erfüllen zu können, ohne dass dabei nennenswerte Auswirkungen auf das Kundengeschäft entstanden sind. Allerdings mindern höhere Anforderungen an die Eigenkapitalausstattung die Ertragskraft. Ein Teil des durch aktiven Abbau freigesetzten Kapitals wurde für zusätzliches Neugeschäft mit unseren strategischen Zielkunden genutzt.

Aspekte der Steuerung der Eigenkapitalbelastung umfassen eine Definition von Zielgrößen für das gebundene Kernkapital pro Geschäftsfeld. Der erhöhten Eigenkapitalbelastung begegnet der Konzern durch eine Berücksichtigung in der Preisgestaltung im Neugeschäft.

### ***Aufsichtsrechtliche Kapitaladäquanz (Solvabilitätsverordnung)***

Die LBBH-Gruppe gehörte bis zum 31. Dezember 2013 aufsichtsrechtlich zur RVG-Gruppe. Wir weisen nachfolgend die aufsichtsrechtlichen Quoten auf Ebene der Gruppen LBBH (nachrichtlich, da keine aufsichtsrechtliche Gruppe) und RVG sowie des Einzelinstituts LBB aus.

Die dargestellten Angaben der Gesamtkennziffer und der Kernkapitalquote gemäß rechtlicher Vorgabe beziehen sich auf die jeweiligen Stichtagswerte.

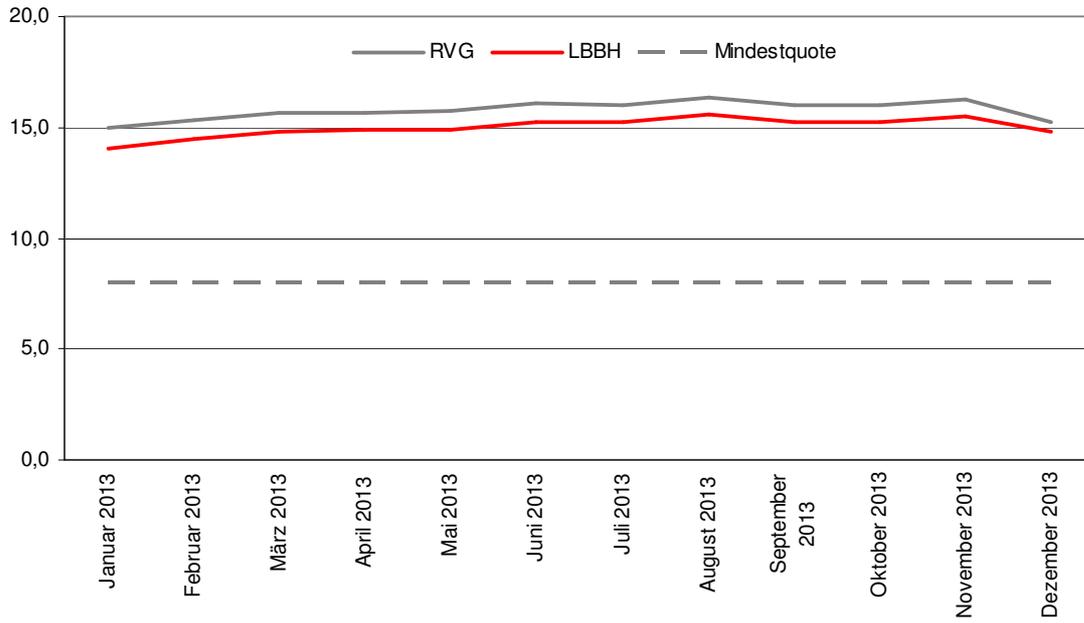
Die aufsichtsrechtlichen Quoten sanken im Dezember 2013 stark durch eine deutliche Reduzierung der aufsichtsrechtlichen Eigenmittel.

Die Eigenmittel der RVG-Gruppe wurden im Dezember 2013 durch drei Effekte maßgeblich beeinflusst. Es handelt sich hierbei um die außerordentliche Abschreibung auf den Firmenwert der LBBH AG/ LBB AG, den Verkauf der LBB Invest sowie die Berücksichtigung eines aufsichtsrechtlichen Korrekturpostens für die Restrukturierung im Zusammenhang mit dem Konzernumbau. Innerhalb des Jahres 2013 waren die planmäßigen Abschreibungen auf den aktivischen Unterschiedsbetrag die maßgeblichen Treiber für die Veränderungen der Eigenmittel der RVG-Gruppe.

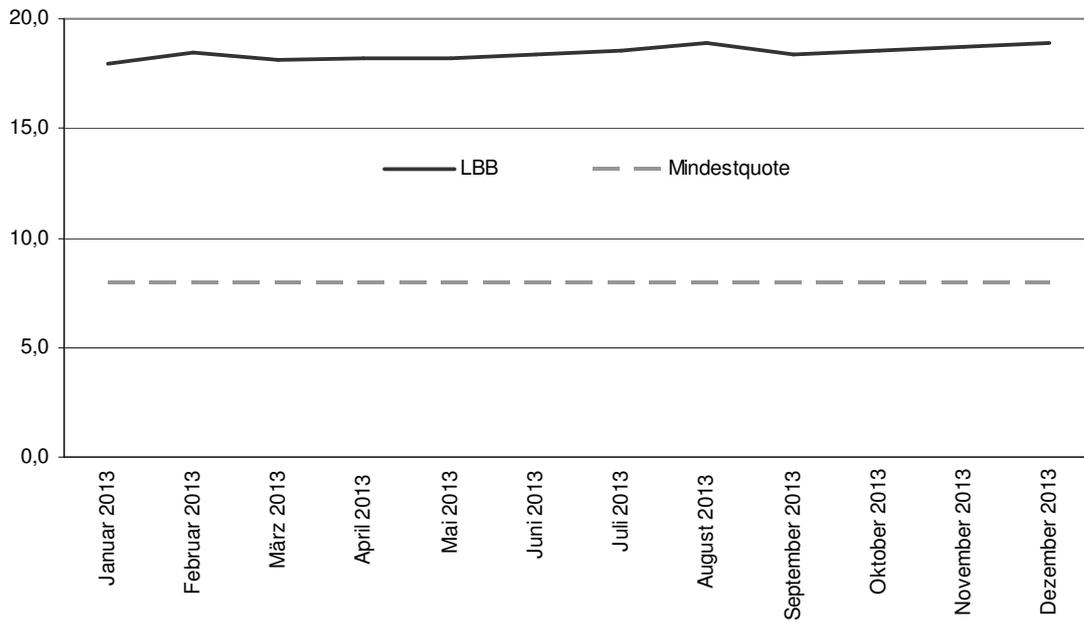
In der intern betrachteten LBBH AG-Gruppe führte die außerordentliche Abschreibung auf den Firmenwert der LBB AG sowie die Berücksichtigung der Rückstellung für die Restrukturierung im Zusammenhang mit dem Konzernumbau zu einem deutlichen Rückgang der regulatorischen Eigenmittel.

Die Eigenmittel der LBB AG reduzierten sich insbesondere durch die Berücksichtigung der Verlustteilnahme der stillen Einlage von 47 Mio. €.

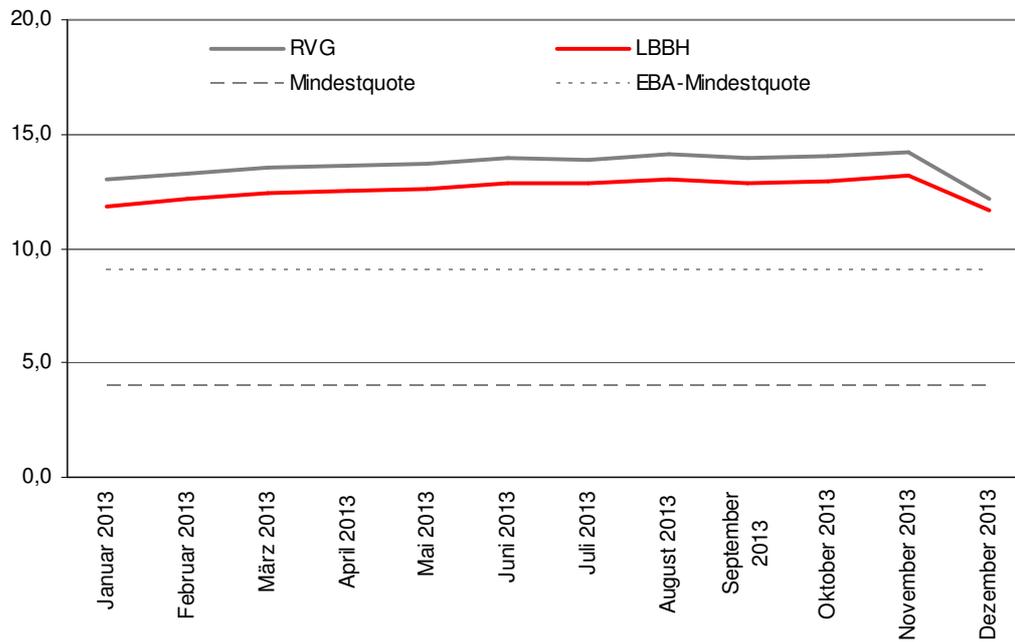
**Gesamtkennziffern (SolV) in %  
auf Gruppenebene**



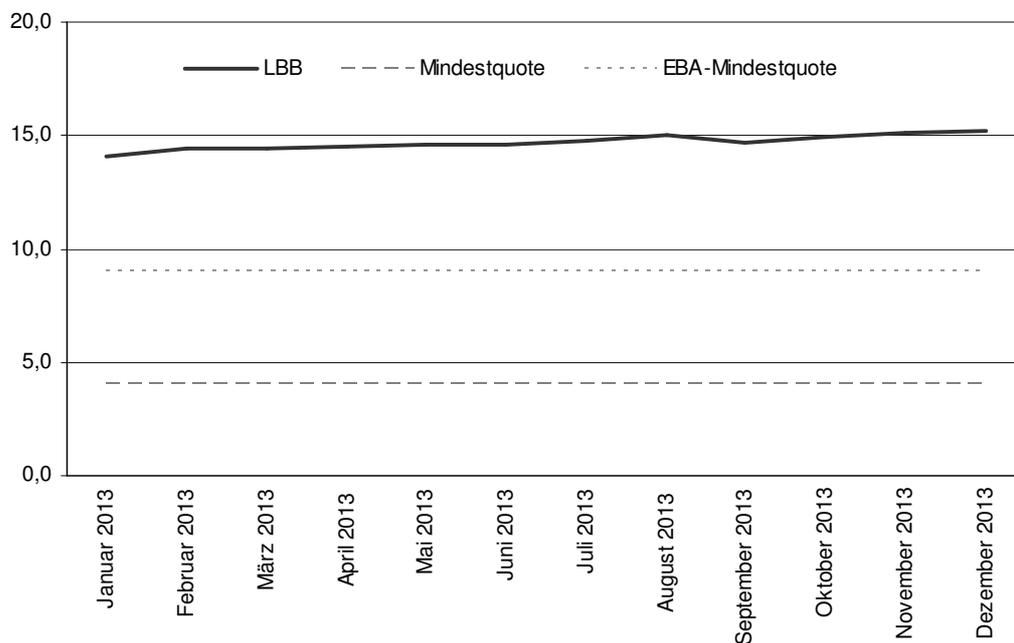
**auf Einzelinstitutsebene**



## Kernkapitalquote (SolvV) in % auf Gruppenebene



## auf Einzelinstitutsebene



Die regulatorisch vorgegebenen Mindestquoten von 8 % bei der Gesamtkennziffer und 4 % bei der Kernkapitalquote wurden im Berichtsjahr auf Basis der Definition der CRD III stets eingehalten. Die auf europäischer Ebene für systemrelevante Banken vorgegebene Kernka-

pitalquote von 9 % wird gemäß der EBA-Definition von 2011 und der CRR per 31. Dezember 2013 überschritten.

Mit dem 1. Januar 2014 gilt aufsichtsrechtlich das neue CRR-Regelwerk, wobei der erste Meldestichtag unter diesem Regelwerk der 31. März 2014 sein wird. Damit treten einige Veränderungen in Kraft, die einerseits zu einem höheren Ausweis der gewichteten Risikoaktiva und andererseits zu einer verminderten aufsichtsrechtlichen Kapitalbasis, zum Beispiel durch den vollständigen Wegfall der aktivischen Unterschiedsbeträge, führen. Daraus resultiert insgesamt ein spürbarer Rückgang gegenüber den für das Jahr 2013 nach dem CRD-III-Regelwerk ausgewiesenen Kapitalquoten. Die Gruppe hat Maßnahmen getroffen und umgesetzt, um unter diesem neuen Regelwerk - auch unter Berücksichtigung der negativen Effekte aus dem Jahresabschluss 2013 - die vorgegebenen Kapitalquoten mit ausreichendem Puffer einzuhalten.

Darüber hinaus nimmt die LBB als zukünftig durch die EZB beaufsichtigtes Kreditinstitut am Balance Sheet Assessment beziehungsweise Asset Quality Review der EZB und dem daran anschließenden Stresstest teil. Als Ergebnis des Balance Sheet Assessments werden voraussichtlich zusätzliche Aufschläge auf die Risikoaktiva vorgenommen. Da uns die methodischen Grundlagen dieser Risikoaufschläge noch nicht bekannt sind, ist eine Einschätzung, ob auch unter Berücksichtigung dieser Risikoaufschläge die von der EZB in diesem Kontext vorgegebene Mindestquote von 8 % eingehalten wird, aus heutiger Sicht nicht möglich.

Parallel zur Ermittlung der Eigenkapitalanforderungen entsprechend der Solvabilitätsverordnung (SolvV) wurde der Grundsatz I berechnet, um den von der Aufsicht vorgegebenen Floor gemäß § 339 Solvabilitätsverordnung zu erfüllen.

Die Eigenmittelunterlegung nach Grundsatz I wird hierbei multipliziert mit dem aktuellen Floor von 80 % unter Einbeziehung des Wertberichtigungsvergleichs sowie des Expected Loss für Beteiligungen und wird mit den Eigenmittelanforderungen gemäß Solvabilitätsverordnung (SolvV) der aufsichtsrechtlichen Gruppe verglichen. Sofern die Eigenmittelanforderungen gemäß SolvV niedriger ausfallen, sind für die Höhe des Floors Eigenmittel vorzuhalten. Im Berichtsjahr wurde diese Anforderung stets eingehalten.

## ***Gesamtrisikosteuerung***

Der Vorstand nimmt im Einklang mit der geschäftspolitischen Ausrichtung sowie unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Risikotragfähigkeit und der aufsichtsrechtlichen Regelungen eine Risikobegrenzung und Risikoallokation in den verschiedenen Unternehmen und organisatorischen Einheiten des Konzerns vor, beispielsweise durch Limite oder Strukturvorgaben. Mit dem monatlichen Top Management Report erfolgte das übergreifende Reporting der Bereiche Finanzen sowie Risikocontrolling. Inhalt war neben der Finanzsicht das Risiko-reporting gemäß MaRisk. Auf Basis des Top Management Reports, in dem alle Risikoarten zusammengefasst dargestellt werden, wird in den Sitzungen des Vorstands beziehungsweise des Aufsichtsrats die aktuelle Gesamtrisikolage erörtert und geprüft, inwieweit Reaktionen notwendig sind.

Eine Prüfung der Risiken, die die Vermögens-, Ertrags- oder die Liquiditätslage wesentlich beeinträchtigen können (Risikoinventur), erfolgt in der LBB/Berliner Sparkasse laufend durch unterschiedliche konzernübergreifende Aktivitäten wie dem strategischen Dialog und der Mittelfristplanung sowie der regelmäßigen Überprüfung des internen Konsolidierungskreises. Darüber hinaus findet im Rahmen des regelmäßigen Reportings eine systematische Analyse und Identifizierung von Risiken statt. Im Rahmen des Limitprozesses oder der Abstimmungen mit den Geschäftsfeldern beispielsweise zur Risikostrategie, zur Planung oder zu neuen Aktivitäten wird diskutiert, ob neue Risiken entstehen können.

Als wesentliche Risiken im Sinne der MaRisk definiert der Konzern die Risiken, deren Auswirkungen schwerwiegend genug sind, um den Fortbestand des Konzerns als Ganzes zu gefährden. Hierzu zählen:

- Adressenausfallrisiken (inklusive Länderrisiken),
- Liquiditätsrisiken,
- Marktpreisrisiken (Zinsänderungsrisiken inklusive Cashflow und Fair Value, Credit Spread-, Aktienkurs-, Options- und Währungsrisiken),
- Immobilienrisiken und
- Operationelle Risiken.

Das Anteilseignerrisiko wird seit 2013 aufgrund seiner nur noch geringen Bedeutung für den Konzern nicht mehr als wesentliche Risikoart im Sinne der MaRisk geführt. Dies wurde durch die Risikoinventur 2013 bestätigt. Eine monatliche Auswertung des Anteilseignerrisikos fand noch statt ebenso wie der separate Ausweis in der Risikotragfähigkeit. Ab 2014 wird die

monatliche Risikoauswertung durch eine interne Ad-hoc-Informationspflicht bei relevanten Buchwertänderungen eingeführt.

Auch im Jahr 2013 wurde das Immobilienrisiko über den MaRisk- und Marktstandard hinaus als eigenständige, wesentliche Risikoart geführt. Aufgrund der strategisch bedingten, starken Reduktion in den letzten Jahren (das aktuelle Risiko beläuft sich nur noch auf 43 Mio. €) wird das Immobilienrisiko ab 2014 nicht mehr als wesentliche Risikoart geführt. Der Wertansatz wird im Rahmen der Risikoinventur einmal jährlich mit den bisherigen Methoden ermittelt. Ergänzt wird dies durch eine interne Ad-hoc-Informationspflicht bei relevanten Buchwertänderungen.

Für die Zwecke der Risikotragfähigkeit werden die Risikoarten in monetäre und nicht-monetäre Risiken unterschieden. Die monetären Risiken werden bei der quantitativen Zusammenführung zum Gesamtrisiko (internes Risikotragfähigkeitskonzept) berücksichtigt.

Das Liquiditätsrisiko (Beschaffungs- und Fristenrisiko) wird den nicht monetären Risikoarten zugeordnet, da es sich um ein „Zeitpunktproblem“ und kein Vermögensverlustrisiko handelt. Es kann nicht durch die Unterlegung mit Risikokapital abgewendet werden. Das Preisrisiko im Liquiditätsrisiko wird in der Risikotragfähigkeit bei den Restrisiken ausgewiesen.

Für die Risikotragfähigkeitsbetrachtungen werden darüber hinaus beim Erkennen wesentlicher Risiken, das heißt potenzieller, noch nicht berücksichtigter Vermögenswertverluste, diese unter der separaten Position Restrisiko ausgewiesen.

Die Steuerung und Überwachung der Risiken auf Gruppenebene erfolgt über die Einteilung aller Gesellschaften in ein Stufenkonzept. Das Konzept des Internen Konsolidierungskreises (IKK) als Teil des Stufenkonzepts stellt sicher, dass für alle wesentlichen Risiken ein Prozess definiert ist, der die MaRisk-Anforderungen zum Risikomanagement auf Gruppenebene erfüllt. Zum IKK gehört auch die S-Kreditpartner GmbH (SKP), deren Risiken damit bei den einzelnen Darstellungen der Risikoarten berücksichtigt werden. In den Konzernabschluss wird sie nach der Equity-Methode einbezogen. Für Gesellschaften innerhalb des IKK wird nach dem Transparenzprinzip eine risikoartenbezogene Einzelbetrachtung der Risiken vorgenommen. Alle anderen Gesellschaften außerhalb des IKK, zu denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, werden als Anteilseignerrisiken dargestellt. Das Stufenkonzept wird regelmäßig überprüft. Dadurch wird sichergestellt, dass wirtschaftlich wesentliche Risiken in die Risikosteuerung einbezogen werden.

Das interne Risikotragfähigkeitskonzept beinhaltet ein System von Messverfahren und Limitierungen aller wesentlichen durch Risikokapital abdeckbaren Risiken (monetäre Risiken), das die Überschreitung eines vorgegebenen maximalen Vermögenswertverlusts bis auf eine geringe Restwahrscheinlichkeit ausschließt. Die hierbei zu Grunde liegenden Annahmen werden ebenso wie die entsprechenden Limite regelmäßig, mindestens jährlich, überprüft und gegebenenfalls durch Vorstandsbeschluss angepasst. Aufbauend auf den erfassten einzelnen Risikoarten wird das Gesamtrisiko durch Aggregation der Einzelrisiken unter Berücksichtigung von Diversifikationseffekten zwischen den Risikoarten ermittelt. Die Bewertung der Gesamtrisikolage erfolgt dadurch, dass das zur Deckung der Risiken zur Verfügung stehende Kapital (Risikodeckungsmasse) dem Gesamtbankrisiko gegenübergestellt wird. Abgerundet wird die Bewertung der Gesamtrisikolage durch die Berücksichtigung der Ergebnisse verschiedener Stresstests, die sowohl die Risiken als auch die Kapitaleseite mit einbeziehen.

Um Risikobewertungen besser interpretieren zu können, wird das Gesamtbankrisiko für unterschiedliche Konfidenzniveaus, zum Beispiel 80 % oder 99,95 %, berechnet. Die Ergebnisse werden bestimmten Verlustszenarien (zum Beispiel Verlust in Höhe des geplanten Jahresergebnisses, Unterschreiten der aufsichtsrechtlichen Gesamtkennziffer) gegenübergestellt.

Gemäß § 27 Pfandbriefgesetz muss jede Pfandbriefbank über ein für das Pfandbriefgeschäft geeignetes Risikomanagementsystem verfügen. Grundsätzlich ist das Risikomanagement der Deckungsstöcke in das Gesamtbank-Risikomanagementsystem des Konzerns für Adressenausfall-, Marktpreis- und Liquiditätsrisiken sowie für operationelle und sonstige Risiken eingebunden. Darüber hinaus bestehen Limite, welche der Einhaltung aufsichtsrechtlicher Vorgaben dienen. Die Einhaltung dieser Limite für das Risikomanagement der Deckungsstöcke wird täglich überwacht und monatlich im Rahmen des Top Management Reports dem Vorstand dargestellt. In der Berlin Hyp wird quartalsweise ein gesonderter Bericht über die Einhaltung der aufsichtsrechtlichen sowie der internen Limite erstellt und dem Vorstand der Berlin Hyp vorgestellt.

### ***Gesamtbild der Risikolage und interne Kapitaladäquanz***

Die etablierten Verfahren, Methoden und Systeme des konzernübergreifenden Risikomanagementsystems haben sich im Berichtsjahr bewährt und den Konzern jederzeit in die Lage versetzt, angemessene Maßnahmen zur Risikosteuerung abzuleiten und umzusetzen.

Die Risikotragfähigkeit des Konzerns war zu jedem Zeitpunkt sowohl nach den internen Maßstäben als auch aus regulatorischer Sicht mit ausreichendem Freiraum gegeben. Das Gesamtrisiko betrug per Jahresende 1.744 Mio. € (Vorjahresstichtag: 1.243 Mio. €). Die Risikodeckungsmasse betrug 3.122 Mio. € (31. Dezember 2012: 3.482 Mio. €), die aufsichtsrechtlichen Eigenmittel der intern betrachteten LBBH-Gruppe beliefen sich auf 3.845 Mio. € (Vorjahresstichtag: 4.200 Mio. €). Die Gesamtkennziffer der LBBH betrug per 31. Dezember 2013 15,00 %, die Kernkapitalquote der LBBH 11,83 %. Die bilanzielle Risikovorsorge für den IFRS-Konzern betrug 686 Mio. €.

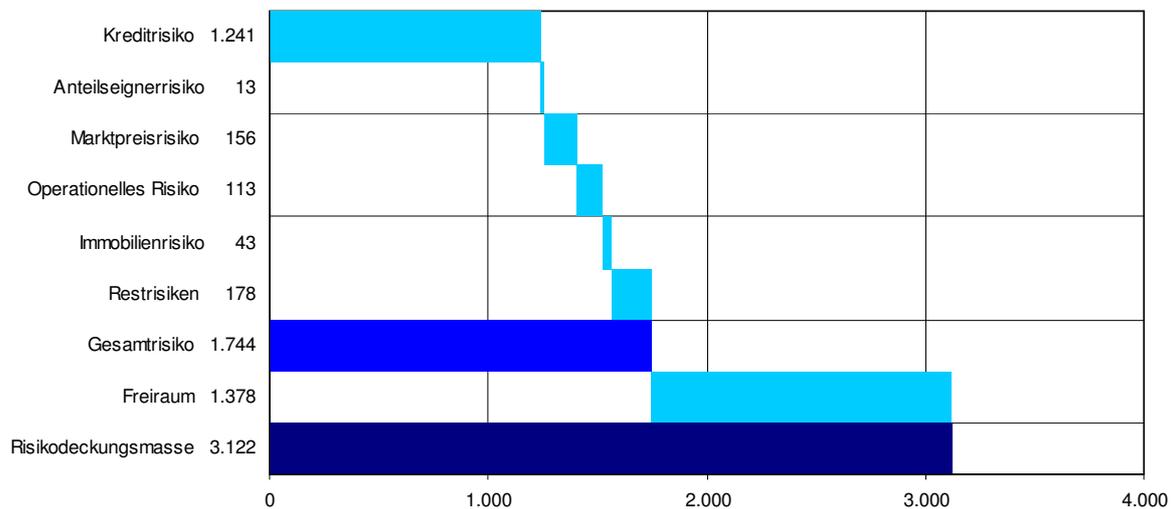
Die Entwicklung der Risiken und der Risikodeckungsmasse wird im Rahmen der Mittelfristplanung und darüber hinaus in den weiteren Prozessen wie zum Beispiel bei der Planung von Kapitalmaßnahmen berücksichtigt. Die Planung erfolgt unter Berücksichtigung der absehbaren Risiko- und Kapitaleffekte sowohl auf Ebene der strategischen Geschäftsfelder als auch auf Konzernebene mit dem Ziel, die Risikotragfähigkeit (RTF) im Planungszeitraum sicherzustellen.

Die nachfolgenden quantitativen Angaben zur Risikolage erfolgen auf Basis des Managementansatzes, das heißt, die Risikolage des Konzerns wird auf Basis der Daten dargestellt, nach denen die interne Risikosteuerung und Berichterstattung, gegliedert nach Risikoarten, an den Vorstand und die Gremien erfolgten. Die interne Risikosicht weicht teilweise vom bilanziellen Ansatz ab. Wesentliche Ursachen für die Unterschiede zwischen interner Steuerung und externer Rechnungslegung liegen in abweichenden Konsolidierungskreisen und der Definition des Kreditvolumens als „Exposure“ (Inanspruchnahme beziehungsweise Marktwerte plus offene externe Zusagen).

Die interne Risikodeckungsmasse (RDM) des Konzerns wird auf Basis des Eigenkapitals nach IFRS zuzüglich eines angemessenen Teils des Nachrangkapitals definiert. Im Januar 2013 wurde die Methode zur Ermittlung der Risikodeckungsmasse unter Berücksichtigung der Anforderungen zum ICAAP (Internal Capital Adequacy Assessment Process) in Form von Prudential Filters erweitert. Es wird nunmehr der Vollabzug des Goodwills (im Wesentlichen der Firmenwert der LBB) berücksichtigt, die Berücksichtigung der stillen Lasten beziehungsweise Reserven wurde angepasst. Insgesamt beeinflussten die genannten methodischen Änderungen den Freiraum der Risikotragfähigkeit in Höhe von -1.145 Mio. €. In den letzten zwölf Monaten sank die Risikodeckungsmasse von 3.482 Mio. € per 31. Dezember 2012 auf 3.122 Mio. € per 31. Dezember 2013.

Die Inanspruchnahme je Risikoart, das Gesamtrisiko und der daraus resultierende Freiraum stellten sich zum 31. Dezember 2013 im Konzern wie folgt dar. Wesentliche Veränderungen der Risiken werden in den Abschnitten zu den einzelnen Risikoarten erläutert.

### Inanspruchnahmen nach Risikoarten für den Konzern in Mio. €



Im Berichtsjahr erfolgten neben methodischen Anpassungen bei der RDM auch Anpassungen bei der Risikoermittlung, die auf die Maßnahmen zur Behebung von Prüfungsfeststellungen zurückzuführen sind. Dies betrifft das Kredit- und das Restrisiko und in Konsequenz das Gesamtrisiko. So ist das Restrisiko gegenüber 2012 erheblich gestiegen und erreichte mit 309 Mio. € im Mai 2013 seinen Höchstwert. Ursächlich dafür war die erweiterte Berücksichtigung von Modellrisiken aufgrund erkannter Modellschwächen. Im Laufe des Jahres wurde das Modell für die Bestimmung der Adressenausfallrisiken erweitert und der Anrechnungswert im Modellrisiko konnte auf 170 Mio. € gesenkt werden. Im Restrisiko befinden sich neben dem Modellrisiko noch kleine Risikopositionen aus Gesellschaften, die nicht über die standardisierten Schnittstellen in die Risikowerte nach Risikoart eingepflegt werden.

Die Aggregation der einzelnen Risikoarten zu einem Gesamtrisiko erfolgte seit Juli 2013 im reinen Additionsverfahren. Diversifikationseffekte werden nicht mehr berücksichtigt.

In Kombination der Verringerung der Risikodeckungsmasse mit dem höheren Gesamtrisiko hat sich der Freiraum erheblich verringert. Die Reduktion des Freiraums wurde bei der Überprüfung und Festsetzung der Limite berücksichtigt. Die Risikotragfähigkeit war sowohl hin-

sichtlich der Inanspruchnahme und bei theoretischer Vollauslastung des Gesamtlimits im gesamten Berichtszeitraum gegeben.

Zur Sicherstellung der Risikotragfähigkeit bestehen ein Limitsystem und davon abgeleitete Eskalationsprozesse. Sollte es zu einer Annäherung an eines der Limite kommen, das heißt in der Regel zu einer Risikoauslastung von mehr als 90 %, entscheidet der Vorstand über Maßnahmen, um Limitüberschreitungen zu verhindern.

Im Dezember 2013 wurden weitere Anpassungen am Risikotragfähigkeitskonzept beschlossen, die sich auf die Höhe der Risikodeckungsmasse auswirkten. Im Wesentlichen ist dabei die Einführung eines veränderten Risikopuffers zu nennen. Die Anpassungen gelten ab 1. Januar 2014. Ab diesem Zeitpunkt gelten auf Konzernebene auch die neuen Limite. Das Gesamtrisikolimit erhöhte sich ebenfalls ab dem 1. Januar 2014 auf 2.839 Mio. € (2.134 Mio. € per Januar 2013). In der Erhöhung der Limite wurden unter anderem anstehende aufsichtsrechtliche Anforderungen an das Marktpreisrisiko berücksichtigt.

Eine Übersicht der einzelnen Segmente und ihrer Risiken ist folgender Tabelle zu entnehmen:

Segmente und ihre Risiken:

	Adressenausfallrisiko (inkl. Anteilseigner)	Liquiditäts- risiko	Marktpreis- risiko	Immobilienrisiko	Operationelles Risiko	Sonstige Risiken
<b>Segment</b>						
Private Kunden	✓		✓	✓	✓	✓
Firmenkunden	✓			✓	✓	✓
Immobilienfinanzierung	✓		✓	✓	✓	✓
Kapitalmarktgeschäft	✓		✓	✓	✓	✓
Refinanzierung und Zinsmanagement	✓		✓	✓	✓	✓
Sonstige	✓		✓	✓	✓	✓
<b>Konzern</b>	✓	✓	✓	✓	✓	✓
Corporate Center	✓			✓	✓	✓
Marktfolge	✓				✓	✓

Die Stresstests des Konzerns werden auf Basis von fünf Szenarien nach einheitlichem Verfahren durchgeführt. Dabei werden die Auswirkungen auf die wesentlichen Ertrags- und Risikokennzahlen und damit auf das bilanzielle, das ökonomische und das regulatorische Kapital und die aufsichtsrechtlichen Kapitalquoten ermittelt. Die regulatorische Risikotragfähigkeit war dabei im Jahr 2013 jederzeit gegeben. Bei der ökonomischen Risikotragfähigkeit war – bedingt durch den erheblich verringerten Freiraum im Normalfall - in den Stresstestszenarien Rezession und Aktiencrash der Freiraum bezüglich der Risikotragfähigkeit seit

dem Monat Juli 2013 aufgebraucht. In den anderen Szenarien war die ökonomische Risiko-tragfähigkeit jederzeit gegeben. Im Rahmen einer Stresstestreflexion hat der Vorstand erör-tert, welche Maßnahmen zur Existenzsicherung ergriffen werden können, wenn eines der entsprechenden Szenarien eintritt.

Die Stresstestergebnisse des Szenarios mit der stärksten negativen Wirkung zum Jahresen-de auf Basis der Zahlen per November 2013 stellten sich wie folgt dar:

November 2013	Freiraum RTF	Kernkapitalquote SolvV	Gesamtkennziffer SolvV
	Mio. €	%-Punkte	%-Punkte
<b>Normal</b>	<b>1.153</b>	<b>13,1</b>	<b>15,5</b>
<b>Veränderungen Stresstest</b>			
Stressszenario Rezession	-1.406	-1,8	-3,0

RTF: Risikotragfähigkeit; SolvV: Solvabilitätsverordnung

Im dargestellten Szenario „Rezession“ treten die größten Auswirkungen auf. Die Parametri-sierung dieses Szenarios bildet eine schwere weltweite wirtschaftliche Krise ab. Die Effekte lassen sich im Wesentlichen aus den Veränderungen im Kreditrisiko erklären.

Die ermittelte theoretische Erhöhung der Kreditrisikovorsorge und des Kreditrisikos bewirkt die Veränderung des Freiraums der Risikotragfähigkeit in Höhe von circa -858 Mio. € der hier ausgewiesenen -1.406 Mio. €. Der Anteil des Kreditrisikos zur ausgewiesenen Verringerung der Gesamtkennziffer um 3,0 %-Punkte beträgt 2,3 %-Punkte.

Darüber hinaus ist ein Prozess zur Identifikation, Steuerung und zum Reporting von Risiko-konzentrationen etabliert.

Eine weitere Form von Gesamtbank-Stresstests sind so genannte „inverse Stresstests“. Bei diesen ist zu untersuchen, welche Ereignisse die Tragfähigkeit des Geschäftsmodells ge-fährden können. Hierzu zählen ein aufgebrauchter RTF-Freiraum oder eine Gesamtkennzif-fer von 8 %.

Ein separater „inverser Stresstest“ war aufgrund des bereits aufgebrauchten Freiraums in der Risikotragfähigkeit bei den oben benannten Szenarien nicht notwendig. Somit erübrigte sich eine spezielle Konstruktion eines die Existenz des Konzerns gefährdenden Szenarios.

## **Adressenausfallrisiken**

Das Adressenausfallrisiko wird als das Risiko eines Verlusts oder entgangenen Gewinns aufgrund des Ausfalls eines Geschäftspartners definiert. Dies beinhaltet, dass ein Vertragspartner des Instituts nicht oder nicht fristgerecht leistet oder das Institut selbst aufgrund der Nichtleistung eines Dritten zu leisten verpflichtet ist. Weiterhin ist in dieser Definition das Anteilseignerrisiko enthalten, welches sich aus der Zurverfügungstellung von Eigenkapital ergibt. Im kommerziellen Kreditgeschäft ist das Adressenausfallrisiko im Falle der Gewährung von Buchkrediten identisch mit dem Kreditrisiko. Wird statt eines Buchkredites ein Wertpapier gehalten, spricht man von einem Emittentenrisiko. Weitere, vor allem im Handelsgeschäft übliche und zum Adressenausfallrisiko zählende Risikokategorien sind das Kontrahentenrisiko (Risiko der potenziell nachteiligen Wiedereindeckung eines Derivategeschäfts bei Ausfall eines Geschäftspartners), das Settlementrisiko (Risiko, das bei der Abwicklung eines Handelsgeschäfts trotz eigener Leistung keine Gegenleistung erfolgt) sowie das Länderrisiko (Transferrisiko).

Ziel eines jeden Geschäfts ist es, einen Beitrag zum wirtschaftlichen Erfolg und damit zu einer kontinuierlichen Wertsteigerung des Konzerns zu leisten. Geschäfte sind nur innerhalb bestehender Limite für die mit dem Engagement verbundenen Adressenausfallrisiken zulässig. Für die Einräumung von Handelslimiten gelten zum Teil besondere Prozesse, so zum Beispiel für Broker/Dealer und für Emittentenrisiken aus Aktien und Aktien-Derivaten im Handelsbuch. Risikokonzentrationen hinsichtlich Einzeladressen („Klumpen“), Regionen und Branchen sind nach Möglichkeit gering zu halten.

Die Messung und Steuerung der Adressenausfallrisiken im Konzern basiert auf einer risiko- adäquaten Darstellung der Kreditrisiko tragenden Geschäfte. Kreditrisiken sowie Kontrahenten- und Emittentenrisiken werden produktspezifisch gemessen und anhand des „Current Credit Exposure“ (CCE) quantifiziert. Das interne Reporting der Kreditrisiken an die Geschäftsleitung basierte im Wesentlichen auf dieser Größe.

Im Folgenden werden entsprechend IFRS 7.34(a) die intern genutzten Darstellungen auf Basis des CCE dargestellt.

Das gesamte CCE des Konzerns betrug zum 31. Dezember 2013 rund 86 Mrd. € (Vorjahresstichtag: rund 94 Mrd. €). Dabei entfielen wie im Vorjahr etwa 40 Mrd. € auf Kreditrisiken aus kommerziellem Kreditgeschäft (inklusive Geschäfte, die durch die Detailvereinbarung über die Absicherung des Konzerns der Bankgesellschaft Berlin AG von den wesentlichen Risi-

ken aus dem Immobiliendienstleistungsgeschäft abgesichert sind), die auf Grundlage von Restbuchwerten quantifiziert werden.

Emittenten-, Kontrahenten- und Kreditnehmerrisiken aus Kapitalmarktgeschäften basieren auf den Marktpreisen der Finanzinstrumente und sind in Höhe von rund 12 Mrd. € im CCE enthalten. In Abhängigkeit von der Aggregationsstufe können sich Netting- beziehungsweise Aufrechnungseffekte in unterschiedlicher Höhe auswirken. Daraus resultieren die unterschiedlichen Gesamtsalden in den nachfolgenden Tabellen zum CCE. So summieren sich die Emittenten-, Kontrahenten- und Kreditnehmerrisiken zum Beispiel aufgegliedert nach Geschäftsfeldern auf 46.593 Mio. €, aufgegliedert nach Branchen beträgt die Summe jedoch 46.062 Mio. €.

Neben dem CCE wird im Folgenden auch das Credit Exposure betrachtet. Dieses beinhaltet zusätzlich nicht gezogene, aber den Kunden zugesagte Limite. Bei diesen Limiten handelt es sich sowohl um widerrufliche als auch unwiderrufliche Zusagen. Das interne Reporting der Kreditrisiken an die Geschäftsleitung wurde zum Jahresende umgestellt und legt nun neben den Angaben zum CCE für die Darstellungen der Geschäftsfelder den Schwerpunkt auf das Credit Exposure.

Entsprechend der oben genannten Zusammensetzung des Credit Exposure sowie des CCE ergab sich für den Konzern zum 31. Dezember 2013 folgende Aufteilung:

### Adressenausfallrisiken des Konzerns LBBH

	Credit Exposure		Current Credit Exposure		Kreditrisiken		Emittenten-, Kontrahenten-, Kreditnehmerrisiken	
	2013	2012	2013	2012	2013	2012	2013	2012
in Mio. €								
<b>Konzern LBBH</b>	<b>96.130</b>	<b>104.751</b>	<b>85.665</b>	<b>94.081</b>	<b>39.679</b>	<b>40.294</b>	<b>45.986</b>	<b>53.788</b>

Die Aufteilung nach Geschäftsfeldern zeigt, dass der überwiegende Teil des CCE unverändert auf die Geschäftsfelder Immobilienfinanzierung und Kapitalmarktgeschäft entfiel. Die Verminderung der Adressenausfallrisiken steht im Zusammenhang mit der im Jahr 2012 eingeleiteten Reduzierung von Risikopositionen im Nicht-Kundengeschäft der Geschäftsfelder Kapitalmarktgeschäft und Immobilienfinanzierung zum Beispiel durch auslaufende Fälligkeiten sowie planmäßige Tilgungen. Das anfangs durch die eingeleiteten Maßnahmen zum

Abbau der risikogewichteten Aktiva stark verringerte Neugeschäft in der Immobilienfinanzierung konnte erst in der zweiten Jahreshälfte wieder deutlich an Dynamik gewinnen. In der Konsequenz hat sich der Kreditbestand in der Immobilienfinanzierung rückläufig entwickelt.

### CCE-Darstellung nach Geschäftsfeldern

	Credit Exposure		Current Credit Exposure		Kreditrisiken		Emittenten-, Kontrahenten-, Kreditnehmerrisiken	
	2013	2012	2013	2012	2013	2012	2013	2012
<b>in Mio. €</b>								
Private Kunden	15.047	14.340	8.185	7.733	7.455	6.963	729	769
Firmenkunden	5.909	5.812	4.788	4.890	4.788	4.890	0	0
Immobilienfinanzierung	41.608	45.198	39.598	42.485	25.322	26.336	14.276	16.150
davon Hypothekendarlehen	27.245	28.820	25.273	26.213	25.273	26.213	0	0
Kapitalmarktgeschäft	28.549	33.059	28.077	32.632	2.114	2.105	25.963	30.528
Sonstige	5.625	7.190	5.625	7.189	0	0	5.625	7.189
<b>Summe Geschäftsfelder <sup>1</sup></b>	<b>96.738</b>	<b>105.599</b>	<b>86.273</b>	<b>94.929</b>	<b>39.679</b>	<b>40.294</b>	<b>46.593</b>	<b>54.636</b>

<sup>1</sup> Abweichungen zu den Konzernzahlen der Tabelle Adressenausfallrisiken des Konzerns LBBH sind durch unterschiedliche Aufrechnungs- und Nettingkreise begründet.

Der Konzern geht vornehmlich Kreditrisiken in der Bundesrepublik Deutschland sowie zu einem geringeren Teil auch im europäischen Ausland ein. Im Rahmen der gewerblichen Immobilienfinanzierung betreut der Konzern Kunden mit Beleihungsobjekten im Inland und in ausgewählten Auslandsmärkten. Das Kapitalmarktgeschäft führt zu Emittenten-, Kontrahenten- und Kreditnehmerrisiken sowohl im In- als auch im Ausland.

### CCE-Darstellung nach Regionen

	Kreditrisiken				Emittenten-, Kontrahenten-, Kreditnehmerrisiken			
	2013	2012	2013	2012	2013	2012	2013	2012
	in Mio. €	in Mio. €	in %	in %	in Mio. €	in Mio. €	in %	in %
<b>Deutschland</b>	<b>32.473</b>	<b>33.061</b>	<b>82</b>	<b>82</b>	<b>24.315</b>	<b>29.181</b>	<b>53</b>	<b>54</b>
Berlin	12.124	12.957	31	32	4.537	4.543	10	8
Alte Bundesländer	16.374	15.840	41	39	18.126	22.143	39	42
Neue Bundesländer	3.975	4.264	10	11	1.652	2.495	4	4
<b>Ausland</b>	<b>7.206</b>	<b>7.231</b>	<b>18</b>	<b>18</b>	<b>21.747</b>	<b>24.722</b>	<b>47</b>	<b>46</b>
EU	5.343	5.465	13	14	15.529	19.195	34	36
Rest Ausland	1.863	1.766	5	4	6.218	5.527	13	10
<b>Sonstige Inländer</b>	<b>0</b>	<b>2</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
<b>Summe CCE Regionen<sup>1</sup></b>	<b>39.679</b>	<b>40.294</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>46.062</b>	<b>53.903</b>	<b>100</b>	<b>100</b>

<sup>1</sup> Abweichungen zu den Konzernzahlen der Tabelle Adressenausfallrisiken des Konzerns LBBH sind durch unterschiedliche Aufrechnungs- und Nettingkreise begründet.

Die Branchenaufteilung zeigt ein analoges Bild: Das Portfolio der Kreditrisiken wird stark durch Immobilienfinanzierungen und das Privat- und Firmenkundengeschäft bestimmt. Emittenten- und Kontrahentenrisiken werden insbesondere durch Geschäfte mit Kreditinstituten und Gebietskörperschaften eingegangen.

## CCE-Darstellung nach Branchen

	Kreditrisiken				Emittenten-, Kontrahenten-, Kreditnehmerrisiken			
	2013	2012	2013	2012	2013	2012	2013	2012
	in Mio. €	Mio. €	in %	in %	in Mio. €	in Mio. €	in %	in %
Immobilienfinanzierung	23.224	23.779	59	59	479	734	1	1
Kreditgewerbe	3.794	4.054	9	10	29.398	33.783	64	63
Privatpersonen	6.696	6.307	17	16	0	1	0	0
Handel & Gewerbe	1.432	1.458	4	3	74	352	0	1
Dienstleistungen	2.346	2.311	5	6	149	228	0	0
Gesundheit & Soziales	243	276	1	1	1	2	0	0
Gebietskörperschaften	246	206	1	0	15.663	18.497	34	35
Beteiligungsgesellschaften	1.230	1.391	3	4	233	237	1	0
Versicherungen	22	23	0	0	3	4	0	0
Chemische Industrie	36	38	0	0	12	31	0	0
Sonstige	410	451	1	1	50	34	0	0
<b>Summe CCE Branchen<sup>1</sup></b>	<b>39.679</b>	<b>40.294</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>46.062</b>	<b>53.903</b>	<b>100</b>	<b>100</b>

<sup>1</sup> Abweichungen zu den Konzernzahlen der Tabelle Adressenausfallrisiken des Konzerns LBBH sind durch unterschiedliche Aufrechnungs- und Nettingkreise begründet.

## Kreditqualität

In der folgenden Tabelle wird die Kreditqualität der finanziellen Vermögenswerte, die weder überfällig noch wertgemindert sind, anhand ihrer Risikoklasse dargestellt.

Risikoklassen	Kreditrisiken		Emittenten-, Kontrahenten-, Kreditnehmerrisiken	
	2013	2012	2013	2012
<b>in Mio. €</b>				
1 bis 3	24.455	23.830	44.335	51.911
4 bis 7	6.640	7.656	1.285	1.451
8 bis 12	4.853	5.076	350	339
13 bis 15	491	528	2	12
keine Risikoklasse verfügbar	148	420	7	2
<b>CCE Konzern LBBH - weder überfällig noch wertgemindert</b>	<b>36.587</b>	<b>37.510</b>	<b>45.979</b>	<b>53.715</b>
<i>Anteil am Gesamt-CCE Konzern LBBH</i>	<i>92,2%</i>	<i>93,1%</i>	<i>100,0%</i>	<i>99,9%</i>
<b>Konzern LBBH</b>	<b>39.679</b>	<b>40.294</b>	<b>45.986</b>	<b>53.788</b>

Die nachfolgende Tabelle zeigt das Engagement des Konzerns in solchen Ländern, deren Staatsverschuldung nach wie vor im Zentrum der öffentlichen Aufmerksamkeit steht. Im Jahr 2013 baute der Konzern das Engagement in diesen Staaten systematisch durch Rückzahlungen oder Verkauf ab, so dass sich der Nominalwert von 3,1 Mrd. € auf 2,4 Mrd. € verringerte.

### Exposure in Schuldinstrumenten in ausgewählten Staaten zum 31. Dezember 2013

in Mio. €	Nominalwert	Buchwert <sup>1)</sup>	stille Effekte <sup>2)</sup>
<b>Irland (Republik)</b>	<b>187</b>	<b>164</b>	<b>0</b>
Nichtstaatliche Kreditnehmer	187	164	0
Staat	0	0	0
<b>Italien</b>	<b>1.134</b>	<b>1.149</b>	<b>7</b>
Nichtstaatliche Kreditnehmer	824	833	-9
Staat	310	316	16
<b>Portugal</b>	<b>161</b>	<b>160</b>	<b>-6</b>
Nichtstaatliche Kreditnehmer	161	160	-6
Staat	0	0	0
<b>Spanien</b>	<b>725</b>	<b>757</b>	<b>2</b>
Nichtstaatliche Kreditnehmer	383	401	-4
Staat	342	356	6
<b>Ungarn</b>	<b>173</b>	<b>190</b>	<b>0</b>
Nichtstaatliche Kreditnehmer	0	0	0
Staat	173	190	0
<b>Summe</b>	<b>2.380</b>	<b>2.420</b>	<b>3</b>
Nichtstaatliche Kreditnehmer	1.555	1.558	-19
Staat	825	862	22

Das Exposure in Schuldinstrumenten, bezogen auf Nominal- und Buchwert, setzt sich aus direktem und indirektem Exposure in Anleihen, Schuldscheindarlehen, Asset Backed Securities und Credit Default Swaps zusammen. Ein indirektes Exposure liegt vor, sofern ein Unternehmen originär nicht in den ausgewählten Staaten ansässig ist, jedoch ein enger Zusammenhang über Konzern- beziehungsweise Garantiebeziehungen besteht.

1) Die Buchwerte berücksichtigen bereits die Anrechnung von Sicherungsgeber- beziehungsweise Sicherungsnehmerpositionen aus CDS-Geschäften.

2) Die hier aufgeführten stillen Effekte resultieren aus der Differenz von Markt- und Buchwerten der als Loans and Receivables (LaR) kategorisierten Bestände sowie aus den in der Neubewertungsrücklage ausgewiesenen Wertänderungen der Available for Sale (AfS) kategorisierten Bestände. In den Einzelinstituten des Konzerns existieren davon abweichende stille Effekte nach jeweiliger nationaler Rechnungslegung (in Deutschland nach HGB und in Luxemburg nach Luxembourg GAAP).

Nachstehend ist das oben abgebildete Exposure (Nominalwerte) in ausgewählten Staaten nach IFRS-Bewertungskategorien per 31. Dezember 2013 aufgegliedert:

### Bewertungskategorien ausgewählter Staaten

	31.12.2013
<b>in Mio. €</b>	
<b>Held for Trading / Fair Value-Option</b> (erfolgswirksame Bewertung)	344
<b>Available for Sale (AfS)</b> (erfolgsneutrale Bewertung im Eigenkapital)	749
<b>Loans and Receivables (LaR)</b> (fortgeführte Anschaffungskosten)	1.287
<b>Summe</b>	<b>2.380</b>

Die noch verbliebenen Staatsanleihen der im Fokus der Staatsschuldenkrise stehenden Länder mit einem Buchwert von 862 Mio. € (inkl. Berücksichtigung von abgegrenzten Zinsen, Abschreibungen sowie von Sicherungsbeziehungen) sind größtenteils den Kategorien LaR und AfS zugeordnet und werden überwiegend bis 31. Dezember 2016 fällig (67 %); die letzte Endfälligkeit ist im Juni 2018.

Das Engagement in Schuldinstrumenten spanischer Finanzinstitute beträgt 383 Mio. € (Nominalwerte). Die Nominalbeträge für Credit Default Swaps auf spanische Finanzinstitute in der Position des Sicherungsgebers beziehungsweise Sicherungsnehmers sind hierbei berücksichtigt. Aufgrund von Rückzahlungen und Verkäufen reduzierte sich der Nominalbestand im Jahr 2013 um rund 0,3 Mrd. €.

Für die Risiken in den Ländern Portugal, Italien, Spanien und Ungarn besteht aktuell eine Portfoliowertberichtigung in Höhe von 14 Mio. €. In Griechenland besteht noch ein geringes Exposure in Höhe von 0,2 Mio. €.

Die im Rahmen der Wertberichtigungen notwendigen Schätzungen und Beurteilungen erfolgen im Einklang mit dem jeweiligen Standard, werden fortlaufend neu überprüft und basieren auf historischen Erfahrungen und weiteren Faktoren, einschließlich Erwartungen hinsichtlich zukünftiger Ereignisse, die unter den gegebenen Umständen vernünftig erscheinen.

## ***Risikominderung***

Zur Reduzierung der Adressenausfallrisiken werden im Konzern verschiedene Elemente der Risikominderung eingesetzt. Im Rahmen ihrer jeweiligen Risikostrategie formulieren die Geschäftsfelder ihre Sicherheitenstrategie.

Entsprechend den unterschiedlichen Arten des Adressausfallrisikos (Emittenten-, Kontrahenten-, Kreditnehmerisiko) werden verschiedene Risikominderungstechniken angewendet. Bei den Kreditrisiken bildeten Sach- und Personensicherheiten im Gesamtwert von circa 30 Mrd. € das wesentliche Element.

Bei Emittentenrisiken erfolgt eine Risikominderung durch Aufrechnung von Long- und Short-Positionen. Zusätzlich werden Garantiebeziehungen berücksichtigt. Darüber hinaus kann eine Besicherung durch Kreditderivate vorgenommen werden, die in Höhe von etwa 0,7 Mrd. € hereingenommen wurden.

In der internen Überwachung des Adressenausfallrisikos erfolgt grundsätzlich die Berücksichtigung der Risikominderung durch Kreditderivate, während in der aufsichtsrechtlichen Darstellung gemäß Genehmigung durch die BaFin im Jahr 2012 eine Anrechnung im Anlagebuch in Abhängigkeit von festgelegten Kriterien erfolgt.

Für Kontrahentenrisiken aus Derivaten, Wertpapierleihen und Repogeschäften können aufgrund abgeschlossener Nettingvereinbarungen (ausschließlich Close-Out-Netting) gegenläufige Risikopositionen verrechnet werden. Dieses Verfahren ermöglicht es, im Falle einer Kreditverschlechterung des Kontrahenten bis hin zu einer Insolvenz, Forderungen und Verbindlichkeiten gegeneinander aufzurechnen. Kontrahentenrisiken des Handels wurden durch Vereinbarungen zum Close-Out-Netting um rund 9 Mrd. € reduziert. Zusätzlich erfolgt eine Risikominderung durch den Abschluss von Collateral-Vereinbarungen. Collaterals wurden mit einem Volumen von rund 1 Mrd. € hereingenommen. Es erfolgt produktspezifisch keine Ermittlung von Add-Ons in der internen Überwachung, sobald eine Collateral-Vereinbarung existiert, während in der aufsichtsrechtlichen Betrachtung Add-Ons grundsätzlich berücksichtigt werden. Entsprechend der Umsetzung der gesetzlichen Anforderungen zur Clearingpflicht von bilateral abgeschlossenen Derivaten hat der Konzern 2013 begonnen, Teile des Portfolios auf zentrale Kontrahenten zu übertragen. Aufgrund der Sicherungsmechanismen bei zentralen Kontrahenten ergeben sich daraus zusätzliche Risikominderungseffekte.

Die Verantwortung für das Sicherheitenmanagement bei Kreditrisiken liegt in der Marktfolge. Diese ist für den Ansatz, die Prüfung und die regelmäßige Bewertung der Sicherheiten sowie für die Verwaltung der Kreditrisikominderungsstechniken zuständig. Dazu werden die Sicherheiten in einem zentralen IT-gestützten Sicherheitensystem erfasst und verwaltet.

Bei der Überwachung und Überprüfung von Immobilienbewertungen differenziert der Konzern zwischen der Überwachung auf Basis von Marktschwankungen sowie der turnus- und anlassbezogenen Überprüfung.

Bei der Überwachung auf Basis von beobachteten Marktschwankungen nutzt der Konzern das jährlich aktualisierte Marktschwankungskonzept von "Die Deutsche Kreditwirtschaft (DK)". Dieses wird für inländische Gewerbe- und Wohnimmobilien erstellt. Übersteigen die Marktschwankungen festgelegte Schwankungsbreiten, erfolgt eine Überprüfung der Bewertung der betroffenen Immobilienarten und Regionen. Im Jahr 2013 bestand entsprechend den Unterlagen der Konzern hieraus kein Handlungsbedarf.

Der Konzern hat in seinem Regelwerk Kriterien zur turnus- und anlassbezogenen Überwachung und Überprüfung von Immobilienbewertungen definiert. Die ordnungsgemäße Durchführung wird jährlich durch den Bereich Wertermittlung der Berlin Hyp im Rahmen einer Stichprobe kontrolliert.

### ***Kreditrisikomessverfahren***

Die Bonität jedes Kreditnehmers wird unter Zuhilfenahme interner Rating- und Scoringverfahren laufend eingeschätzt. Diese Rating- und Scoringverfahren sind auf Ausfallwahrscheinlichkeiten ausgerichtet und führen zu einer Einstufung auf einer einheitlichen Ratingmasterskala mit den Klassen 1 bis 18, wobei innerhalb einzelner Klassen eine weitere Differenzierung erfolgt. Diese Masterskala wird in allen Geschäftsfeldern angewendet und ermöglicht den Vergleich der Kreditnehmerbonitäten über die Segmente hinweg.

Der Konzern verwendet kundengruppenspezifische Rating- und Scoringverfahren auf statistischer Basis, die er in Projekten mit anderen Landesbanken, dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband oder spezialisierten Dienstleistern entwickelt hat. Die Güte der Verfahren wird regelmäßig durch das Kreditrisikocontrolling überprüft und optimiert. Das Kreditrisikocontrolling nimmt die Aufgaben der Adressrisikoüberwachungseinheit nach § 152 der SolvV wahr.

Ausfallwahrscheinlichkeit und Besicherungsgrad eines Engagements werden für die interne Steuerung zu einer Risikoklasse verdichtet. Für diese wird ebenfalls die Masterskala verwendet. Die Risikoklasse ist maßgebliches Kriterium der Kreditvergaberichtlinien und für die Intensität der Kreditüberwachung. Sie bestimmt die Kreditkompetenz.

Entsprechend der Risikoklasse lässt sich das Portfolio unterteilen in:

- Good Loans (Risikoklasse 1 bis 12),
- Subperforming Loans (Risikoklasse 13 bis 15),
- Nonperforming Loans (Risikoklasse 16 bis 18).

Die quantitative Analyse der Adressenausfallrisiken auf Basis statistischer Verfahren wird für Kreditportfolien mittels des selbstentwickelten Kreditportfoliomodells vorgenommen. Dieses Modell, das auf einer konzernspezifischen Adaption von Standardmodellen beruht, erlaubt die Aggregation der kreditnehmerbezogenen Adressenausfallrisiken zu einer Risikokennzahl auf Portfolioebene, dem so genannten Credit-Value-at-Risk (CreditVaR). Diese Kennzahl wird täglich auf Basis der Konfidenzniveaus 99,9 % mit einer Haltedauer von einem Jahr für die wesentlichen Konzern-, Instituts- und Geschäftsfeldportfolios ermittelt. Im Jahr 2013 wurden Modellanpassungen bezüglich der Bestimmung des CreditVaR vorgenommen. Dies betraf unter anderem die Berücksichtigung von Beständen aus ausgefallenen Engagements und die Einführung der sogenannten „Risikolast“. Hierunter wird das gesamte CreditVaR zum Konfidenzniveau 99,9 % abzüglich der bereits in der Bilanz als wertmindernd angebrachten Kreditrisikovorsorge aus nicht ausgefallenen Positionen verstanden. Die Risikolast betrug 1.241 Mio. € per 31. Dezember 2013.

Das Kreditportfoliomodell schätzt auf Basis der kreditnehmerspezifischen Exposure, der Ratingklasse, der Besicherung sowie von Korrelationsschätzungen die Wahrscheinlichkeit, dass es zu großen Verlusten durch korrelierte Kreditausfälle kommt. Das eingesetzte Modell reagiert aufgrund seiner Struktur sensitiv auf Klumpenrisiken oder Branchenkonzentrationen und berücksichtigt auch die Gefahr von Länder-Transferereignissen. Die größten Risikokonzentrationen werden monatlich im Top Management Report (TMR) dargestellt.

Das Kreditportfoliomodell berücksichtigt Wertänderungen kapitalmarktnaher Finanzinstrumente (Bonds, CDS, Wandelanleihen) aufgrund von Ratingmigrationen.

## ***Reporting***

Die Adressenausfallrisiken werden monatlich im Rahmen des Top Management Reports berichtet. Ein ausführlicher Kreditrisikoreport wird quartalsweise erstellt. Um Risikokonzentrationen zeitnah erkennen zu können, wird ein monatlicher Klumpenreport generiert. Dieser Bericht wird dem Vorstand im Rahmen des Top Management Reports zur Kenntnis gegeben. Darüber hinaus wird eine Auswahl der größten Risikokonzentrationen quartalsweise im Kreditrisikoreport dargestellt.

Neben der monatlichen und quartalsweisen Berichterstattung wird der Vorstand gemäß MaRisk täglich über gegebenenfalls eingetretene Limitüberschreitungen unterrichtet.

## ***Kreditüberwachung***

Der Konzern überwacht das Einzelrisiko der Kreditnehmer mit verschiedenen manuellen und automatisierten Verfahren, um Kreditrisiken früh zu erkennen und aktiv zu managen. In aller Regel werden die Kreditnehmer-Ratings mindestens jährlich aktualisiert. In diesem Rahmen erfolgt auch die regelmäßige Überprüfung von Bestand und Werthaltigkeit der Sicherheiten, die gegebenenfalls einer Neubewertung unterzogen werden. Bei Rating-Verschlechterungen wird über die Art der Fortführung des Engagements entschieden.

Zur Identifikation von Kreditnehmern, bei denen sich erhöhte Risiken abzeichnen, setzt der Konzern Frühwarnsysteme ein. Auf Basis von quantitativen und qualitativen Frühwarnindikatoren werden entsprechende Überwachungslisten erstellt, die separat zu untersuchende Kreditnehmer aufführen.

Der Konzern aktualisiert und verfeinert die Qualität seiner Kreditüberwachung permanent, um den Entscheidungsprozess zu beschleunigen und um die Qualität der verfügbaren Informationen zur Erkennung und Bewertung potenzieller Risiken zu verbessern. Das Kreditgeschäft, die eingesetzten Risikomessverfahren und insbesondere die Kreditprozesse werden von der internen Revision regelmäßig überprüft. Daraus werden Maßnahmen für die weitere Qualitätsverbesserung in der Kreditanalyse und Überwachung abgeleitet.

## ***Risikobeschränkung***

Adressenausfallrisiken werden sowohl auf der Ebene der einzelnen Kreditnehmer als auch auf Portfolioebene im Rahmen eines strategischen Kreditportfoliomanagements limitiert und gesteuert.

## ***Einzelkreditnehmerlimite***

Die Adressenausfallrisiken werden auf Einzelkreditnehmer-Ebene durch individuelle Limite für Kreditnehmer für die Parameter Betrag, Laufzeit und Geschäftsart begrenzt. Diese Limite werden systematisch erfasst und einem täglichen MaRisk-Prozess unterworfen.

Im Mengenkreditgeschäft, das standardisierte Kredite wie Raten- und Dispositionskredite umfasst, werden weitgehend maschinell unterstützte Verfahren zur Bewilligung eingesetzt. Bei größeren Engagements ist zusätzlich ein Votum durch die Marktfolge erforderlich. Für das nicht in standardisierten Prozessen abzuwickelnde Geschäft werden individuelle Kreditentscheidungen in klar definierten Prozessen abhängig von der Höhe des Engagements und dem Risikogehalt getroffen. Die Entscheidung über größere Engagements und deren Bearbeitung erfolgt dabei grundsätzlich durch den Marktfolgebereich.

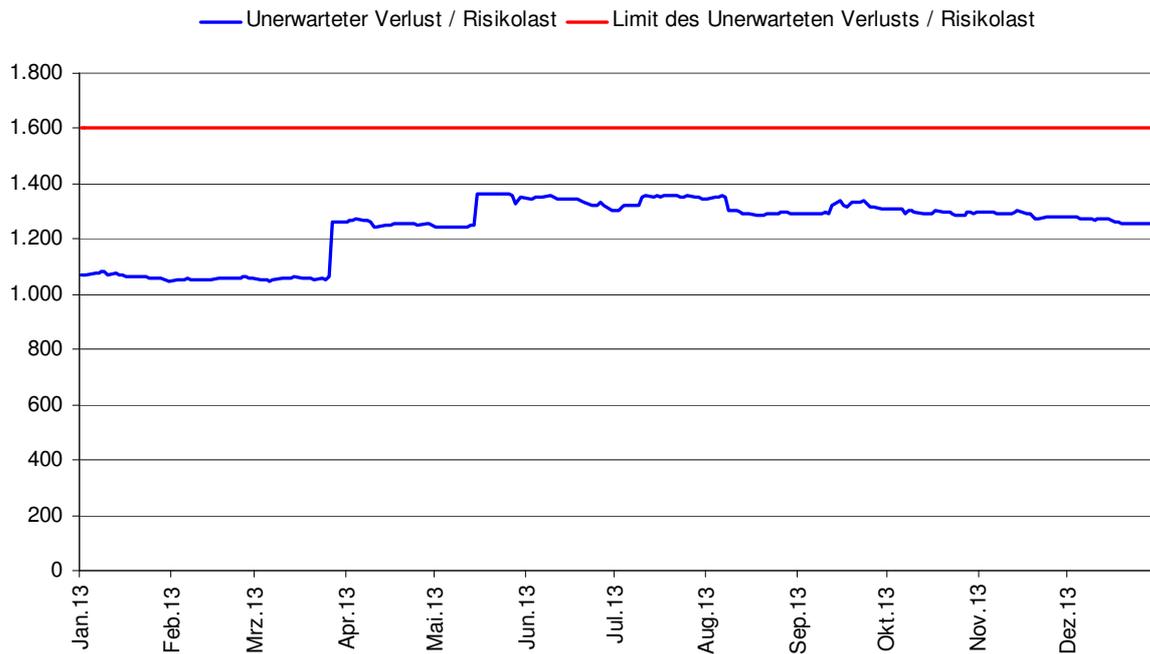
## ***Portfoliosteuerung***

Das Neugeschäft und der Kreditbestand werden täglich durch Portfoliolimite auf Basis des Kreditportfoliomodells begrenzt. Zu diesem Zweck existieren Limite für die Risikolast (bis März 2013 Limite für den unerwarteten Verlust) zum Konfidenzniveau 99,9 % der Portfolien der Geschäftsfelder wie auch der Konzernbanken und des gesamten Konzerns.

Der unerwartete Verlust ging bis Februar 2013 in die Risikotragfähigkeit ein, seit März 2013 wird dafür die Risikolast verwendet.

Im Folgenden sind für den Konzern bis Mitte Mai 2013 der unerwartete Verlust (99,9 %) sowie ab 15. Mai 2013 die Risikolast und deren Limitierung im Jahresverlauf 2013 dargestellt. Im Rahmen der Validierung wurden zum Ultimo März 2013 neue Parameter (Quotenanpassungen) eingesetzt, so dass sich der Unexpected Loss sichtbar erhöhte. Bis zur Automatisierung im Mai wurde die Risikolast im Rahmen der Limitüberwachung manuell berechnet.

## Credit-Value-at-Risk-Kennzahlen Konzern in Mio. €



Zusätzlich werden Länder- und Transferrisiken über volumenbasierte Länderlimite beschränkt. Die jeweiligen Limithöhen werden dabei vom Vorstand unter Berücksichtigung des Risikogehalts der jeweiligen Volkswirtschaft sowie der Entwicklung des individuellen Kreditportfolios beschlossen. Mit Ausnahme einiger Länder mit einem Länderrating von 1(AAAA) existieren für alle Länder Länderlimite, die die Geschäftsausweitung begrenzen.

Das Länderrisiko wird als Summe der Länderexposure und Reservierungen (netto) ausgewiesen.

## Auslandsvolumen

	Exposure	
	2013	2012
<b>in Mio. €</b>		
<b>Ohne Limitierung des Auslandsvolumens</b>	<b>6.348</b>	<b>6.742</b>
Eurozone	4.006	4.103
Rest EU	1.176	1.248
Europa	1.166	1.391
Nordamerika	0	0
<b>Limitiertes Auslandsvolumen mit</b>	<b>18.261</b>	<b>22.492</b>
geringem Transferrisiko	18.078	21.856
mittlerem Transferrisiko	147	590
erhöhtem Transferrisiko oder ohne Rating	36	46
<b>Konzern LBBH</b>	<b>24.609</b>	<b>29.234</b>

Organisationen mit höchster Bonität wie zum Beispiel die Europäische Investitionsbank werden nicht limitiert, können jedoch aufgrund ihres Aktivitätsspektrums in der Tabelle nicht direkt einer Region, zum Beispiel Europa, zugeordnet werden und sind im Exposure von 25 Mrd. € nicht enthalten. Das Exposure der Organisationen betrug zum Stichtag 2,7 Mrd. €. Das Exposure inklusive Organisationen betrug demnach 27,3 Mrd. €.

Neben dieser Limitierung erfolgt ein regelmäßiges Reporting der Kreditvolumina nach weiteren Kategorien. Eine gesonderte Votierungseinheit des Risikocontrollings, die für die Kreditengagements in Verantwortung des Gesamtvorstands ein zusätzliches Votum abgibt, prüft die Portfolioverträglichkeit von Großengagements.

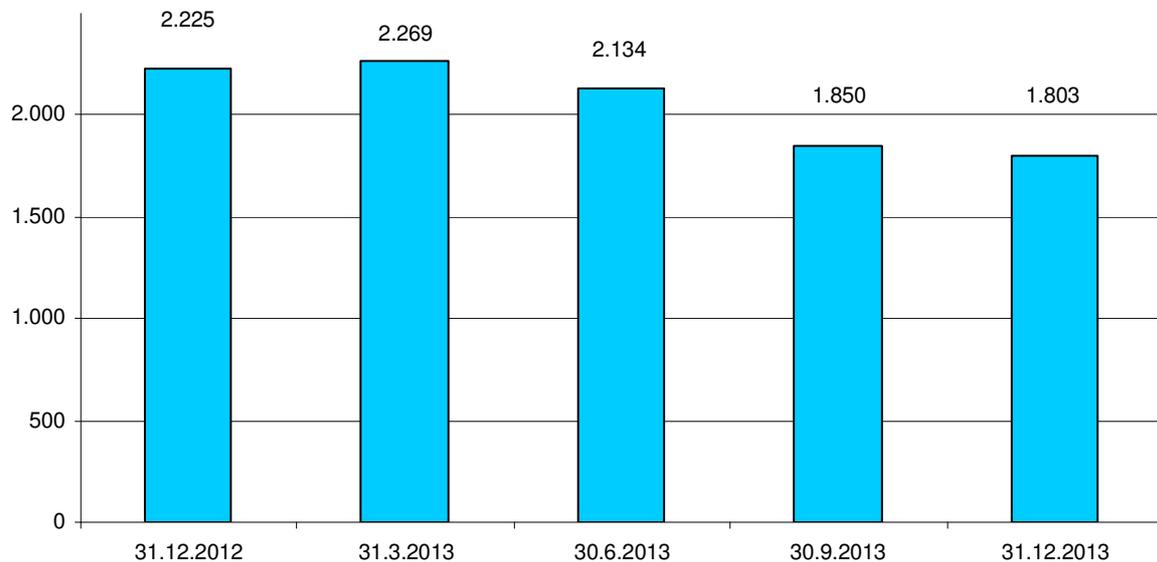
### **Behandlung von Problemkrediten**

Gefährdete Engagements fallen prinzipiell in die Bearbeitungszuständigkeit und Verantwortung der Risikobetreuungsbereiche, in welchen diese Kredite saniert oder abgewickelt werden.

Das CCE und insbesondere die rückständigen Leistungen der ausgefallenen Problemkredite (Nonperforming Loans) sind durch Einzelwertberichtigungen und Rückstellungen sowie infolge der Anrechnung von Sicherheiten weitgehend abgesichert.

Das CCE der Nonperforming Loans, das heißt der ausgefallenen Kredite, ist im Berichtsjahr kontinuierlich gesunken. Der Anteil am Gesamtexposure des Konzerns lag zum 31. Dezember 2013 bei 2,1 % (Vorjahresstichtag: 2,4 %).

### **Current Credit Exposure der Nonperforming Loans in Mio. €**



### ***Bildung der Kreditrisikovorsorge***

Die Kompetenz der Risikobetreuungsbereiche umfasst unter anderem die Bildung von Einzelwertberichtigungen. Oberhalb definierter Betragsgrenzen entscheiden einzelne Vorstandsmitglieder oder entscheidet der Gesamtvorstand über die Höhe der Einzelwertberichtigung.

Sowohl über die unterjährig gebildete Risikovorsorge als auch über die erwartete weitere Entwicklung wird monatlich an den Vorstand berichtet. Die Höhe der Einzelwertberichtigungsvorschläge beruht auf fest definierten Kriterien, die unter anderem von der Art der Sicherheit beziehungsweise vom Status des Engagements (Sanierung oder Abwicklung) abhängen.

Auch für Engagements, die keine Einzelwertberichtigung erhalten, wird im Sinne einer Portfoliobetrachtung der Kreditrisikovorsorgebedarf ermittelt. Bei dessen Berechnung fließen die Risikoparameter Ausfallwahrscheinlichkeit, Exposure at Default und Verlustquote ein.

## **Liquiditätsrisiken**

Das Liquiditätsrisiko ist das Risiko, dass der Konzern zu einem Zeitpunkt nicht in der Lage sein könnte, seinen Zahlungsverpflichtungen fristgerecht und in vollem Umfang zu entsprechen (Zahlungsfähigkeit).

Die zentrale Liquiditätsversorgung des Konzerns zu gewährleisten, ist Aufgabe des Bereichs Treasury. Ziel der Liquiditätsplanung und -steuerung ist, die jederzeitige Zahlungsfähigkeit und die Einhaltung der aufsichtsrechtlichen Liquiditätskennziffern auch in Krisensituationen sicherzustellen.

Im Jahr 2013 war der Konzern für alle beobachteten Szenarien jederzeit zahlungsfähig. Die aufsichtsrechtlichen Liquiditätskennziffern gemäß §11 KWG wurden eingehalten.

## ***Auswirkungen der Finanzkrise***

Die Refinanzierungsmöglichkeiten für Banken an den Geld- und Kapitalmärkten sind seit Beginn der Finanzkrise im dritten Quartal 2007 eingeschränkt. Das Refinanzierungsumfeld für europäische Banken zeigte sich im Jahr 2013 jedoch im Vergleich zu den beiden Vorjahren verbessert, wobei insbesondere weiterhin vorhandene Hilfsmaßnahmen der EZB mit großem Volumen die allgemeinen Marktstörungen milderten. Grundsätzlich führten die Auswirkungen der Finanz- und Staatsschuldenkrise auch im Jahr 2013 mit unterschiedlicher Intensität zu Einschränkungen in der Funktion der Geld- und Kapitalmärkte. So führten die Zypern-Krise in der ersten Jahreshälfte sowie die anhaltenden Spekulationen über ein weiteres Rettungspaket für Griechenland zu anhaltenden Unsicherheiten.

In diesem fragilen und weiterhin angespannten Umfeld stellt sich die Liquiditäts- und Refinanzierungssituation des Konzerns stets geordnet dar. So konnte das Geschäftsvolumen unter Vorhaltung ausreichender Reserven vollständig in den besicherten und unbesicherten Geld- und Kapitalmärkten refinanziert werden.

## ***Grundlagen und Liquiditätskennziffern***

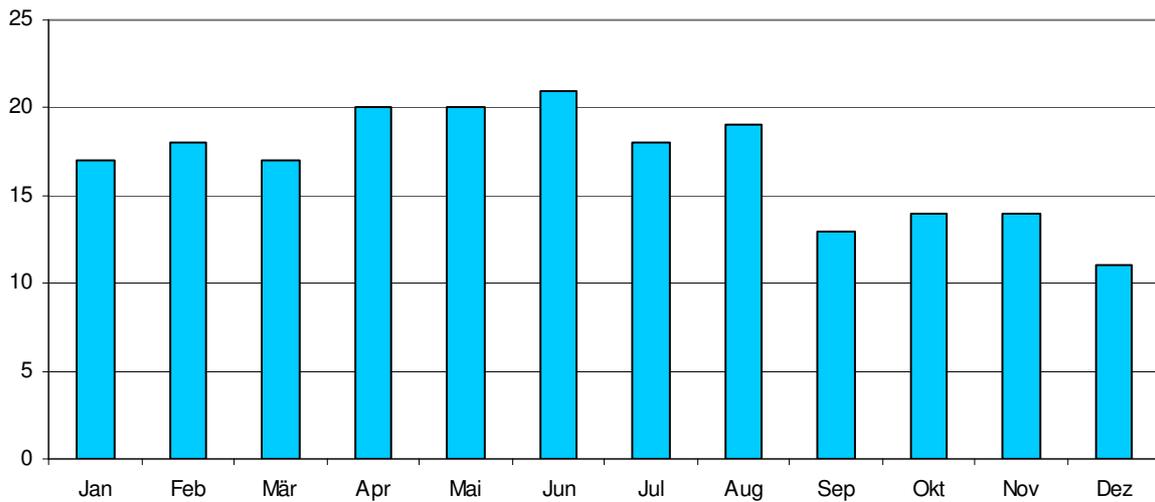
Im Konzern wird das Liquiditätsrisiko nach § 11 KWG und dem internen Liquiditätsrisikomessverfahren überwacht. § 11 KWG regelt, dass Kreditinstitute ihre Mittel so anlegen müssen, dass jederzeit eine ausreichende Zahlungsbereitschaft gewährleistet ist.

Die Liquidität einer Bank gilt nach der „Verordnung über die Liquidität der Institute“ (Liquiditätsverordnung) als ausreichend, wenn die in den nächsten 30 Kalendertagen zur Verfügung stehenden Zahlungsmittel die Zahlungsverpflichtungen mindestens abdecken. Darüber hinaus werden mit einem Horizont bis 360 Tage Beobachtungskennziffern errechnet. Maßgebliche Bestimmungsgrößen sind tatsächliche und erwartete Zahlungsströme sowie der Bestand an hochliquiden Vermögenswerten. Die Liquiditätskennziffer gibt das Verhältnis zwischen den verfügbaren Zahlungsmitteln und den abrufbaren Zahlungsverpflichtungen innerhalb des ersten Monats an. Die Liquidität wird als ausreichend angesehen, wenn die Liquiditätskennziffer mindestens 1,0 beträgt.

Die Liquiditätskennziffer muss täglich erfüllt und jeweils mit Stand Monatsultimo bis zum 15. Werktag des Folgemonats an die Bundesbank gemeldet werden. Als Differenz zwischen den Zahlungsmitteln und Zahlungsverpflichtungen kann ein Zahlungsmittelüberschuss errechnet werden.

Unter Berücksichtigung der Restlaufzeiten für Vermögenswerte ergeben sich die kumulierten Zahlungsmittelüberschüsse der LBBH auf 360 Tage gemäß Liquiditätsverordnung.

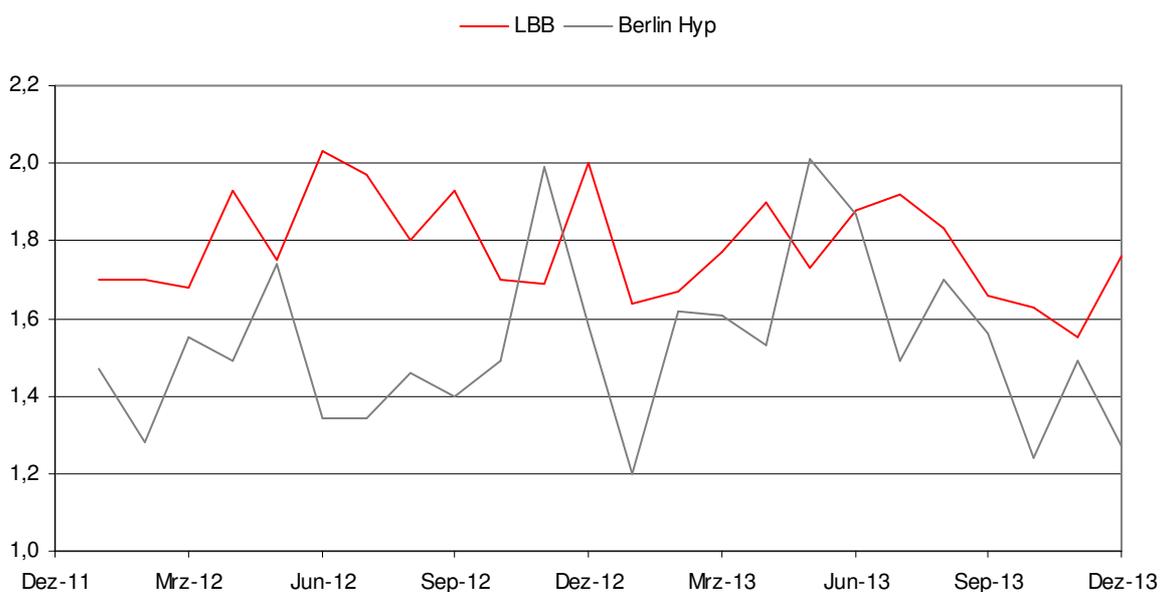
## Kumulierter Zahlungsmittelüberschuss auf 360 Tage des LBBH-Konzerns in Mrd. €



Es ist erkennbar, dass durch das Liquiditätsmanagement jederzeit ein positiver Zahlungsmittelüberschuss auf 360 Tage sichergestellt wurde.

Die interne Liquiditätsrisikomessung und -steuerung des Konzerns wird im Folgenden beschrieben und erfolgt prinzipiell nach der Logik der Liquiditätsverordnung, determinierte und stresstestbasierte Liquiditätsabflüsse durch liquidierbare Aktiva decken zu können.

Die folgende Grafik zeigt die monatliche Entwicklung der aufsichtsrechtlichen Liquiditätskennziffern.



Die Liquiditätskennziffern wurden jederzeit eingehalten. Zum Jahresultimo ergeben sich folgende Zahlen:

	2013	2012
Landesbank Berlin	1,76	2,00
Berlin Hyp	1,27	1,58

### **Messung und Limitierung von Liquiditätsrisiken**

Für den Konzern wird zusätzlich ein über die Liquiditätsverordnung hinausgehendes Liquiditätsrisikocontrolling vorgenommen. Dazu werden täglich Berechnungen unter Stressannahmen durchgeführt. Die Modellparameter dieser Stressszenarien basieren auf den Vorgaben der Liquiditätsverordnung und erfüllen die Anforderungen der MaRisk.

Das interne Liquiditätsrisiko wird unterteilt in das kurzfristige Beschaffungsrisiko, das mittel- und langfristige Fristenrisiko sowie das Preisrisiko. Diese interne Einteilung berücksichtigt das Liquiditätsrisiko im engeren Sinne, das Refinanzierungsrisiko und das Marktliquiditätsrisiko. Das Marktliquiditätsrisiko wird in Form von Wertabschlägen bei der Bildung der Liquiditätsreserve berücksichtigt.

Das Liquiditätsrisiko im engeren Sinne, das Beschaffungsrisiko, stellt das Risiko dar, kurzfristig fälligen offenen Zahlungsverpflichtungen in den nächsten 30 Tagen bei einem versperrten Zugang zum unbesicherten Geldmarkt im Krisenfall nicht mehr fristgerecht und in vollem Umfang nachkommen zu können.

Unter Fristenrisiko wird das Risiko verstanden, dass mittel- und längerfristige Refinanzierungsmittel, denen keine entsprechende Aktivfälligkeit gegenübersteht, aufgrund von Bonitätsproblemen oder aus marktbedingten Gründen nur noch kurzfristig prolongiert werden können.

Das Preisrisiko ist das Risiko, dass Anschlussrefinanzierungen in der Zukunft auf Grundlage veränderter Refinanzierungsspreads getätigt werden. Das Volumen des Preisrisikos wird unter Berücksichtigung von angepassten Refinanzierungskonditionen errechnet.

Grundlage für alle Liquiditätsrisiko-Betrachtungen durch das Risikocontrolling ist die Kapitalablaufbilanz, die das Cashflow-Profil des Konzerns abbildet. Die Kapitalablaufbilanz bildet

das komplette Laufzeitspektrum aller im Konzern gebuchten Finanzinstrumente ab. In der Kapitalablaufbilanz werden neben den vertraglich vereinbarten Zahlungsströmen folgende Annahmen berücksichtigt:

- Prolongation von Aktivfälligkeiten,
- modelliertes Abzugsverhalten von Einlagen,
- Abschläge bei der Verwertung von Wertpapierbeständen,
- auf der Passivseite erschwerte Refinanzierungsbedingungen,
- die partielle Ziehung zugesagter Kreditlinien.

Konzerninterne Zahlungen werden bei der Erstellung der Kapitalablaufbilanz nicht berücksichtigt. Durch dieses Vorgehen wird die korrekte Darstellung und Liquiditätswirksamkeit jedes Zahlungsstroms sichergestellt.

Hiervon ausgehend werden im kurzfristigen Bereich mit einer Laufzeit von bis zu 30 Tagen die täglich zu deckenden Refinanzierungssalden ermittelt. Diese werden durch das Risikocontrolling überwacht, so dass auch unter den vorgenannten restriktiven Annahmen die jederzeitige Zahlungsfähigkeit des Konzerns gewährleistet ist.

An diese kurzfristige Risikobetrachtung schließt sich im Laufzeitbereich von 31 bis 360 Tagen die Limitierung der Refinanzierungssalden in diesen Fälligkeiten an. Hierzu werden die Cashflows in verschiedene, teilweise überlappende Laufzeitbänder eingeteilt. Dadurch wird in einem unterstellten Krisenfall, in dem der Zugang zur mittel- und längerfristigen unbesicherten Geldmarktrefinanzierung beeinträchtigt ist, der zusätzliche Bedarf an kurzfristigen Refinanzierungsmitteln begrenzt. Die Obergrenzen der Limite basieren auf der für den gesamten Zeitraum verfügbaren Liquiditätsreserve. Die Liquiditätsreserve setzt sich aus qualitativ hochwertigen Wertpapieren gemäß MaRisk zusammen. Neben dieser Begrenzung durch die unverbrauchte Liquiditätsreserve werden die Salden auch nominell limitiert.

### ***Reporting der Liquiditätsrisiken***

Eine Darstellung der Liquiditätsrisikosituation, der aktuellen Risikoausnutzungen und des kurzfristigen Refinanzierungsbedarfs wird täglich erstellt und dem Vorstand monatlich im Rahmen des Top Management Reportings zur Verfügung gestellt. Darüber hinaus wird der Überwachungsvorstand zweimal wöchentlich im Rahmen der gesonderten Darstellungen zur Liquiditätslage an die BaFin informiert. Das interne Reporting beinhaltet die Überwachung von Vorwarnstufen, bei deren Erreichen definierte Eskalationsmaßnahmen greifen. Die

Auslastung der Limite war 2013 sowohl für das Beschaffungs- als auch für das Fristenrisiko im Jahresverlauf unbedenklich.

### ***Steuerung der Liquiditätsrisiken***

Die Liquiditätsrisikopolitik des Konzerns beruht auf dem Halten ausreichender Bestände liquidierbarer Aktiva zur Abdeckung tatsächlich vorhandener sowie aus Stresstests berechneter Liquiditätsbelastungen.

Das Liquiditätsmanagement erfolgt konzernweit durch den Bereich Treasury. Dabei werden das gleiche System und die gleiche Methodik genutzt wie bei der internen Feststellung der Liquiditätsrisiken durch das Risikocontrolling. Ziel des Liquiditätsmanagements ist es, auch bei kurzfristigen Engpässen sowie bei andauernden allgemeinen oder institutsspezifischen Liquiditätskrisen stets über ausreichend gesicherte Liquidität gemäß der beschriebenen Methodik zu verfügen.

### ***Risikokonzentrationen***

Eine Konzentration des Liquiditätsrisikos besteht, wenn Refinanzierungsmittel zu stark auf bestimmte Bereiche (Adressen, Branchen, Währungen und Produkte) konzentriert sind. Eine zu geringe Diversifikation kann bei Ausfällen einzelner Bereiche zu Refinanzierungsschwierigkeiten und somit unmittelbar zu einem erhöhten Beschaffungsrisiko führen.

Der Konzern nutzt einen ausgewogenen Mix an Instrumenten zur Refinanzierung seines Aktivgeschäfts. Dazu zählen Spar-, Sicht- und Termineinlagen von Kunden, Pfandbriefe, andere verbrieftete Verbindlichkeiten sowie Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten. Die regionale Herkunft der Refinanzierungsmittel konzentriert sich überwiegend auf den deutschen Raum mit einer zusätzlichen Konzentration der Einlagen von Kunden auf unsere Kernregion Berlin-Brandenburg. Die Fälligkeitsstruktur der Refinanzierungsmittel ist ausgewogen und wird aktiv gesteuert.

Die Refinanzierung des Konzerns kann sich auf eine große Anzahl von Einlagengebern und Investoren stützen. Der im Zeitvergleich erhöhte Bestand der Kundeneinlagen von Privat- und Firmenkunden ist stark diversifiziert. Der Anstieg des Einlagevolumens dieser Kundengruppen seit Beginn der Finanzkrise spiegelt die positive Wahrnehmung der Marke „Spar-

kasse“ in der Öffentlichkeit als „sicherer Hafen“ wider. Bei der Emission von Pfandbriefen und anderen verbrieften Verbindlichkeiten verfügt die LBB über ein großes Spektrum institutioneller Investoren. Hervorzuheben sind dabei Investoren aus der S-Finanzgruppe. Für den Spitzenausgleich im besicherten und unbesicherten Geldmarkt steht uns eine Vielzahl von Adressen zur Verfügung. Das Refinanzierungsvolumen des Konzerns in Fremdwährungen ist aufgrund der überwiegend in Euro getätigten Aktivgeschäfte im Vergleich zur Bilanzsumme gering, währungsbezogene Risikokonzentrationen bestehen daher ausschließlich in der Heimatwährung Euro.

Die LBB setzte auch im Jahr 2013 ihre Strategie fort, notwendige Refinanzierungen überwiegend mit Hilfe von klassischen Kundenprodukten und Privatplatzierungen durchzuführen. Die Konditionen der Mittelaufnahmen waren mit den gezahlten Konditionen anderer bonitätsstarker Marktteilnehmer vergleichbar. Eine ähnliche Strategie wurde auch im Pfandbriefbereich verfolgt. Während lediglich im ersten Quartal des Jahres ein Jumbo-Hypothekenspfandbrief (Emissionsvolumen 1 Mrd. €, fällig 5. Februar 2018) durch die Berlin Hyp begeben und im vierten Quartal aufgestockt wurde, erfolgten die restlichen Refinanzierungen ebenfalls mit Hilfe von gedeckten Privatplatzierungen zu marktgerechten Konditionen.

Die LBB konzentrierte auch im Geschäftsjahr 2013 ihre Kreditvergabe- und Investitionstätigkeit auf liquide Kernmärkte in Europa. Engagements an liquiditätsmäßig engen Märkten werden bewusst vermieden.

### ***Restlaufzeitengliederung***

Die folgende Tabelle zeigt die finanziellen Verpflichtungen des Konzerns per 31. Dezember 2013, gegliedert nach ihren vertraglich vereinbarten Restlaufzeiten. Die Daten basieren auf der Kapitalablaufbilanz des internen Liquiditätsrisikocontrollings. Es handelt sich hierbei um eine reine Cashflow-Sicht, die sich wie im IFRS 7 vorgegeben von den Angaben in der Bilanz unterscheidet. Berücksichtigt werden hierbei zusätzlich zukünftige Zinszahlungen beziehungsweise bei derivativen Verbindlichkeiten die voraussichtlichen undiskontierten Nettoszahlungsströme, wenn diese Zahlungsströme ermittelt werden können. Anderenfalls finden die beizulegenden negativen Zeitwerte Verwendung. Die Cashflows werden mit ihren jeweils frühestmöglichen Zahlungsterminen berücksichtigt.

## Verbindlichkeiten nach Restlaufzeiten

	2013	2012
<b>in Mio. €</b>		
<b>Kreditinstitute</b>		
<= 1 Monat	12.677	9.818
> 1 Monat und <= 1 Jahr	6.832	12.267
> 1 Jahr und <= 5 Jahre	791	1.065
> 5 Jahre	806	956
<b>Gesamt</b>	<b>21.106</b>	<b>24.106</b>
<b>Kunden</b>		
<= 1 Monat	26.173	26.104
> 1 Monat und <= 1 Jahr	2.889	2.987
> 1 Jahr und <= 5 Jahre	6.487	6.979
> 5 Jahre	7.635	8.311
<b>Gesamt</b>	<b>43.184</b>	<b>44.381</b>
<b>Emittierte Wertpapiere</b>		
<= 1 Monat	1.393	928
> 1 Monat und <= 1 Jahr	7.162	7.857
> 1 Jahr und <= 5 Jahre	22.478	27.074
> 5 Jahre	4.263	3.989
<b>Gesamt</b>	<b>35.296</b>	<b>39.848</b>
<b>Derivate Verbindlichkeiten</b>		
<= 1 Monat	3.323	3.858
> 1 Monat und <= 1 Jahr	2.175	3.427
> 1 Jahr und <= 5 Jahre	4.210	8.447
> 5 Jahre	1.664	3.578
<b>Gesamt</b>	<b>11.372</b>	<b>19.310</b>

## **Marktpreisrisiken**

Marktpreisrisiken bestehen in einem potenziellen Wertverlust, der seine Ursache in nachteiligen Veränderungen von Marktpreisen oder preisbeeinflussenden Parametern hat.

Der Konzern geht Marktpreisrisiken insbesondere in Form von Credit Spread-, Zins-, Aktien-, Options- und Währungsrisiken in den Bereichen des Kapitalmarktgeschäfts (Handel) sowie im Segment Refinanzierung und Zinsmanagement (Bankbuch) ein. Das Marktrisiko wird ganzheitlich berechnet, limitiert und gesteuert. Das heißt, sowohl allgemeine als auch besondere Zinsrisiken finden Eingang in das ermittelte CaR. Es werden branchen-/sektorspezifische Kategorien sowie kreditnehmerindividuelle Credit Spread-Risiken berücksichtigt. Ebenso finden alle Aktienkursrisiken Eingang in das ermittelte CaR.

Im Vordergrund der Zinsänderungsrisikosteuerung im Bankbuch steht der Ausgleich von Zinsänderungsrisiken aus Kundengeschäften und der langfristigen Refinanzierung sowie die langfristige Generierung von Fristentransformationserträgen aus der Zinsstrukturentwicklung und eine Ertragserzielung aus der Anlage des Eigenkapitals. Ergänzend werden im Segment Refinanzierung und Zinsmanagement Investitionen innerhalb anderer Risikoarten im Rahmen langfristiger Strategien eingegangen.

### ***Steuerung der Marktpreisrisiken***

Die Handelsaktivitäten sind in die schriftlich fixierte Risikostrategie eingebunden. Sowohl für Handels- als auch Bankbuchaktivitäten wird auf Basis des Risikotragfähigkeitskonzepts und der Jahresplanung der strategische Rahmen in konkrete Marktpreisrisikolimiten (Capital-at-Risk (CaR)-Limite; 10-tägiger Capital-at-Risk auf einem Konfidenzniveau von 99 %) transformiert und vom Vorstand der LBB verabschiedet.

Die Risikosteuerung für die **Handelsaktivitäten** erfolgt durch die Frontoffice-Bereiche auf der Grundlage der Marktpreisrisikolimiten/-auslastungen, der Stresstestergebnisse und der Gewinn- und Verlust (P&L)-Analysen pro Geschäftsfeld und pro Handelstisch beziehungsweise Händler. Sie wird ergänzt durch Tages- und Jahresverlustlimite und weitere, je nach Geschäftsfeld unterschiedliche, auf den jeweiligen Geschäftstypus zugeschnittene Front-Office-Verfahren (zum Beispiel Basis-Point-Value-, Duration-Limite oder Vega-Limite).

Die Steuerung des **Bankbuchs** erfolgte durch den Dispositionsausschuss des Vorstands, der alle zwei Wochen beraten und über eine geschäftspolitische Neubewertung und gegebenenfalls Neuausrichtung des eingegangenen Zinsänderungs- und Kursrisikos entschieden hat. Hierzu wurden ebenfalls die genannten Verfahren zur Kontrolle der Handelsgeschäfte genutzt und ökonomische Ertragseffekte (Substanzwertveränderungen) und Analysen hinsichtlich des laufenden Ertrags, insbesondere des Zinsüberschusses, herangezogen. Durch die Berücksichtigung der wirtschaftlichen Ertragseffekte wird die Steuerung unter Barwert- und Laufzeitgesichtspunkten ermöglicht. Die Steuerung der Gewinn- und Verlustrechnung wird durch die Analysen des laufenden Ertrags weiter unterstützt.

Regelmäßig und bei Bedarf tritt das Allgemeine Produkt Komitee zusammen, um Risiken und organisatorische Auswirkungen aus neuen Geschäftstypen zu beurteilen und die erforderlichen Schritte bis zu deren Einführung zu überwachen. Die endgültige Genehmigung eines neuen Produkts erfolgt durch den jeweiligen Vorstand auf einvernehmlichen Vorschlag des Allgemeinen Produkt Komitees. Vergleichbare Verfahren gelten für Aktivitäten auf neuen Märkten.

### ***Kontrolle der Marktpreisrisiken***

Die Kontrolle der Marktpreisrisiken erfolgt unabhängig vom Handel im Bereich Risikocontrolling.

Die Überwachung der Marktpreisrisiken besteht aus einem System von risiko- und verlustbegrenzenden Limitierungen und damit zusammenhängenden Verfahrensregelungen. Das regelmäßige Reporting der Marktpreisrisiken ist dabei elementarer Bestandteil, da hierdurch der Informationsfluss im Konzern sichergestellt wird. Gegebenenfalls notwendige Steuerungsmaßnahmen können somit den Kontrollen kurzfristig folgen.

Seit der aufsichtsrechtlichen Anerkennung der internen Verfahren (Full-use-Modell inklusive besonderer Kurs- und Währungsrisiken) zur Marktpreisrisikoüberwachung wird die Marktrisikoposition auf Basis dieses internen Modells an die BaFin gemeldet.

## ***Reporting der Marktpreisrisiken***

Die Ergebnisse der täglichen Risiko- sowie P&L-Analysen werden an alle Vorstandsmitglieder der LBB berichtet.

Der Konzern hat ein umfassendes und differenziertes Risikoreporting bei Marktpreisrisiken eingerichtet:

- Intraday-Monitoring der Risiken und Erträge der Handelsbereiche,
- täglicher Bericht gemäß MaRisk an den Vorstand,
- 14-tägiger Aktiv-Passiv-Report für die Beratungen im Dispositionsausschuss,
- monatliche Berichterstattung an den Konzernvorstand mit Erläuterung der Entwicklung im Monatsverlauf im Rahmen des Top Management Reports.

## ***Marktpreisrisikolimit und -inanspruchnahmen im Konzern***

In der nachfolgenden Tabelle werden die Durchschnittswerte, Minima und Maxima den Limiten gegenübergestellt. Die Limite wurden turnusmäßig zum 1. Januar 2013 sowie unterjährig angepasst. Insbesondere wurde bis zum 31. Dezember 2013 das Limit für das Kapitalmarktgeschäft aufgrund der Risikoentwicklung durch dessen Abbau im Berichtszeitraum erheblich reduziert.

Im Zeitraum vom 20. Juni 2013 bis einschließlich 2. Juli 2013 kam es im Bankbuch des Konzerns zu einer Limitverletzung. Ursächlich hierfür waren hauptsächlich die gestiegenen Zinsvolatilitäten infolge eines starken Zinsanstiegs per 20. Juni um bis zu +18 Basispunkte. Als Grund für die stärkeren Marktbewegungen wird die damalige Ankündigung der amerikanischen Notenbank FED gesehen, die lockere Geldpolitik beenden zu wollen.

Details und das Management der Marktpreisrisiken werden in den folgenden Abschnitten beschrieben.

## Capital-at-Risk Konzern

	Durchschnitt		Minimum		Maximum		Limit per	
	2013	2012	2013	2012	2013	2012	31.12. 2013	31.12. 2012
<b>in Mio. €</b>								
<b>Kapitalmarktgeschäft</b>	<b>22</b>	<b>70</b>	<b>10</b>	<b>24</b>	<b>42</b>	<b>114</b>	<b>50</b>	<b>170</b>
Client Business Distribution	0	0	0	0	0	0	0	0
Client Business Production	3	3	1	2	8	8	10	24
Treasury & Trading	22	69	10	24	43	110	50	170
Internationales Geschäft	0	0	0	0	0	1	1	5
<b>Bankbuch</b>	<b>53</b>	<b>49</b>	<b>23</b>	<b>29</b>	<b>154</b>	<b>86</b>	<b>140</b>	<b>195</b>
Bankbuch Landesbank	40	34	18	20	100	52	110	125
Sonstige Bankbücher	18	29	9	16	56	52	-	-
<i>davon</i>								
<i>Bankbuch Berlin Hyp</i>	<i>17</i>	<i>29</i>	<i>8</i>	<i>15</i>	<i>49</i>	<i>52</i>	<i>45</i>	<i>75</i>
<b>Konzern</b>	<b>54</b>	<b>84</b>	<b>29</b>	<b>32</b>	<b>159</b>	<b>148</b>	<b>140</b>	<b>320</b>
Aktienrisiko	2	4	1	2	4	7		
Währungsrisiko	7	10	3	6	14	21		
Zinsrisiko	45	35	23	16	109	64		
Credit-Spread-Risiko	25	59	10	29	49	123		
<b>Konzern</b>	<b>54</b>	<b>84</b>	<b>29</b>	<b>32</b>	<b>159</b>	<b>148</b>		

"Sonstige Bankbücher" beinhalten die Berlin Hyp. Alle enthaltenen Einzelportfolien sind limitiert.

Aufgrund von Diversifikationseffekten errechnen sich die Konzern-Werte nicht als Summe aus den Einzelaktivitäten.

## Risikokonzentration

Im täglichen MaRisk-Reporting des Konzerns werden die in der Tabelle Capital-at-Risk Konzern enthaltenen Risiken dargestellt. Hinzu kommen zum Beispiel Angaben zu Unterportfolios sowie eine große Anzahl vorgegebener Detail-Stresstests, ein variabler Stresstest entgegen der jeweils aktuellen Positionierung sowie fünf Risikostress-Szenarien. Um Konzentrationsrisiken aufzuzeigen und zu vermeiden, gibt es ferner einen Pool verschiedener Stress-Szenarien, von denen jeweils die fünf größten Verlust-Szenarien berichtet werden. Darüber hinaus erfolgen Detailrisikoaussweise für die verschiedenen Risikofaktorklassen, beispielsweise Laufzeiten und Währungen. Im Berichtsjahr gab es keine besonderen Konzentrationen von Marktpreisrisiken auf Einzeltitel.

## Zinsänderungsrisiken

Die Ungewissheit über die Änderung der Marktzinsen und einen damit verbundenen Verlust stellt für Banken ein bedeutendes Risiko dar. Dieses Risiko wird im Konzern ebenfalls im Rahmen der VaR-Berechnungen bestimmt und unterliegt somit der Limitierung und regelmäßigen Überwachung. Das Zinsänderungsrisiko wird ganzheitlich gesteuert und berücksichtigt alle anfallenden Cashflows.

Der Konzern war per Jahresende 2013 gegenüber Zinsschwankungen aktivisch aufgestellt. Das ausgewiesene Exposure im Konzern stieg im Vergleich zum Vorjahr, was im Wesentlichen auf veränderte Kundenbestände im Bankbuch zurückzuführen war.

Die Auswirkungen einer allgemeinen Änderung der Zinsen um +100 und –100 Basispunkte (BP) werden im Rahmen der Szenario-Berechnungen ermittelt.

	+ 100 BP		- 100 BP	
	2013	2012	2013	2012
<b>in Mio. €</b>				
<b>Konzern</b>	<b>-229</b>	<b>-168</b>	<b>268</b>	<b>135</b>
LBB	-159	-102	193	40
Berlin Hyp	-50	-48	52	82
Andere	-20	-17	23	13

Die Zinsänderungsrisiken des Anlagebuchs der LBB AG sind gemäß Vorgabe der Solvabilitätsverordnung bezüglich der Änderungen um +200 und –200 Basispunkte zu betrachten:

	+ 200 BP		- 200 BP	
	2013	2012	2013	2012
<b>in Mio. €</b>				
LBB (Anlagebuch)	-318	-235	170	41

Die Methodik der Szenarioberechnung beruht für Kredite und Einlagen auf einer mathematischen Approximation auf Basis der Zinssensitivitäten. Für Kapitalmarktprodukte kommt eine komplette Neubewertung des Portfolios unter Berücksichtigung optionaler Bestandteile, mit

einer Begrenzung der Zinsbewegung nach unten bei Null im Szenario +200 und -200 Basispunkte, zum Tragen. Daraus resultierte im Wesentlichen die zu beobachtende Asymmetrie bei Zinsanstieg und Zinsverfall. Jenseits dieser aufsichtsrechtlich geforderten Zinsbegrenzung wurden im Konzern jedoch wie geplant die relevanten Bewertungsmodelle angepasst, um auch in einem eventuellen Umfeld negativer Zinsen eine angemessene Risikosteuerung sicherzustellen.

### ***Währungsrisiken***

Der Konzern geht keine wesentlichen Positionen in Fremdwährungen ein. Das in der Übersicht Capital-at-Risk Konzern aufgezeigte Währungskursrisiko in Höhe von durchschnittlich 25 Mio. € (Vorjahr: 10 Mio. €) stammt überwiegend aus barwertigen Inkongruenzen zwischen Assets und deren Refinanzierung, Restbeträgen bei Kundengeschäften, der Liquiditätssicherung in Fremdwährung und aus einzelnen Handelspositionen mit Vermögenswerten in Fremdwährung. Das größte Fremdwährungsrisiko per Jahresende bestand in Wechselkursänderungen des britischen Pfund.

### ***Aktien- und Fondsrisiken***

Aktienrisiken resultieren vorrangig aus Überhängen im Emissionsgeschäft von strukturierten Aktienprodukten, welche jedoch im Rahmen der Beendigung des kundenbezogenen Kapitalmarktgeschäfts sukzessive abgebaut werden. Verluste treten überwiegend bei fallenden Aktienkursen auf.

Das Fondsportfolio ist überwiegend im Anlagebuch verbucht. Die Fonds werden hier wie Aktien behandelt. Bei den verbleibenden Fonds des Handelsbuchs wird nach Möglichkeit eine Durchschau vorgenommen. Für eine weitere Überwachung des Risikos werden darüber hinaus spezifische Stresstests für verschiedene Fondsgattungen vorgenommen.

### ***Credit Spread-Risiken***

Das Credit Spread-Risiko stellt neben dem Zinsänderungsrisiko eines der bedeutendsten Risiken im Konzern dar. Die möglichen Änderungen aus unterschiedlichen Credit Spread Entwicklungen sind in der folgenden Tabelle dargestellt. Die „Ausweitung fremder Credit Spreads“ beinhaltet eine ratingspezifische, laufzeitabhängige Ausweitung fremder Credit

Spreads (+30 bis +300 BP), die „Einengung eigener Credit Spreads“ eine laufzeitabhängige Einengung unbesicherter eigener Credit Spreads (-30 BP unbesichert, -100 BP Nachrang).

in Mio. €	<u>Ausweitung fremder Credit Spreads</u>		<u>Einengung eigener Credit Spreads</u>	
	2013	2012	2013	2012
<b>Konzern</b>	<b>-359</b>	<b>-371</b>	<b>-236</b>	<b>-274</b>
KMG	-182	-183	-20	-26
Bankbuch	-176	-188	-216	-248

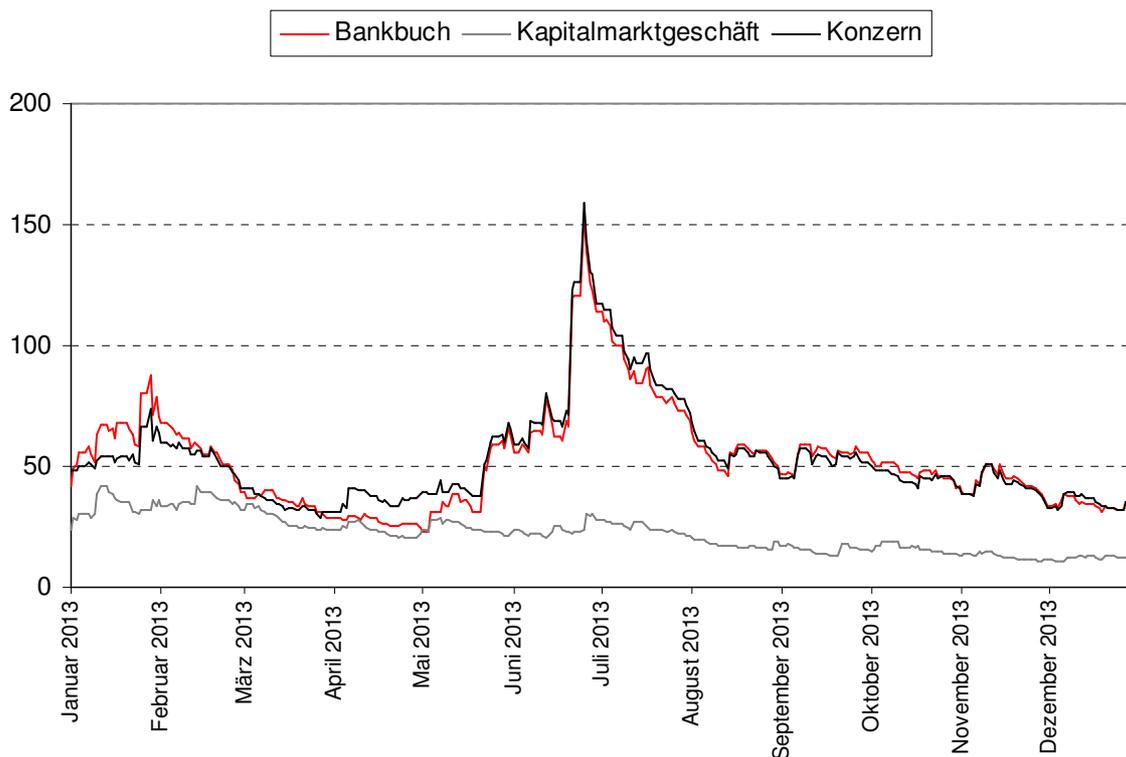
### ***Verlauf des Marktpreisrisikos des Konzerns***

Das Marktpreisrisiko ist per Ende 2013 im Vergleich zum 31. Dezember 2012 um 14 Mio. € auf 34 Mio. € gesunken. Im Jahresdurchschnitt 2013 betrug es 54 Mio. €.

Im Verlauf des Jahres waren leichte Risikoanstiege aufgrund von gestiegenen Credit Spread-Volatilitäten im Zuge der Preisbewegungen insbesondere bei italienischen und spanischen Finanztiteln und Staatsanleihen zu beobachten. Darüber hinaus sorgten die teilweise unerwarteten Zinsschritte der Europäischen Zentralbank für kurzfristig ansteigende Zinsvolatilitäten. Über das Jahr betrachtet ist das Risiko jedoch vorrangig infolge von rückläufigen Zins- und Credit Spread-Volatilitäten insgesamt zurückgegangen. Darüber hinaus haben auch Portfolioumschichtungs- und Abbaumaßnahmen im Rahmen des Umbaus der LBB zur Berliner Sparkasse zum Risikorückgang beigetragen.

Im Jahresverlauf 2013 ergaben sich die folgenden Auslastungen für den Konzern (Limit: 140 Mio. €), das Kapitalmarktgeschäft (Limit: 50 Mio. €) und das Bankbuch (Limit: 140 Mio. €):

## Marktpreisrisiko des Konzerns in Mio. €



### **Methodik der Risikomessung bei Marktpreisrisiken**

Methodisch basieren die angewendeten Verfahren zur Risikomessung (VaR-Auslastung) auf einem analytischen Delta-Gamma-Ansatz unter Einbeziehung sämtlicher Marktrisikofaktoren einschließlich Optionsrisiken auf Basis einer Haltedauer von zehn Tagen und einem Konfidenzniveau von 99 %.

Die Korrelationen der aktuell circa 11.000 Risikofaktoren (beispielsweise Wechselkurse, Aktienkurse, Zinskurvenpunkte, Volatilitätspunkte et cetera) werden je Geschäftsfeld und für den Gesamtbankausweis vollständig berücksichtigt. Über die genannten Regelungen hinaus wird der Risikogehalt der Positionen mittels Stresstests in einer Vielzahl unterschiedlicher Szenarien (historische, feste sowie exposurebezogene Szenarien) täglich untersucht und an die Vorstandsmitglieder berichtet.

Die Prognosegüte der Modelle wird mittels Clean Backtesting (das heißt Überprüfung der eintägigen Wertänderungen eines konstant gehaltenen Portfolios im Nachhinein) ermittelt. Die Anzahl der Backtesting-Ausreißer, also die Anzahl der Tage, an denen diese Wertänderung im Konzern die zum obigen Konfidenzniveau ermittelte Verlustschwelle unterschritt, lag

zum Jahresende 2013 mit sechs im „gelben Bereich“. Die Backtesting-Ausreißer sind unter anderem auf Äußerungen des US-Notenbankchefs zu den US-amerikanischen Leitzinsen und die daraus resultierenden Marktbewegungen im zweiten und dritten Quartal des Berichtsjahres zurückzuführen. Darüber hinaus hatten die Restrukturierungspläne der österreichischen Bank Hypo Alpe Adria unerwartete Marktbewegungen im vierten Quartal des Jahres zur Folge, die für Backtesting-Ausreißer verantwortlich waren.

Für die Ermittlung der Kapitalunterlegung der aufsichtsrechtlichen Marktrisikoposition der LBB gemäß internem Modell wird das eigentliche Marktrisikomodell um die gesetzlich vorgeschriebenen Komponenten Krisenrisikobetrag (Stressed VaR) und zusätzliches Ausfall- und Migrationsrisikos (Incremental Risk Charge, IRC) ergänzt. Die Ermittlung des Stressed VaR basiert dabei auf der gleichen methodischen und technischen Grundlage wie die Ermittlung des VaR. Die IRC wird im für die Kreditrisikosteuerung verwendeten Kreditportfoliomodell durch geeignete Parametrisierung berechnet.

Es erfolgt eine untätige Überwachung von Risiken, Ergebnissen und der Limiteinhaltung in den Handelsbereichen. Dies ermöglicht auch im Tagesverlauf eine effektive Überwachung der Handelsaktivitäten.

### ***Sicherungsbeziehungen***

Zur bilanziellen Abbildung ökonomischer Sicherungszusammenhänge wendet der Konzern das so genannte Hedge Accounting nach IAS 39 an. Im Rahmen von Mikro Fair Value-Hedges werden Fair Value-Änderungen von Finanzinstrumenten gegen Schwankungen, die sich aus der Änderung von Referenzzinssätzen oder Währungen ergeben können, gesichert. Hiervon betroffen sind unter anderem das Emissionsgeschäft des Konzerns sowie festverzinsliche Wertpapierbestände. Zur Absicherung werden Zinsswaps, Währungsswaps sowie Zinswährungsswaps verwendet. Ferner werden nach IFRS im Rahmen eines Makro Cash-flow-Hedges die Schwankungen von Cashflows aus variabel verzinslichen Krediten, Wertpapieren und Verbindlichkeiten der Aktiv-/Passivsteuerung mittels Zinsswaps abgesichert.

Wir verweisen weiterhin auf unsere Darstellungen unter Note 8.6 im Konzernabschluss.

## Verbriefungstransaktionen

In Anlehnung an die Empfehlungen des Financial Stability Forums wird im Folgenden über das Engagement des Konzerns im Verbriefungsgeschäft berichtet. Der Konzern hat seit langem in ein diversifiziertes und vergleichsweise konservativ ausgerichtetes Portfolio von Verbriefungstransaktionen investiert. Aktuell besteht dieses hauptsächlich aus klassischen ABS/MBS. Das Portfolio wird zentral durch das Geschäftsfeld Treasury gesteuert und ist in die Risikoüberwachung und -steuerung des Konzerns vollständig eingebunden. Neue Engagements werden weiterhin sehr selektiv und in begrenztem Umfang in einfachen europäischen ABS-Transaktionen vorgenommen. Eine Emissionstätigkeit in diesem Marktsegment erfolgt nicht, ebenso sind keine derartigen Emissionen des Konzerns ausstehend.

### Verbriefungsportfolio des Konzerns per 31. Dezember 2013

	Nominalwert	Buchwert	Buchwert nach externem Rating						
			AAA	AA	A	BBB	Non-inv. Grade	Default	Not rated
in Mio. €									
<b>Ausgewählte strukturierte Verbriefungen</b>	<b>2.351</b>	<b>2.321</b>	<b>1.697</b>	<b>277</b>	<b>195</b>	<b>4</b>	<b>146</b>	<b>0</b>	<b>1</b>
CMBS	17	17	0	0	4	0	13	0	0
RMBS	1.373	1.343	1.148	0	57	4	133	0	1
Verbriefte Auto Loans	548	548	548	0	0	0	0	0	0
Verbriefte Student Loans	373	373	2	277	94	0	0	0	0
Verbriefte Credit Cards	40	40	0	0	40	0	0	0	0
<b>CDO</b>	<b>898</b>	<b>898</b>	<b>169</b>	<b>591</b>	<b>104</b>	<b>30</b>	<b>5</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
Synthetische CDOs	0	0	0	0	0	0	0	0	0
True-Sale-CDOs von nicht strukturierten Underlyings	898	898	169	591	104	30	5	0	0
CDO of ABS	0	0	0	0	0	0	0	0	0
<b>Sonstige strukturierte Verbriefungen</b>	<b>105</b>	<b>105</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>35</b>	<b>14</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>56</b>
<b>Konzern LBBH</b>	<b>3.354</b>	<b>3.324</b>	<b>1.867</b>	<b>868</b>	<b>334</b>	<b>47</b>	<b>151</b>	<b>0</b>	<b>57</b>

CMBS: Commercial Mortgage Backed Security  
RMBS: Residential Mortgage Backed Security

CDO: Collateralized Debt Obligation  
ABS: Asset Backed Security

Bei den in der Tabelle aufgeführten sonstigen strukturierten Verbriefungen handelt es sich um Verbriefungen, die keiner der darüber genannten Kategorien zuzuordnen sind sowie um nicht geratete Fonds (56 Mio. €), die Verbriefungen enthalten.

## **Immobilienrisiken**

Das Immobilienrisiko bezeichnet die Gefahr, durch Wertänderungen Verluste gegenüber dem aktuellen Marktwert zu erleiden.

Das Immobilienportfolio des Konzerns umfasst Objekte, die von den Instituten selbst oder von Tochterunternehmen gehalten werden. Hinzu kommen Finance Lease-Objekte sowie Objekte in Fonds. Ein großer Teil des Exposure entfällt auf selbstgenutzte Verwaltungsgebäude innerhalb Berlins. Strategisches Ziel ist es, den fremdgenutzten Teil des Immobilienportfolios weiter abzubauen.

Das Risiko ist im Jahresverlauf 2013 aufgrund von Regelabschreibungen und technischen Anpassungen um circa 21 Mio. € auf 43 Mio. € gefallen.

Die Risiken werden nach dem Value-at-Risk-Verfahren gemessen. Das Exposure (aktuelle Buchwerte, Impairment- beziehungsweise Gutachtenwerte) der Objekte wird einzelnen standort- und nutzungsbezogenen Immobilienindizes zugeordnet, deren Volatilität auf Basis der Preisentwicklung der vergangenen 15 Jahre berechnet wird. Bei der Aggregation der Risiken werden auch Korrelationen zwischen den Immobilienindizes berücksichtigt.

Im Rahmen des gesamtbankweiten Stresstests werden die Modellparameter Fair Value der Immobilien und die Werte für die Immobilienindizes variiert. Aufgrund der Zusammensetzung des Portfolios und der Risikostrategie sind hinsichtlich Risikokonzentrationen keine weiteren Steuerungsmaßnahmen notwendig. Die Überwachung der Risikokonzentrationen erfolgt qualitativ über regelmäßige Risikoanalysen und das Reporting im Top Management Report.

Die Steuerung der Immobilienrisiken erfolgt auf Basis eigenständiger Limite sowohl für den Konzern als auch für die Geschäftsfelder. Deren Auslastung wird turnusmäßig überwacht. Das Reporting erfolgt vierteljährlich.

Aufgrund der strategiekonformen, starken Reduktion in den vergangenen Jahren wird das Immobilienrisiko ab dem Jahr 2014 nicht mehr als wesentliche Risikoart geführt. Der berechnete Risikowert wird in der Position Restrisiko der Risikotragfähigkeitsberechnung berücksichtigt. Der Wertansatz wird im Rahmen der Risikoinventur einmal jährlich mit den bisherigen Methoden ermittelt. Ergänzt wird dies durch eine interne Ad-hoc-Informationspflicht bei relevanten Buchwertänderungen.

## **Operationelle Risiken**

Das operationelle Risiko wird gemäß § 269 Abs. 1 SolvV definiert als die Gefahr von Verlusten, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren und Systemen, Menschen oder infolge externer Ereignisse eintreten. Diese Definition schließt Rechtsrisiken ein, beinhaltet aber nicht strategische Risiken und Reputationsrisiken. Unter Rechtsrisiken werden die Risiken aus der Verletzung geltender sowie sich ändernder rechtlicher Bestimmungen, insbesondere von vertraglichen, gesetzlichen oder gerichtlich entwickelten Rechtsvorschriften, verstanden. Dies umfasst das Risiko von Verstößen gegen Rechtsbestimmungen aufgrund von Unkenntnis, nicht ausreichend sorgfältiger Rechtsanwendung (nachlässige Interpretation), fahrlässigen Handelns oder nicht zeitgerechter Umsetzung.

Generell wird angestrebt, die Verluste aus operationellen Risiken, die den Geschäftserfolg des Konzerns nachhaltig beeinträchtigen können, soweit möglich zu minimieren. Die auf Geschäftsfeld- und Bereichsebene dafür zu definierenden Ziele und Maßnahmen werden von den verantwortlichen dezentralen Risikomanagern bestimmt.

## ***Organisationsstruktur***

Das Controlling operationeller Risiken wird zentral vom Bereich Risikocontrolling verantwortet. Diese unabhängige Einheit ist für die Entwicklung und Pflege eines Rahmenwerks zum Management operationeller Risiken verantwortlich, das Strategie, Grundsätze und Verfahren der Identifizierung, Messung, Bewertung, Steuerung/Überwachung, Analyse und Berichterstattung umfasst. Außerdem befasst sich die Einheit mit der Überwachung und Anwendung bestehender und neuer aufsichtsrechtlicher Auflagen zum Thema operationelle Risiken. Änderungen des Rahmenwerks werden dem Vorstand zur Abstimmung vorgelegt.

Gemäß der Strategie des Konzerns für operationelle Risiken obliegen die Umsetzung des oben genannten Rahmenwerks und das tägliche Management operationeller Risiken den Unternehmensbereichen im Rahmen ihrer Ergebnisverantwortung.

Das OpRisk-Komitee ist ein Gremium für alle Fragen zum Controlling und Management operationeller Risiken. Es unterstützt den Vorstand bei der Wahrnehmung seiner Überwachungsfunktion bei operationellen Risiken. Das Komitee setzt sich aus den Vertretern der Geschäftsbereiche sowie der zentralen Bereiche und Konzerngesellschaften zusammen.

Das Gremium dient unter anderem dem Informationsaustausch über neue Controlling-Instrumente und über die aktuelle Risikoentwicklung sowie der Klärung von Fragen zu operationellen Risiken (zum Beispiel zu neuen aufsichtsrechtlichen Regelungen). Über die gefassten Beschlüsse des OpRisk-Komitees wird der verantwortliche Ressortvorstand (Risikovorstand) in Kenntnis gesetzt.

### ***Risikosteuerung und -überwachung***

Das operationelle Risiko ist in das Risikotragfähigkeitskonzept zur Gesamtrisikosteuerung des Konzerns einbezogen. Dabei wird das operationelle Risikoprofil im Vergleich zur Risikoneigung des Konzerns festgelegt; zudem werden Maßnahmen und auch Prioritäten zur Risikominderung definiert. Die aktuelle Situation operationeller Risiken wird dem Gesamtvorstand monatlich berichtet. Spezielle Detailreports über operationelle Risiken für die einzelnen Geschäftsfelder werden jährlich erstellt und dem zuständigen Vorstand und den dezentralen OpRisk-Verantwortlichen (Risikomanagern) zur Verfügung gestellt.

Zur effizienten Steuerung des operationellen Risikos werden verschiedene Instrumente angewendet, die größtenteils auch Bestandteil des Rechenmodells für operationelle Risiken sind. Wesentliche Instrumente sind:

- das Self-Assessment (qualitative OpRisk-Inventur), welches nach dem Bottom-up-Ansatz durchgeführt wird,
- die Szenarioanalyse, welche zur Bestimmung des Verlustpotenzials der kritischen Szenarien des Konzerns verwendet wird,
- die Schadensfallsammlung (intern/extern),
- das Frühwarnsystem (Erfassung und Überwachung von Risikoindikatoren), sowie
- das Maßnahmencontrolling (identifizierte Maßnahmen aus Schadensfällen beziehungsweise Risikoindikatoren und Self-Assessment werden erfasst und überwacht) und
- der Risikotransfer durch Versicherungsschutz.

Der Konzern hat eigene Software-Tools zur Erarbeitung und Verwaltung und zum Reporting der vorgenannten Daten entwickelt.

## ***Messung der operationellen Risiken***

Die Berechnung des ökonomischen und regulatorischen Kapitals für operationelle Risiken erfolgt mittels eines fortgeschrittenen Messansatzes (AMA - Advanced Measurement Approach) gemäß § 278 SolvV, der zur Jahreswende 2011/2012 genehmigt wurde. Unter Anwendung des AMA, welcher die gemäß SolvV vorgegebenen Modellbestandteile berücksichtigt, wurde im Jahr 2013 eine regulatorische Eigenkapitalunterlegung für den Konzern in Höhe von 116 Mio. € (Vorjahr: 121 Mio. €) ermittelt.

Die Risikoberechnung nach dem AMA-Modell im Rahmen der Risikotragfähigkeit ergab per 31. Dezember 2013 für den Konzern einen Wert von 113 Mio. € (Vorjahresstichtag: 116 Mio. €). Das operationelle Risiko schwankte im Jahresverlauf 2013 in den einzelnen Berichtsmonaten zwischen 1 % bis 7 % im Vergleich zum Jahresultimo 2012 aufgrund aktualisierter Szenario-Analysen, neuen Schäden sowie Ergebnissen der Validierung. Mögliche Risiken aus dem Projekt Umbau der LBB zur Berliner Sparkasse wurden in der Szenario-Analyse berücksichtigt. Für die Risiken aus dem Umbauprojekt sind Gegenmaßnahmen vorgesehen, die bei Risikoeintritt die erwarteten Konsequenzen für den Konzern gering halten sollen. Aufgrund des Verkaufs der LBB-INVEST wurde das operationelle Risiko entsprechend angepasst; dieser Effekt trug zur Reduzierung des OpVaR zum Jahresende 2013 bei.

## ***Compliance***

Compliance steht allgemein für die Einhaltung gesetzlicher und regulatorischer Bestimmungen sowie Handeln im Einklang mit den ethischen Werten des Unternehmens (compliance-gerechtes Verhalten).

Im Konzern umfasst die Zuständigkeit des Bereichs Compliance über die gesetzlich vorgegebenen Aufgaben der Wertpapier- und MaRisk-Compliance, des Datenschutzes und der Geldwäsche- und Betrugsprävention hinaus alle Maßnahmen zur Vermeidung von Reputationsschäden, die sich aus einem nicht compliance-gerechten Handeln von Mitarbeitern oder Externen ergeben können (Corporate Compliance). Ein regelmäßig erscheinender Compliance-Newsletter mit aktuellen Themen dient außerdem dazu, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Konzern noch stärker mit diesen Aufgabenstellungen vertraut zu machen.

Die seit 2013 geforderte Compliance-Funktion nach MaRisk ist für eine Koordination der erforderlichen Änderungen/Anpassungen im Unternehmen aufgrund von Gesetzesnovellierungen verantwortlich und ist neben der Internen Revision und dem Risikocontrolling bei wesentlichen Umstrukturierungen und Prozessanpassungen einzubinden.

Jährlich wird eine Gefährdungsanalyse erstellt, in der alle Bereiche und die Prozesse des Konzerns daraufhin untersucht werden, welche Präventionsmaßnahmen in Bezug auf Geldwäsche, Terrorismusfinanzierung und sonstige strafbare Handlungen existieren. Dabei werden die Wirksamkeit der zentralen und dezentralen Schlüssel-Kontrollen (zum Beispiel Vier-Augen-Prinzip) sowie der Kontrollen zur Geldwäsche- und Betrugsprävention, zur Verhinderung von Terrorismusfinanzierung und Embargoverstößen analysiert und bewertet.

### ***Personalrisiken***

Der Konzern überwacht und steuert das Personalrisiko gemäß den nachfolgend genannten vier Risikofaktoren der MaRisk mit dem Ziel, negative Tendenzen zu identifizieren und geeignete Maßnahmen einzuleiten, um Risiken zu verhindern beziehungsweise zu minimieren:

- **Fluktuationsrisiko:** Durch geeignete Vertretungsregelungen in den Unternehmensbereichen wird dafür Sorge getragen, dass das Ausscheiden von Mitarbeitern nicht zu nachhaltigen Störungen der Betriebsprozesse führt.
- **Verfügbarkeitsrisiko:** Die Steuerung der qualitativen und quantitativen Personalausstattung wird auf Basis der individuellen Ziele und Anforderungen der Unternehmensbereiche, insbesondere der Geschäftsaktivitäten, der Risikostrategie und der Risikosituation, vorgenommen.
- **Qualifikationsrisiko:** Der Konzern führt zielgerichtete Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen durch, damit die Qualifikation der Mitarbeiter fortlaufend dem aktuellen Stand der Entwicklungen entspricht.
- **Motivationsrisiko:** Aus den regelmäßig durchgeführten Stimmungsbarometern können negative Entwicklungen erkannt und gegebenenfalls Maßnahmen bestimmt werden. Veränderungsprozesse erfolgen unter breiter Beteiligung der Mitarbeiter (Dialogrunden). Durch spezielle Vergütungs- und Incentive-Programme wird Fehlanreizen beziehungsweise Interessenkollisionen entgegengesteuert. Der Vergütungsausschuss berät den Vorstand bei der Überwachung der Angemessenheit der Vergütungssysteme unterhalb der Ebene des Vorstands.

Beeinflusst werden alle vier Faktoren durch das 2013 eingeleitete Projekt zum Umbau der LBB zur Berliner Sparkasse. Zum einen wirkt der bis 2017 abzubauen Personalüberhang in Höhe von rund 950 Stellen kostenseitig entlastend, zum anderen jedoch bleibt es bei Spezialistenfunktionen unverändert schwierig, eine Nachbesetzung vorzunehmen. Es ist eine Herausforderung, innerhalb der von den Umbaumaßnahmen betroffenen Bereiche die Mitarbeitermotivation entsprechend den qualitativen Anforderungen aufrecht zu erhalten.

Das Fluktuationsrisiko wird durch die Fachbereiche verantwortet, durch die entsprechende Maßnahmen zu ergreifen sind.

Durch einen terminierten Abbau von Geschäftstätigkeiten und einem parallel angelegten Stellenabbau wird dem Verfügbarkeitsrisiko begegnet.

Das Qualifikationsrisiko wird durch ein erhöhtes Angebot "freier" Mitarbeiter mit entsprechendem Know-how weiter reduziert. Parallel hierzu werden die zielgerichteten Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen insbesondere für Nicht-Abbaubereiche unverändert fortgeführt.

Dolosen Handlungen wird durch ein umfangreiches internes Kontrollsystem entgegengewirkt.

### ***IT- und Systemrisiken***

Außergewöhnliche IT- und Systemrisiken können aus unzureichender Sicherheit und Qualität sowie aus Fehlleistungen oder Störungen wesentlicher IT-Systeme und -Prozesse resultieren.

Derzeit werden im Konzern keine bestandsgefährdenden IT- und Systemrisiken mit hoher Eintrittswahrscheinlichkeit erwartet. Durch die konsequente Steuerung und Weiterentwicklung von Technologien, Infrastrukturelementen und IT-Prozessen unter Abwägung der Faktoren Wirtschaftlichkeit, Dringlichkeit (gesetzliche oder technologische Notwendigkeit), Innovation und Risiken ist ein geordneter IT-Betrieb auch für die Zukunft sichergestellt. Die Restrukturierungs- und Qualitätsziele sowie die Umsetzung gesetzlicher Anforderungen wurden erreicht.

Das IT-Risikomanagement ist zentral und ganzheitlich definiert und beinhaltet eine ständige Risikosensibilisierung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie eine regelmäßige Risikobe-

trachtung im Rahmen etablierter Verfahren. Zur Risikoidentifikation werden periodisch definierte Risikoindikatoren untersucht. Dies ermöglicht es dem Konzern, operative IT-Risiken zu erkennen und risikoreduzierende Maßnahmen einzuleiten.

Der Konzern hat ein umfassendes Regelwerk zur Informationssicherheit sowie die erforderlichen Organisationsstrukturen und Verfahren implementiert. Durch die in der Branche üblichen Qualitätsstandards bei der Ausgestaltung der IT-Systeme und -Prozesse sowie durch die Orientierung an Best Practices werden die Integrität, Verfügbarkeit und Vertraulichkeit der Informationen und Informationsgüter sichergestellt.

Dabei orientiert sich die Qualität der Informationssicherheit am Best Practice Standard „Sicherer IT Betrieb“ der Finanz Informatik (FI). Hiermit ist eine Steigerung der Sicherheitsanforderungen verbunden, um nachhaltig ein höheres Sicherheitsniveau zu erreichen.

Eine kontinuierliche und unabhängige Auditierung des Informationssicherheitsmanagementsystems (ISMS) erfolgt unter anderem durch externe Auditoren, zum Beispiel durch das SIZ (Sparkassen Informatikzentrum). Ebenso wird das Qualitätsmanagement konsequent weiterentwickelt. So ist die S-Servicepartner GmbH als wesentliches Auslagerungsunternehmen nach DIN EN ISO 9001 seit 2008 zertifiziert (Re-Zertifizierung erfolgte 2012).

Die Aufrechterhaltung der Geschäftsfähigkeit im Krisen- oder Notfall wird regelmäßig durch entsprechende Zertifizierungen und Notfallübungen erfolgreich nachgewiesen.

Im Fokus des IT-Projektportfolios im Jahr 2013 standen die Umsetzung und Weiterentwicklung von Projekten zur

- Erfüllung geänderter gesetzlicher und regulatorischer Anforderungen ,
- Fortsetzung der Konsolidierung und Standardisierung der IT-Infrastruktur im Sinne der IT-Strategie der LBB (Einsatz von Standardlösungen der FI),
- Aktualisierung der Basisinfrastruktur auf Windows 7 und Office 2010 für die LBB,
- Ausweitung des Drittkundengeschäfts der S-Servicepartner GmbH und
- Definition des IT-Zielbilds für die Berliner Sparkasse im Rahmen des Umbauprojektes.

Aufgrund der weitestgehenden Migration auf die IT-Systeme der Finanz Informatik bis Ende 2014 wird sich das bankeigene IT-Risiko reduzieren. Hintergrund ist die dann künftige Nutzung der bundesweit von vielen Sparkassen angewendeten IT-Systeme der Finanz Informa-

tik, die die bisherigen Eigensysteme der LBB/Berliner Sparkasse weitgehend ablösen werden.

Die Steuerung operationeller Risiken und die Notfallvorsorge sind wesentliche Elemente der Projektanforderungen. Damit ist auch künftig sichergestellt, dass Projekte regelmäßig zur Reduzierung operationeller Risiken beitragen.

### ***Sicherheits- und Notfallmanagement***

Für Katastrophensituationen hat der Konzern einen Krisenstab gebildet, der im Krisenfall Entscheidungs- und Leitungsfunktionen wahrnimmt. Dazu finden regelmäßig Übungen statt.

Darüber hinaus verfügt der Konzern über eine umfangreiche schriftliche Notfallplanung der kritischen und hochkritischen Geschäftsprozesse zwecks Sicherung des Bankbetriebs und Reduzierung von Verlusten im Fall einer schweren Betriebsstörung. Auch für diese Prozesse finden regelmäßige Notfallübungen statt.

Der Konzern hat zur Koordination und Überwachung der Informationssicherheit sowie zur Überwachung des Notfallmanagements einen Chief Security Officer (CSO) benannt.

Eine enge Zusammenarbeit der Einheit Operationelle Risiken im Bereich Risiko und Controlling mit den Kernkompetenzbereichen (zum Beispiel CSO, Arbeitsgruppe Informationssicherheit und Notfallplanung für IT und Non-IT) erfolgt in regelmäßigen Arbeitstreffen und Komitees.

### ***Outsourcing***

Im Konzern wird regelmäßig eine Risikoanalyse für MaRisk-relevante Auslagerungen zur Bestimmung der Wesentlichkeit und der mit der Auslagerung einhergehenden Risiken durchgeführt. Die Risikoanalyse stellt Kriterien zur Ermittlung der Risikosituation beim Dienstleister sowie Risikogesichtspunkte zur Ableitung der Wesentlichkeit bereit.

Im Bereich Einkaufsmanagement wurde die Steuerung der Dienstleister gebündelt. Die Einheit Dienstleistersteuerung überwacht die Durchführung der Leistungsüberwachung bei

MaRisk-relevanten Auslagerungen und steht als zentrale Evidenz zum Thema Leistungsüberwachung und Dienstleistersteuerung zur Verfügung.

Die Wahrung des Datenschutzes bei der Beauftragung von externen Dienstleistern, derer sich der Konzern im Rahmen von Auftragsdatenverarbeitungen bedient, wird durch detaillierte, verbindliche interne und vertragliche Regelungen und Prozessabläufe sichergestellt.

Die entsprechenden Dienstleister werden vom Konzern sorgfältig ausgewählt. Der Konzern überzeugt sich regelmäßig von den beim Auftragnehmer getroffenen technischen und organisatorischen Maßnahmen zur Einhaltung von Datenschutz und Datensicherheit.

### ***Rechtsrisiken***

Rechtsrisiken begegnet der Konzern grundsätzlich durch die Beobachtung des rechtlichen Umfelds, die Vorgabe von Richtlinien und die Verwendung von Standardverträgen. Für Rechtsrisiken sind ausreichend Rückstellungen gebildet.

### Haftungsfreistellungserklärungen der LBB und der IBG

Wie bereits in den Lageberichten der Vorjahre dargestellt, haben die LBB beziehungsweise die Immobilien- und Baumanagement der Berlinovo GmbH (IBG), vormals firmierend unter Immobilien- und Baumanagement der Bankgesellschaft Berlin GmbH, natürlichen Personen in den Jahren 1994 bis 1997 so genannte Freistellungserklärungen zur Verfügung gestellt, durch die diese von ihrer unbeschränkten Komplementärhaftung in diversen Immobilienfonds gegenüber Dritten durch die LBB beziehungsweise die IBG freigestellt wurden.

Die BaFin hat mitgeteilt, dass sie die Freistellungserklärungen als zivilrechtlich unwirksam betrachte. LBB und IBG vertreten ebenfalls diese Auffassung. Damit haben die Freistellungserklärungen handels- und aufsichtsrechtlich keine Relevanz.

### Risiken aus der Umsetzung der Detailvereinbarung und aus der Veräußerung der wesentlichen im Immobiliendienstleistungsgeschäft tätigen Konzerngesellschaften an das Land Berlin

Der Konzern der Landesbank Berlin Holding AG (Konzern) ist durch die „Detailvereinbarung über die Abschirmung des Konzerns der Bankgesellschaft Berlin AG von den wesentlichen

Risiken aus dem Immobiliendienstleistungsgeschäft“ (DetV) vom 16. April 2002 durch das Land Berlin weitestgehend abgeschirmt. Die Abschirmung bezieht sich unter anderem auf bestimmte Patronate sowie auf die von den Konzernbanken herausgelegten Kredite an bestimmte Unternehmen des Immobiliendienstleistungsgeschäfts (IDL). Für die Übernahme der verschiedenen Garantien ist von der Holding eine Avalprovision, die sich zur Zeit auf 15 Mio. € pro Jahr beläuft, zu zahlen. Daneben wurde ein an bestimmte Bedingungen geknüpfter Besserungsschein vereinbart, dessen Kosten von der Holding als der Hauptbegünstigten der DetV allein zu tragen sind.

Etwaigen Abwicklungsrisiken wird durch die einvernehmliche Abstimmung von Handlungsweisen mit der vom Land Berlin installierten Berliner Gesellschaft zum Controlling der Immobilien Altrisiken mbH (BCIA) sowie durch ein geeignetes Risikomanagement begegnet.

## **Sonstige Risiken**

### ***Geschäftspolitische und strategische Entscheidungen***

Unter strategischem Risiko versteht der Konzern das Risiko einer Verfehlung der langfristigen Unternehmensziele infolge von fehlerhaften, unvorbereiteten oder auf falschen Annahmen beruhenden strategischen Entscheidungen. Die Steuerung des strategischen Risikos erfolgt durch den Gesamtvorstand; bestimmte Entscheidungen bedürfen zudem der Zustimmung des Aufsichtsrats.

Die durch den Vorstand der LBB verabschiedete und regelmäßig aktualisierte Gesamtbankstrategie stellt die Zusammenfassung der Strategien aller Geschäftsfelder, Marktfolgebereiche und Corporate Center dar und besteht aus dem Strategiedokument, den strategischen Bereichszielen und der Planung. In der jährlichen Strategieklausur werden die langfristigen Unternehmensziele und die strategischen Rahmenbedingungen vom Vorstand festgelegt.

Die Überwachung und Steuerung der strategischen Ziele der strategischen Geschäftsfelder und Bereiche erfolgen einmal jährlich anhand der definierten Zielerreichungsindikatoren und Zielwerte. Zusätzlich erfolgt eine unterjährige Überwachung ausgewählter Finanz- und Risikoziele anhand standardisierter Reports.

Zu den strategischen und allgemeinen Geschäftsrisiken erfolgen zweimal pro Jahr (erstmalige Erhebung per 30. Juni 2013) eine Befragung der Geschäftsfelder und deren Auswertung

durch den Bereich Risikocontrolling. Eventuell notwendige Aktivitäten werden daraus abgeleitet und adressiert. Die Ergebnisse gehen in die Risikoinventur ein.

## **Chancen- und Prognosebericht / Ausblick**

### **Erwartete Entwicklung / Einschätzung der wirtschaftlichen Lage**

Im Nachgang einer durch hohe private und öffentliche Schuldenstände geprägten Rezession sollte die Weltwirtschaft weiterhin nur mäßige Zuwachsraten aufweisen. Vor allem in den USA und Teilen des Euroraums fallen die fiskalischen Einschnitte nicht mehr so deutlich aus, so dass eine stabile Entwicklung erwartet werden darf. Doch lässt die Dynamik in den Schwellenländern nach, weil der Preistrend bei Rohstoffen nicht mehr stützt und Kapitalzuflüsse spärlicher fließen, sobald sich konkrete Korrekturen der äußerst expansiven Geldpolitik in wichtigen Industriestaaten abzeichnen. Auch strukturelle Wachstumshürden kommen in diesem Länderkreis nunmehr stärker zur Geltung.

Im Euroraum sollten nur bescheidene Zuwachsraten erzielt werden. Da zyklische Übertreibungen bereits in den Vorjahren korrigiert worden sind und die Liquiditätsbedingungen großzügig bemessen bleiben, sollte ein Rückfall in die Rezession jedoch ausbleiben. Deutschland könnte 2014 im Jahresdurchschnitt eine Steigerung seiner Wirtschaftsleistung noch oberhalb des Trendwachstums erzielen. Die Binnennachfrage dürfte das Rückgrat dieser Entwicklung bilden. Mit vergleichsweise komfortablen Auftragspolstern, einer immer noch stabilen Beschäftigungslage, hohen Finanzreserven in der Realwirtschaft und einer nach wie vor guten preislichen Wettbewerbsfähigkeit wird erwartet, dass sich die Entwicklung in Deutschland auch weiterhin positiv vom übrigen Eurogebiet abhebt.

Die Region Berlin und Brandenburg bleibt durch eine im Bundesvergleich schwächere Einkommens- und Vermögensstruktur der Privathaushalte sowie durch eine überwiegende Zahl von Unternehmen in kleineren Umsatzgrößenklassen geprägt. Im Trend ist von einer fortgesetzten Aufholbewegung und einem insgesamt schwankungsärmeren Konjunkturverlauf auszugehen. Dies ist letztlich der Branchenmischung zuzuschreiben, die stark auf Dienstleistungen ausgerichtet ist. Namentlich sollten der Ausbau des Tourismus und die damit verbundene Stärkung des Einzelhandels sowie die überdurchschnittliche Entwicklung bei unternehmensnahen Dienstleistungen für weitere Impulse sorgen. Darüber hinaus sollte aber auch die Baukonjunktur bei günstigen Finanzierungskonditionen und gesteigertem Interesse an Sachwerten robust bleiben.

Die Europäische Zentralbank nimmt Rücksicht auf die Verschuldungssituation an der Euro-Peripherie und behält ihren stützenden Kurs mit Blick auf die damit verbundenen Risiken für den Bankensektor bei. Trotz üppiger Liquidität bleibt die Inflation niedriger als von der gemeinschaftlichen Notenbank favorisiert. In Deutschland liegt die Teuerung nicht mehr unter dem Euro-Durchschnitt; große Diskrepanzen in die Gegenrichtung sind aber ebenfalls wenig wahrscheinlich. Der gemeinsame Währungsraum bleibt krisenanfällig. In zugespitzten Marktphasen reagiert die europäische Politik aber pragmatisch, wobei Marktinterventionen und die Fortführung von international abgestimmten Auffanglösungen weiterhin taugliche Mittel sind, um einen Zerfall des Euroraums abzuwenden. Eine nachhaltige Entschärfung der Staatsschuldenproblematik gelingt auf diese Weise aber nicht. Temporär erhöhte Risikoaufschläge für wettbewerbsschwächere Länder sind folglich nicht auszuschließen.

Im Kreditgewerbe schmilzt mit zunehmender Dauer der Niedrigzinsphase der Ergebnisbeitrag aus der Fristentransformation ab. Gleichzeitig nehmen die Risiken zu, die im Zuge eines späteren Zinsanstiegs beispielsweise über Belastungen im Wertpapiergeschäft virulent würden. Höhere Anforderungen an das Eigenkapital sind auch künftig nicht ohne ein Abschmelzen der Bilanzen zu erreichen. Die Errichtung der europäischen Bankenunion, die sich mit Schaffung eines neuen Abwicklungsregimes wandelnden Refinanzierungsbedingungen sowie zusätzliche Anforderungen im Zuge einer europäischen Trennbankenregelung sorgen für weitere Unwägbarkeiten. Somit bewegen sich die Finanzinstitute in einem ausgesprochen schwierigen Umfeld. Dies trifft in besonderer Weise auf diejenigen Banken zu, die sich im Rahmen des Comprehensive Assessment der EZB im Jahr 2014 dem Balance Sheet Assessment und einem daran anschließenden Stresstest unterziehen müssen, deren methodische Rahmenbedingungen bislang nur teilweise bekannt beziehungsweise öffentlich sind.

### **Geschäftliche Ausrichtung**

Unter Berücksichtigung unserer Einschätzung zur wirtschaftlichen Lage und den nachstehend dargestellten Arbeiten zum Umbau der LBB ist der Konzern verstärkt darauf ausgerichtet, in seinen strategischen Geschäftsfeldern die Position im Kundengeschäft über die Berliner Sparkasse und die Berlin Hyp weiter auszubauen. Hierbei gilt es, die Qualität der Produkte und Dienstleistungen stetig zu verbessern. Andererseits erfordern die anstehenden qualitativen und quantitativen Eigenkapitalanforderungen nach dem CRD-IV-Gesetzeswerk eine zielgerichtete Investitions- und Desinvestitionspolitik in den jeweiligen Asset-Klassen.

Die Berliner Sparkasse hat eine starke Marktstellung in ihrer Kernregion Berlin. Die überregionale Ausrichtung des Immobilienfinanzierungsgeschäfts der Berlin Hyp sowie das überregionale Kreditkarten- und Konsumentenkreditgeschäft sollen die strukturell bedingt begrenzten Wachstumschancen in der Kernregion ausgleichen. Die S-Kreditpartner und die S-Servicepartner nehmen zudem immer stärker eine Rolle als Dienstleister der Sparkassen-Finanzgruppe ein.

Die Steuerung des Konzerns erfolgt grundsätzlich auf Basis der nach den International Financial Reporting Standards (IFRS) ermittelten Steuerungskennzahlen, die im Kapitel „Geschäftstätigkeit im Konzern“ definiert sind. Für die Holding sind auf Basis der nationalen Rechnungslegungsvorschriften (Handelsgesetzbuch) die wesentlichen Steuerungskennzahlen das HGB-Ergebnis und die Dividendenentwicklung maßgebend. Die Prognosen für das Geschäftsjahr 2014 und der Vergleich zum Abschluss per 31. Dezember 2013 der Steuerungskennzahlen auf Basis der IFRS-Rechnungslegung können dem Konzern-Lagebericht der Landesbank Berlin Holding, Prognosebericht, entnommen werden.

In die Planung für die Geschäftsjahre 2014 bis 2018 sind die Empfehlungen der Verbandsvorsteher in ihrer Eigenschaft als Vertreter der unterbeteiligten Sparkassen vom 3. Dezember 2012 zur künftigen Zusammenarbeit von LBB und DekaBank sowie – daraus abgeleitet – zur strategischen Fortentwicklung der LBB/Berliner Sparkasse eingeflossen. Die wesentlichen Ziele und Maßnahmen sind dabei:

- Verkauf des kundenorientierten Kapitalmarktgeschäfts mit Sparkassen und Drittkunden (Kunden-KMG) und der LBB-INVEST an die DekaBank (Transaktionsgegenstand), um dort ein bedeutender Teil der Wertpapierhaus-Strategie der DekaBank zu werden. Die Transaktionen wurden mit Ablauf des 31. Dezember 2013 realisiert. Die Zertifikatebestände aus dem Kunden-KMG verbleiben bis zu ihrer Einlösung, längstens bis zum Ablauf des 31. Dezember 2015 im Bestand der Berliner Sparkasse.
- Die Berlin Hyp wird geschäftlich und organisatorisch verselbständigt und als überregionaler gewerblicher Immobilienfinanzierer für die gesamte Sparkassen-Finanzgruppe positioniert. In diesem Zusammenhang wird das bestehende Patronat der LBB zum Jahresende 2014 beendet. In 2014 werden die Portfolien zwischen der Berliner Sparkasse und der Berlin Hyp final aufgeteilt und entsprechend auf das jeweilige Unternehmen übertragen.
- Schaffung einer klar konturierten, in der Hauptstadt deutlich sichtbaren und wettbewerbsfähigen Berliner Sparkasse. Hierzu wurde in der neuen Mittelfristplanung für die Jahre 2014 bis 2018 die Berliner Sparkasse klar von den anderen Aktivitäten des Konzerns ab-

gegrenzt. Damit sind Vergleichbarkeit und Transparenz während des Umbaus sichergestellt. Das Geschäftsvolumen wird sich im Planungszeitraum von etwa 70 Mrd. € auf 40 Mrd. € verringern.

Damit ergeben sich gegenüber dem Geschäftsjahr 2013 deutliche Auswirkungen auf die geschäftliche Situation des Jahres 2014:

- Verkauf an die DekaBank: Die Ergebnis- und Volumenanteile an den Transaktionsgegenständen an die DekaBank sind nicht mehr Bestandteil unserer Planung. Das Ergebnis aus dem Abgang des Transaktionsgegenstands wurde bereits im Jahresabschluss 2013 berücksichtigt.
- Kostenprogramm: Mit dem Umbau wurden noch einmal sämtliche Organisations- und Kostenstrukturen auf den Prüfstand gestellt. In der Konsequenz werden die Landesbankstrukturen abgebaut und damit Komplexität und Kosten erheblich reduziert. Damit einher gehen eine drastische Senkung der Sachkosten und auch der bereits angekündigte Abbau von rund 950 Mitarbeiterkapazitäten bis Ende 2017 auf dann insgesamt rund 3.800 Mitarbeiterkapazitäten in der Berliner Sparkasse und der S-Servicepartner. Weitere Elemente in diesem Zusammenhang sind die geplante Auflösung der Konzernstruktur des LBB-Konzerns bis Ende 2014/Anfang 2015, eine Kommunikationsoffensive ab 2014, die Umstellung auf HGB-Rechnungslegung ab 2015 und die Realisierung von IT-Standardlösungen (insbesondere OSPlus) in der Berliner Sparkasse.
- Treasury: Das bisherige Treasury ist hinsichtlich Größe und Komplexität auf die alten Landesbank-Strukturen ausgerichtet. Es wird auf eine für Sparkassen übliche Dimension zugeschnitten und die Liquiditätsreserve, Depot-A-Geschäfte sowie die strategische Fristentransformation und die Anlage der Eigenmittel umfassen.
- Zinsprognoseeffekt: In der Mittelfristplanung 2014 bis 2018 wurde eine Zinsprognose berücksichtigt, die von einem deutlich niedrigeren Zinsniveau und einem späteren Zinsanstieg gegenüber der bisherigen Mittelfristplanung 2017 ausgeht. Das Niedrigzinsniveau führt somit im Planungszeitraum zu geringeren Zinskonditionenbeiträgen im Kundengeschäft, weil die Zinsrückgänge am Geld- und Kapitalmarkt nicht in vollem Umfang auf die Kundenkonditionen übertragen werden können.

Hinsichtlich der Ergebnisverwendung geht die Planung auf Ebene der Holding unter Berücksichtigung des Ausgleichs der ausschüttungsgesperrten Eigenkapitalbestandteile davon aus, dass aufgrund der knappen Kapitalausstattung unter dem CRR-Regime erst 2017 wieder eine Dividendenausschüttung für das Geschäftsjahr 2016 vorgenommen werden kann. Auch für das Geschäftsjahr 2013 erfolgt aufgrund der erheblichen Aufwendungen für die Restrukturierung des Konzerns keine Dividendenausschüttung. Für das Geschäftsjahr 2012 erfolgte

im Mai 2013 eine Dividendenausschüttung in Höhe von 100 Mio. €. Das HGB-Ergebnis der Holding wird per 31. Dezember 2014 nach unserer Prognose einen Verlust in Höhe von 67 Mio. € ausweisen (31. Dezember 2013: -672 Mio. €). Dieses negative Ergebnis 2014 ist auf die Kostenremanenz aus dem Umbau der LBB zurückzuführen; die in diesem Zusammenhang geplanten Kosteneinsparungen und Effizienzsteigerungen werden ihre volle Wirkung erst mittelfristig entfalten.

## **Elemente der Mittelfristplanung**

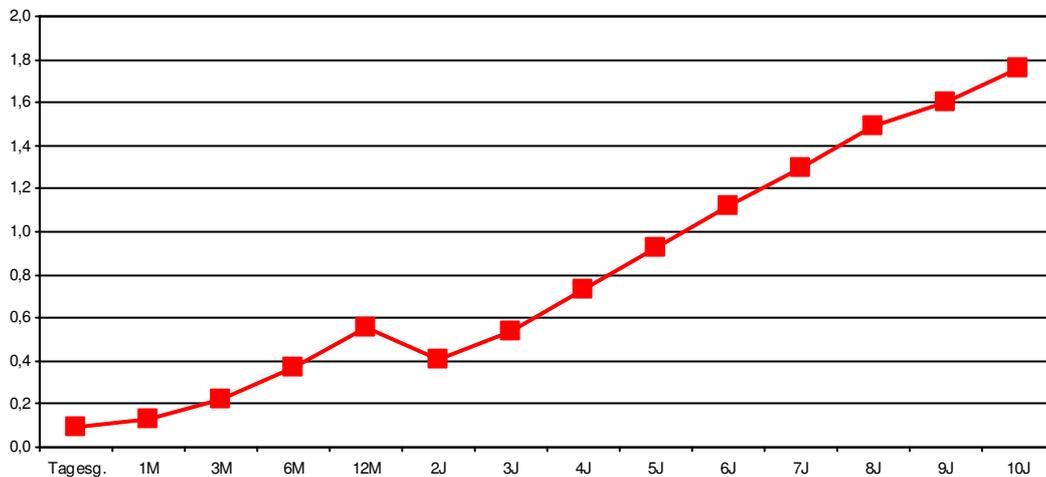
Den geschäftlichen Planungen und Prognosen liegen volkswirtschaftliche Annahmen über die Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Zinsentwicklung zu Grunde. Die anhaltende Finanz-, Wirtschafts- und Staatsschuldenkrise sowie die anstehenden veränderten qualitativen und quantitativen Eigenkapitalanforderungen nach dem CRD-IV-Gesetzeswerk sind in den Planungen berücksichtigt.

Basierend auf diesen Annahmen wurden neben den strategischen Aspekten weitere zentrale Eckpunkte festgelegt. Dabei wurden die Ziele hinsichtlich Kunden / Marktstellung, Neugeschäft, Erträge und Risiken geplant sowie Investitionen und Kosten im Einzelnen definiert.

Aufgrund der strategischen Neuausrichtung ergeben sich ab 2014 zum Teil deutliche Anpassungen in der Abgrenzung der Geschäftsfelder des Konzerns. Das Geschäftsfeld Immobilienfinanzierung umfasst nunmehr ausschließlich die Berlin Hyp. Das Geschäftsfeld Firmenkunden beinhaltet künftig auch das regional ausgerichtete gewerbliche Immobiliengeschäft und das Internationale Geschäft der Berliner Sparkasse. Im Geschäftsfeld Treasury werden die Liquiditätsreserve, die Depot-A-Geschäfte, die strategische Fristentransformation und die Anlage der Eigenmittel der Berliner Sparkasse zusammengefasst; die Steuerung über die bisherigen Geschäftsfelder Kapitalmarktgeschäft und Refinanzierung/Zinsmanagement entfällt. Mit der Neuausrichtung des Treasury auf die Dimensionierung der Zielsparkasse wurde zur Ertragsstabilisierung ein ergänzendes Übergangsgeschäft für vier Jahre definiert.

Bei der Entwicklung des kommenden Jahres legen wir für ausgewählte Parameter unserer Geschäftsentwicklung die folgenden Prämissen zugrunde:

- Zinseinschätzung für 2014:



- Inflationsrate Deutschland: 1,5 %
- Zuwachsrage Bruttoinlandsprodukt Berlin: 1,8 %
- Zuwachsrage Bruttoinlandsprodukt Brandenburg: 1,7 %
- Sparquote Berlin: 9,2 %
- Arbeitslosenquote Berlin: 11,0 %
- Tarifsteigerungen im Bankgewerbe: 2,2 %

### Entwicklung der strategischen Geschäftsfelder

Die Chancen der Berliner Sparkasse ergeben sich insbesondere aus der Neupositionierung im Zusammenhang mit dem Umbau der LBB. Hierbei stehen die Konzentration der Geschäftstätigkeit der Berliner Sparkasse auf den Berliner Markt und die Eigenständigkeit der Berlin Hyp im Mittelpunkt. Die Schaffung einer klar konturierten, in der Hauptstadt deutlich sichtbaren und wettbewerbsfähigen Berliner Sparkasse bietet die Chance, die Potenziale des Berliner Markts über unsere bisherigen Aktivitäten hinaus auszuschöpfen. Die Bündelung der überregionalen gewerblichen Immobilienfinanzierung in der Berlin Hyp und die damit verbundene Eigenständigkeit eröffnet erweiterte Chancen in der Zusammenarbeit mit den Sparkassen.

Risiken sehen wir bei einer unverändert ambitionierten Vertriebsplanung insbesondere in dem sehr wettbewerbsintensiven Berliner Bankenmarkt und der weiterhin sehr flachen Zins-

kurve, verbunden mit den zusätzlichen Risiken der von der EZB angedachten Negativzinsen. Eine weitere Risikokomponente ergibt sich aus der frist- und sachgerechten Umsetzung des herausfordernden Kostenprogramms und der Auswirkungen auf den Vertrieb. Darüber hinaus bestehen erhebliche Risiken bei der Realisierung der Komplexitätsreduktion, insbesondere im Zusammenhang mit der Umsetzung immer neuer regulatorischer Anforderungen.

Die Refinanzierungssituation erlaubt eine weiterhin kontinuierliche Ausweitung der Kundengeschäfte.

Vor dem Hintergrund der Entwicklung des Marktumfelds sowie der neuen geschäftlichen Ausrichtung werden in den einzelnen strategischen Geschäftsfeldern/Segmenten folgende Entwicklungen erwartet.

### ***Private Kunden***

Das Privatkundengeschäft wird nach dem Umbau der LBB zur Berliner Sparkasse unverändert in seiner Struktur gegenüber dem Vorjahr fortgeführt. Die Positionierung als „beste Bank in Berlin“ sowie „unter den 10 besten Sparkassen in Deutschland“ ist weiterhin das Ziel. Die Berliner Sparkasse hat im Jahr 2013 ihre marktführende Position bei Girokonten und im Einlagengeschäft weiter festigen können – trotz steigender Bedeutung gerade von Direktbanken auch als Hauptbankverbindung. Der Marktanteil bei Privatgirokonten liegt stabil bei rund 40 %; die Einlagen konnten erfreulich ausgeweitet werden, so dass wir auch für das Jahr 2014 von einer stabilen Marktakzeptanz ausgehen.

Die Verbindung der hohen Service- und Beratungsqualität der Berliner Sparkasse mit einem fairen Preis wird von den Kunden weiterhin honoriert. Unterstrichen wird dies neben der hohen Kundenbindung unter anderem durch die positiven Bewertungen bei Umfragen, Tests und seitens der Marktanalysten. Für 2014 wird angestrebt, dieses qualitativ hohe Niveau zu halten beziehungsweise weiter auszubauen, um noch stärker auf die individuellen Bedürfnisse unserer Kunden eingehen zu können.

Der stationäre Vertrieb der Berliner Sparkasse wird auch 2014 durch seine PrivatkundenCenter zur Versorgung der Kunden mit dem Service- und Tagesgeschäft in der Fläche vertreten sein. Die kompetente Beratung zu Themen wie Altersvorsorge, Vermögensaufbau, Geldanlage und Immobilienfinanzierung wird weiterhin mit den FinanzCentern, VermögensanlageCentern und ImmobilienCentern gewährleistet. Hierbei steht vor allem eine Steigerung

der Beratungskompetenz und deren stärkere Kundenwahrnehmung im Vordergrund, mit dem Ziel, die Kundenzufriedenheit und –bindung weiter zu erhöhen und dadurch das Geschäft mit unseren Kunden auszubauen. Maßnahmen, wie die Einführung eines Customer-Relationship-Management-Systems sowie Prozessoptimierungen bei der Beratung des Gesamt- und Wertpapiervermögens, aber auch bei Immobilienfinanzierungen und die Qualifizierung aller Anlageberater/Innen zum „Zertifizierten Vermögensberater“ unterstützen auch 2014 dieses Ziel.

Ergänzt wird der stationäre Vertrieb durch das Private Banking, in dem vermögende Kunden professionell betreut werden. Darüber hinaus ist die Mobile Beratung mit dem Konzept der Kundenbetreuung zu Hause oder am Arbeitsplatz erfolgreich am Markt.

Um dem Kundenverhalten hinsichtlich einer stärkeren Direktkanalnutzung Rechnung zu tragen, wird gezielt auch das Direktbankgeschäft gestärkt. Mit dem weiteren Ausbau des Vertriebsbereichs Direkt soll die Wirkungskraft unserer Direktkanäle bei der Kundenansprache deutlich erhöht werden. Darüber hinaus wird von der Berliner Sparkasse aktiv das Thema „Social Media“ besetzt. Der Fokus liegt dabei auf „Kundenservice/Kundenbetreuung“ einerseits und Image sowie Infotainment/Finanzthemen andererseits. Im überregionalen Kreditkartengeschäft werden im Jahr 2014 weitere Produktinnovationen die Wettbewerbsfähigkeit stärken.

Die Fortsetzung der eingeführten Vertriebsstrategie „Wege zum Kunden“ steht unter der Zielsetzung einer konsequenten Orientierung an den Bedürfnissen der Kunden und an den regionalen Belangen der international geprägten Stadt Berlin. Ein besonderer Fokus liegt im Hinblick auf das sich stetig verändernde Kundenverhalten weiterhin auf dem Direktvertrieb sowie auf weiteren Optimierungen im stationären Vertriebsnetz.

Die Marktführerschaft und die besondere Bedeutung der Berliner Sparkasse für unsere Stadt Berlin soll im Jahr 2014 durch die Aktivitäten „Gesicht im Markt“ für Kunden und Nichtkunden noch erlebbarer werden. Dabei soll die Berliner Sparkasse noch stärker als der Partner für finanzielle Bildung positioniert werden, dem Kinder- und Jugendmarkt kommt auch weiterhin eine sehr hohe Bedeutung bei. Ein weiterer Schwerpunkt liegt hier auf „Kunst und Kultur“ und darauf ausgerichteten Maßnahmen.

Die starke Abhängigkeit des Ergebnisses vom Passivgeschäft soll im Jahr 2014 über steigende Provisionserträge, vor allem durch die weitere Hinwendung zu nachhaltigeren Bestandserträgen im Wertpapiergeschäft, einen weiteren Nettozuwachs bei den Privatgirokon-

ten, weiteres Wachstum im Drittkartengeschäft sowie den weiteren Ausbau des Konsumentenkreditgeschäfts auf eine breitere Basis gestellt werden.

Im Finanzierungsbereich wird der wesentliche Fokus im Jahr 2014 auf den Immobilienfinanzierungen im Eigengeschäft liegen, auch um ein angemessenes Gegengewicht für das Einlagenvolumen aufzubauen. Im Konsumenten- und Autofinanzierungsgeschäft mit den Sparkassen strebt die S-Kreditpartner eine Marktstellung unter den Top 3 Finanzierungsinstituten in Deutschland - gemessen am Finanzierungsvolumen - bis 2018 an. Die S-Kreditpartner GmbH konnte das Ziel, in der Vergangenheit verloren gegangene Marktanteile der Sparkassen im Konsumentenkreditgeschäft zurückzugewinnen, bereits ein gutes Stück umsetzen und hat inzwischen ein Kundenkreditvolumen von gut 3,4 Mrd. € erreicht. In der Planung ist ein moderat steigendes Ergebnis vorgesehen, das im Wesentlichen aus dem Ausbau der Kooperationsbeziehungen mit den Sparkassen resultieren wird.

Risiken in allen Vertriebslinien des Privatkundengeschäfts bestehen in 2014 bei weiter verschärften gesetzlichen und regulatorischen Eingriffen in die Produkt- und Preisgestaltung sowie in die Beratungsprozesse. Beide Faktoren würden sich neben der Rücknahme von Ertragspotenzialen auch in steigenden Kosten auswirken und damit die erforderliche Umsetzung des Kostenprogramms gefährden. Hinzu kommen noch nicht exakt quantifizierbare Auswirkungen aus der historischen Niedrigzinsphase, die die Margenspielräume im Passivgeschäft einengt.

Das Geschäftsfeld Private Kunden erwartet insbesondere aus den Auswirkungen der anhaltenden Niedrigzinsphase für das nächste Geschäftsjahr ein Ergebnis, das unterhalb des Niveaus des Vorjahres liegt.

### ***Firmenkunden***

Ab 2014 umfasst das Geschäftsfeld Firmenkunden neben den bisherigen Geschäfts-, Gewerbe- und Firmenkunden in der Hauptstadtregion zusätzlich auch die regionale gewerbliche Immobilienfinanzierung der Berliner Sparkasse (bisher Teil des Geschäftsfelds Immobilienfinanzierung) sowie das Internationale Geschäft (bisher Teil des Geschäftsfelds Kapitalmarktgeschäft). Für diese drei Portfolien stellt sich die Situation wie folgt dar:

Das Firmenkundengeschäft der Berliner Sparkasse ist kompetenter Partner für Geschäfts-, Gewerbe- und Firmenkunden in der Hauptstadtregion und gehört zu den führenden Marktteilnehmern. Kleinteilige wirtschaftliche Strukturen, ein hoher Anteil an Dienstleistungsunternehmen sowie eine geringe Industriedichte prägen diesen Regionalmarkt. Das Betreuungskonzept basiert auf einem breiten Spektrum an Finanzdienstleistungen, das auf die jeweiligen Bedürfnisstrukturen der Unternehmen in allen Konjunkturzyklen zugeschnitten ist.

Es ist unser zentraler Anspruch, die beste Bank für alle Firmenkunden in Berlin zu sein. Mit neuer Vertriebsstruktur wollen wir Geschäfts-, Gewerbe- und mittelständische Firmenkunden noch zielgenauer betreuen und zusätzliche Potenziale erschließen. Wir verfolgen für das Jahr 2014 das Ziel, die starke Marktposition in der Region weiter auszubauen, bestehende Kundenverbindungen zu vertiefen und den Kundenbestand weiter zu erhöhen. Ergänzend zum regionalen Fokus und zur Sicherung der Ertragsbasis werden die für eine Großsparkasse typischen Geschäftschancen bei überregionalen Unternehmen ausgewählter Branchen genutzt.

Berlin hat sich in den vergangenen Jahren zur „Gründungshauptstadt“ Deutschlands entwickelt. Die Berliner Sparkasse unterstützt Unternehmensgründer durch intensive Beratung und geeignete Finanzierungsmodelle. Damit leisten wir einen wesentlichen Beitrag zur Neuan-siedlung junger und kreativer Unternehmen und kommen dem Auftrag zur Stärkung und zum Ausbau der Regionalwirtschaft nach. Auch Ausgründungen aus Hochschulen und Universitäten werden zukünftig eine wichtige Rolle spielen.

Zukunftspotenziale lassen besonders die Wachstumsbranchen der Region erwarten, zu denen die Gesundheitswirtschaft sowie die Umwelt- und Energietechnik in Verbindung mit der Forschungs- und Wissenschaftsinfrastruktur zählen. Um diese Potenziale zu erschließen haben wir die Expertise für Zukunftsbranchen wie Energie, Infrastruktur und Gesundheit in unserer neuen Vertriebsstruktur gebündelt.

Wesentliche Werttreiber für das Firmenkundengeschäft sind das Kredit- und das kurzfristige Einlagengeschäft. Hier liegen Chancen, mit weiterer Fokussierung als Hauptstadtsparkasse Marktanteile zu gewinnen. Auch im Dienstleistungsgeschäft besteht die Chance, über eine forcierte Potenzialausschöpfung den Ergebnisbeitrag zu steigern.

Risiken für die Ertragsentwicklung im Berliner Markt resultieren aus der zunehmenden Wettbewerbsintensität. Belastend wirkt sich weiter auch die historische Niedrigzinsphase aus, die wesentlich zu anhaltendem Druck auf die Zinsmargen beiträgt.

Die mit Jahresbeginn 2014 auch dem Geschäftsfeld Firmenkunden zugeordnete regionale gewerbliche Immobilienfinanzierung ist im Großraum Berlin aktiv. Im Fokus der Betreuung stehen Investoren und Wohnungsunternehmen. Die gewerbliche Immobilienfinanzierung ist erfolgreicher Immobilienfinanzierer mit langjährigem Markt-Know-how in der Hauptstadtregion und zeichnet sich durch stabile und langfristige Kundenbeziehungen aus. Regionale Kunden werden bei ihren Projekten auch überregional begleitet.

Bei weiterhin hohen Qualitäts- und Renditeanforderungen will die gewerbliche Immobilienfinanzierung ihre Position als bedeutender regionaler Anbieter von gewerblichen Immobilienkrediten weiter festigen.

Die Entwicklung der gewerblichen Immobilienfinanzierung wird in den nächsten Jahren stark von Effekten beeinflusst, die aus der sukzessiven geschäftlichen und organisatorischen Verselbständigung der Berlin Hyp resultieren, mit der es gegenwärtig noch enge Verflechtungen gibt. Unbeschadet dieser Aktivitäten wird beim Neugeschäft ein moderates Wachstum erwartet.

Die Risiken der Staatsschuldenkrise in der Euro-Zone haben sich bislang nicht auf den deutschen Immobilienmarkt ausgewirkt. Die hohe Nachfrage - insbesondere auch durch die Aktivitäten ausländischer Investoren - führte auch im Großraum Berlin zu steigenden Preisen. Inwieweit und mit welcher Intensität diese Nachfrage anhält bleibt abzuwarten. Der Anstieg der Kaufpreise mit entsprechender Finanzierung birgt für die Folgejahre Risiken. Hier spielt insbesondere auch das Zinsniveau eine Rolle. Es wird unverändert an den bewährten Qualitätsanforderungen festgehalten, was sich in der Konkurrenz zu teilweise aggressiveren Marktteilnehmern negativ auf das Neugeschäft auswirken könnte.

Das ebenfalls neu dem Geschäftsfeld Firmenkunden zugeordnete Internationale Geschäft bietet Leistungen für Kunden der Berliner Sparkasse an und arbeitet mit Sparkassen im gesamten Bundesgebiet zusammen. Auch das Netzwerk der Sparkassengruppe S-CountryDesk wird genutzt. Zu den Produkten zählen originäre Handelsfinanzierungen wie Akkreditive und Garantien sowie von staatlichen Exportversicherern gedeckte mittel- bis langfristige Exportfinanzierungen. Die Stärkung des Vertriebs der Sparkassen im Auslandsgeschäft ist für das Internationale Geschäft eine zentrale Aufgabe. In Zusammenarbeit mit anderen Sparkassen werden marktgängige Produkte zu wettbewerbsfähigen Preisen zur Verfügung gestellt.

Risiken für die Ertragsentwicklung resultieren aus der zunehmenden Wettbewerbsintensität im Auslandsgeschäft. Hier widmen die Privatbanken verstärkt dem exportorientierten, kleinen und mittelständischen Unternehmer ihre Aufmerksamkeit. Weitere Unsicherheiten bestehen hinsichtlich der innenpolitisch motivierten Haushaltsprobleme der USA, die bei einer erneuten Zuspitzung die konjunkturelle Entwicklung beeinträchtigen können. Darüber hinaus können auch regional begrenzte Krisen und Konflikte zumindest teilweise die Realisierung des Business Plans gefährden.

Das Ergebnis des neustrukturierten Geschäftsfelds Firmenkunden wird sich im kommenden Jahr insbesondere durch die Geschäftsfelderweiterung erhöhen. Der Vorjahresvergleich bezieht sich auf das bisherige Geschäftsfeld.

### ***Immobilienfinanzierung***

Das Geschäftsfeld Immobilienfinanzierung wird ab dem Geschäftsjahr 2014 ausschließlich durch die Berlin Hyp repräsentiert. Die zukunftsgerichteten Aussagen des Geschäftsfelds beziehen sich deshalb im Kern auf die Berlin Hyp.

Mit ihrem soliden Gesellschafterhintergrund, der sich intensivierenden Einbindung in die Sparkassen-Finanzgruppe, der erfolgreichen Refinanzierungsstrategie und ihrer erfahrenen Belegschaft ist die Berlin Hyp für die Zukunft in diesem herausfordernden Umfeld gut aufgestellt und wird die sich bietenden Geschäftspotenziale aktiv nutzen. Die Position als führender Anbieter für Immobilienfinanzierungen will die Bank weiter festigen. Finanzierungen in ausgewählten Auslandsmärkten erfolgen weiterhin zum Zweck einer ausgewogenen Portfoliodurchmischung.

Neben der unveränderten strategischen Ausrichtung in der gewerblichen Immobilienfinanzierung auf bundesweite Investoren-Finanzierungen und individuelle Finanzierungsstrukturen bei risikoadäquatem Pricing wird sich das Geschäftsfeld zukünftig noch stärker als Verbundpartner der Sparkassen-Finanzgruppe inklusive der Entwicklung und Einführung neuer Produkte etablieren. Dazu gehören neben dem besicherten Immo-Schuldschein unter anderem auch diverse Giro- und Anlageprodukte für Bauträger und Developer sowie die webbasierte immobilienpezifische Software icoio für Wohnungswirtschaftsunternehmen. Dies sollte das Geschäft nachhaltig und langfristig stärken.

Vor diesem Gesamthintergrund besteht in 2014 die Chance zur Erhöhung des Hypothekenkreditbestands. Das Kommunalkreditgeschäft wird, strategisch gewollt, weiter abschmelzen. Die Wertpapierbestände werden tendenziell ebenfalls leicht sinken.

Die weitere Entwicklung des deutschen Immobilienmarktes wird, neben der unverändert bestehenden Staatsschulden- und Eurokrise, von der Entwicklung des Konjunkturmilieus bestimmt werden. Es wird für 2014 trotz des unverändert starken Wettbewerbs auf dem Finanzierungsmarkt ein Anstieg des Neugeschäftsvolumens angestrebt. Auf die damit verbundene Stabilisierung des Zinsüberschusses im Kerngeschäft können aber eine gestiegene Margensensibilität im Kundengeschäft und ein unverändert niedriges Zinsniveau in Verbindung mit einer flachen Zinsstrukturkurve gegenläufig wirken.

Inwieweit und mit welcher Intensität diese Nachfrage anhält bleibt abzuwarten. Der Anstieg der Kaufpreise mit entsprechender Finanzierung birgt für die Folgejahre Risiken. Es wird unverändert an den bewährten Qualitätsanforderungen festgehalten.

Daneben wird die geschäftliche und organisatorische Verselbständigung weiter umgesetzt. Dies wird im Jahr 2014 zu Mehrbelastungen aufgrund begonnener beziehungsweise geplanter Projekte im Verwaltungsaufwand führen.

Das neustrukturierte Geschäftsfeld Immobilienfinanzierung erwartet unter Berücksichtigung der genannten Veränderungen für das nächste Geschäftsjahr ein positives Ergebnis, welches unterhalb des im Vorjahr erreichten guten Ergebnisses liegt.

### ***Treasury***

Ab 2014 werden die bislang getrennten Geschäftsfelder „Kapitalmarktgeschäft“ sowie „Refinanzierung und Zinsmanagement“ in dem neuen Geschäftsfeld „Treasury“ zusammengefasst. Das bisher noch zum Kapitalmarktgeschäft zählende Internationale Geschäft wird ab 2014 mit dem Segment Firmenkunden zusammengeführt.

Der Grund für diese tiefgreifenden Veränderungen des Kapitalmarktgeschäfts liegt im Verkauf des kundenorientierten Kapitalmarktgeschäfts mit Sparkassen und Drittkunden (K-KMG) und der LBB-INVEST an die DekaBank mit Ablauf des 31. Dezember 2013. Das neue Zielbild der Berliner Sparkasse ist verbunden mit einer deutlichen Verkleinerung des Treasury auf eine sparkassentypische Größe. Zur zielgerichteten Steuerung des Um- und Abbaus

sowie zur besseren Vergleichbarkeit des Treasury der Berliner Sparkasse mit dem anderer Großsparkassen unterscheidet die künftige Treasury-Strategie drei Portfolien:

Im „Kerngeschäft“ erfolgt die Abbildung und Steuerung sparkassentypischer Treasury-Positionen. Hier besteht keine kurzfristige Gewinnmaximierungsabsicht, vielmehr wird ein langfristiger strategischer Ansatz verfolgt. Chancen aus dem Aufbau sparkassentypischer Transformationsvolumina ergeben sich dabei erst mit dem Ablauf der derzeitigen Niedrigzinsphase.

Das zweite Portfolio bildet das auf vier Jahre befristete „Übergangsgeschäft“. Im Mittelpunkt der Steuerung dieser Positionen steht die Chance auf Ergebniserzeugung aus Credit Spreads und unterjähriger Fristentransformation.

Alle übrigen, im Abbau befindlichen Bestände werden im dritten Portfolio als „Sonstiges Geschäft“ zusammengefasst. Im Mittelpunkt der Steuerung steht weniger die Chance auf Ertragsgenerierung als vielmehr die systematische Rückführung der Positionen auf Basis einer Minimierung möglicher Verlustpotenziale.

Insgesamt wird damit das Treasury-Portfolio bis 2018 sukzessive zurückgeführt. Neuinvestitionen erfolgen selektiv unter Berücksichtigung des zukünftigen Produktkatalogs und vor dem Hintergrund der Erfüllung regulatorischer Anforderungen an die Liquiditätssteuerung.

Die Ergebnisentwicklung des Treasury hängt damit maßgeblich von der weiteren Entwicklung beim Abbau des „sonstigen Geschäfts“ sowie der Generierung zusätzlicher Erträge aus dem „Übergangsgeschäft“ ab. Daneben bestehen übergreifende Risiken aus dem weiteren Verlauf der Finanz- und Staatsschuldenkrise. Zudem wird das Geschäftsfeld stark durch zukünftige regulatorische Änderungen beeinflusst bleiben.

Das neustrukturierte Geschäftsfeld Treasury geht für das nächste Geschäftsjahr von einem gegenüber dem Vorjahr deutlich verbesserten Ergebnis aus.

### ***Sonstiges***

Im Segment Sonstiges werden die Konzernsteuerungs- und Servicefunktionen zusammengefasst. Die Ergebnisse des Segments sind maßgeblich abhängig vom Leistungsumfang der Marktfolgebereiche sowie der Zentralstäbe und ihren Leistungsbeziehungen zu den Ge-

schäftsfeldern. Somit werden die komplexitäts- und kostenreduzierenden Maßnahmen des Kostenprogramms die künftigen Ergebnisse dieses Segments maßgeblich beeinflussen. Das Ergebnis wird für das Geschäftsjahr 2014 aufgrund der im Geschäftsjahr 2013 erfassten Restrukturierungsaufwendungen deutlich besser als im Vorjahr abschneiden und wird auf dem Niveau des Jahres 2012 erwartet.

### **Zusammenfassung / Gesamtaussage**

Der Konzern erwartet für das Geschäftsjahr 2014 unverändert eine geordnete Liquiditätssituation und somit eine weiterhin vollständige Refinanzierung der Geschäftsvolumina in den besicherten und unbesicherten Geld- und Kapitalmärkten. Der Konzern geht davon aus, seine positive Entwicklung im kundengetragenen Geschäft fortsetzen zu können. Die anhaltende Niedrigzinsphase sowie die im Zuge der verschärften regulatorischen Anforderungen umgesetzten und noch umzusetzenden Maßnahmen wirken sich auch im kommenden Jahr für den Konzern belastend aus. Darüber hinaus ist nicht auszuschließen, dass sich im Zusammenhang mit dem Balance Sheet Assessment oder dem daran anschließenden Stress-test zusätzliche aufsichtliche Anforderungen ergeben, die zusätzliche negative Implikationen auf die Ergebnissituation haben können.

Weiterhin wird die Geschäftsentwicklung 2014 in hohem Maße durch die Umsetzung der getroffenen Umbaumaßnahmen geprägt sein. Mit dem Verkauf des kundenorientierten Kapitalmarktgeschäfts und der LBB-INVEST zur DekaBank entfallen die entsprechenden Ergebnisbeiträge. Andererseits werden die geplanten Kosteneinsparungen und Effizienzsteigerungen ihre volle Wirkung erst mittelfristig entfalten. Aufgrund der abweichenden zeitlichen Wirksamkeit dieser beiden Effekte geht der Vorstand davon aus, dass die Holding im Jahr 2014 ein negatives Ergebnis vor Steuern ausweisen wird, das aber deutlich geringer ausfallen soll als im Berichtsjahr. Eine Dividendenzahlung ist von daher auch für das Jahr 2014 nicht möglich.

Aufgrund der geplanten Ergebnisentwicklung und der knappen Kapitalausstattung unter dem CRR-Regime erwartet der Vorstand auf Ebene der Holding, erst 2017 - unter Berücksichtigung des Ausgleichs der ausschüttungsgesperrten Eigenkapitalbestandteile - wieder eine Dividendenausschüttung für das Geschäftsjahr 2016 vornehmen zu können.

## Bilanz der Landesbank Berlin Holding AG zum 31. Dezember 2013

Aktivseite	Anhang Textziffern	TEUR	TEUR	31.12.2013 TEUR	Vorjahr TEUR
<b>A. Anlagevermögen</b>					
I. Finanzanlagen					
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	(1)		2.406.979		2.956.979
				<b>2.406.979</b>	<b>2.956.979</b>
<b>B. Umlaufvermögen</b>					
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände					
1. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	(2)	207.626			237.933
2. sonstige Vermögensgegenstände	(2)	23.774			18.420
			231.400		256.353
				<b>231.400</b>	<b>256.353</b>
<b>C. Aktive latente Steuern</b>					
1. Aktive latente Steuern	(3)		316.658		355.059
				<b>316.658</b>	<b>355.059</b>
				<b>Summe der Aktiva:</b>	<b>2.955.037</b>
					<b>3.568.391</b>

Passivseite	Anhang Textziffern	TEUR	TEUR	31.12.2013 TEUR	Vorjahr TEUR
<b>A. Eigenkapital</b>					
I. Gezeichnetes Kapital					
	(4)		2.554.741		2.554.741
II. Gewinnrücklagen					
1. gesetzliche Rücklage	(4)	46.236			46.236
2. andere Gewinnrücklagen	(4)	69.380			741.000
			115.616		787.236
III. Bilanzgewinn	(4)		0		100.801
				<b>2.670.357</b>	<b>3.442.778</b>
<b>B. Rückstellungen</b>					
1. Steuerrückstellungen	(5)		108.487		102.849
2. sonstige Rückstellungen			29.219		21.897
				<b>137.706</b>	<b>124.746</b>
<b>C. Verbindlichkeiten</b>					
1. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	(6)		144.133		114
2. sonstige Verbindlichkeiten	(6)		2.841		753
davon aus Steuern		3			(3)
				<b>146.974</b>	<b>867</b>
				<b>Summe der Passiva:</b>	<b>2.955.037</b>
					<b>3.568.391</b>

<b>Eventualverbindlichkeiten</b>					
1. Verbindlichkeiten aus Bürgschaften	(12)		56.408		48.015
2. Verbindlichkeiten aus Gewährleistungsverträgen	(12)		379.585		512.839
				<b>435.993</b>	<b>560.854</b>

**Gewinn- und Verlustrechnung der Landesbank Berlin Holding AG  
für die Zeit vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2013**

	Anhang Textziffern	EUR	2013 EUR	Vorjahr TEUR
1. Sonstige betriebliche Erträge	(7)		5.094.516,43	2.155
2. Sonstige betriebliche Aufwendungen	(7)		93.168.502,28	18.560
3. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen	(2)		15.766.547,98	214.906
4. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	(10)		5.244.892,33	1.444
davon aus verbundenen Unternehmen		2.338.286,55		(147)
5. Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	(1), (8)		400.000.000,00	0
6. Aufwendungen aus Verlustübernahme	(6), (9)		144.132.331,84	0
7. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	(10)		12.221.720,24	11.562
davon aus verbundenen Unternehmen		0,00		(103)
<b>8. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit</b>			<b>-623.416.597,62</b>	<b>188.383</b>
9. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	(3), (11)		48.818.528,90	34.220
davon aus latenten Steuern		38.401.000,00		(22.184)
10. Sonstige Steuern			253.272,63	-281
<b>11. Jahresüberschuss / -fehlbetrag</b>			<b>-672.488.399,15</b>	<b>154.444</b>
12. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr	(4)		867.931,40	1.914
13. Entnahmen aus Gewinnrücklagen aus anderen Gewinnrücklagen	(4)		671.620.467,75	0
14. Einstellungen in Gewinnrücklagen	(4)			
in die gesetzliche Rücklage			0,00	7.722
in andere Gewinnrücklagen			0,00	47.835
<b>15. Bilanzgewinn / -verlust</b>	(4)		<b>0,00</b>	<b>100.801</b>

# Anhang der Landesbank Berlin Holding AG 2013

Die Landesbank Berlin Holding AG, Berlin, (Holding) ist Mutterunternehmen für den Konzern Landesbank Berlin Holding. Neben diesem Jahresabschluss wird ein Konzernabschluss nach internationalen Rechnungslegungsvorschriften gemäß § 315a HGB erstellt und veröffentlicht. Die in diesen Konzernabschluss einbezogene Landesbank Berlin AG, Berlin (LBB) erstellt gemäß § 291 Abs. 3 Nr. 1 HGB einen eigenständigen Teilkonzernabschluss nach IFRS.

Die Holding nimmt im Wesentlichen die Funktion einer Finanzholding wahr, welche Bankgeschäfte nicht selbst durchführt und kein Kreditinstitut ist. Die Holding ist Tochterunternehmen der Regionalverbandsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH, Neuhardenberg, (RVG). Die Konzernabschlüsse der Konzerne Holding AG (kleinster Konsolidierungskreis i.S.d. § 285 Nr. 14 HGB), der LBB und der RVG (größter Konsolidierungskreis i.S.d. § 285 Nr. 14 HGB) werden im elektronischen Bundesanzeiger veröffentlicht.

## Angaben zu Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

### Bilanzierung

Der Jahresabschluss wurde nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung unter Beachtung der Rechnungslegungsvorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) für große Kapitalgesellschaften und des Aktiengesetzes aufgestellt. Ergänzend wurden die Vorschriften der Satzung beachtet.

Die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden wurden beibehalten.

Der Jahresabschluss wurde auf der Grundlage einer Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufgestellt (§ 252 Abs. 1 Nr. 2 HGB).

Der Jahresabschluss wird in Euro aufgestellt. Bestände in Fremdwährung bestehen nicht.

### Bewertung

#### Allgemeine Bewertungsgrundsätze

Die Bewertung der Vermögensgegenstände, der Verbindlichkeiten und der schwebenden Geschäfte erfolgte nach den Vorschriften der §§ 252 ff. HGB.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände sind mit dem Nominalbetrag angesetzt. Verbindlichkeiten werden mit dem Rückzahlungsbetrag bilanziert.

Finanzanlagen sind zu Anschaffungskosten bewertet. Bei voraussichtlich dauernder Wertminderung werden Abschreibungen vorgenommen. Bei nur vorübergehender Wertminderung wird gemäß § 253 Abs. 3 Satz 3 HGB der Wert beibehalten.

Rückstellungen sind zu dem Erfüllungsbetrag angesetzt, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung erforderlich ist. Dabei werden Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr abgezinst.

# Erläuterungen zur Bilanz und zur Gewinn- und Verlustrechnung

## Bilanz

### (1) Entwicklung des Finanzanlagevermögens

in Mio. EUR	Anteile an verbundenen Unternehmen
<b>Buchwert zum 31.12.2012</b>	<b>2.957</b>
Anschaffungs-/Herstellungskosten zum 31.12.2012	3.037
Zugänge 2013	0
Abgänge 2013	150
Umbuchungen 2013	0
Effekte aus Wechselkursänderungen	0
Anschaffungs-/Herstellungskosten zum 31.12.2013	2.887
Kumulierte Abschreibungen zum 31.12.2012	80
Zugänge 2013	400
Abgänge 2013	0
Zuschreibungen 2013	0
Umbuchungen 2013	0
Effekte aus Wechselkursänderungen	0
Kumulierte Abschreibungen zum 31.12.2013	480
<b>Buchwert zum 31.12.2013</b>	<b>2.407</b>

Die Abgänge bei den Anteilen an verbundenen Unternehmen in Höhe von 150,0 Mio. EUR resultieren aus dem Verkauf der Landesbank Berlin Investment GmbH. Die Abschreibung des Geschäftsjahres 2013 betrifft vollständig die Beteiligung an der LBB.

### (2) Umlaufvermögen

Bei den Forderungen gegen verbundene Unternehmen handelt es sich um ein Geschäftskonto bei der Landesbank Berlin AG in Höhe von 207,6 (i.Vj.: 23,0) Mio. EUR.

Bei den sonstigen Vermögensgegenständen handelt es sich mit 15,8 (i.Vj.: 15,4) Mio. EUR um Ansprüche aus Gewinnabführung aufgrund des bis zum 31.12.2013 bestehenden Ergebnisabführungsvertrages mit der Landesbank Berlin Investment GmbH sowie mit 8,0 (i.Vj.: 18,4) Mio. EUR um Forderungen gegenüber den Finanzbehörden.

Sämtliche Forderungen sind im Folgejahr fällig.

### (3) Aktive latente Steuern

Die aktiven latenten Steuern auf temporäre Differenzen zwischen den Wertansätzen diverser Vermögensgegenstände, Schuldposten und Rechnungsabgrenzungsposten in den Handels- und in den Steuerbilanzen des Organkreises und die aktiven latenten Steuern auf Verlustvorträge überstiegen deutlich die passiven latenten Steuern auf entsprechende temporäre Differenzen. In Höhe des Saldos wurden unter Zugrundelegung eines Ertragssteuersatzes von 30,175 % aktive latente Steuern angesetzt. Dieser Steuersatz ergab sich aus dem in Deutschland geltenden Körperschaftssteuersatz von 15 % zzgl. 5,5 % Solidaritätszuschlag auf die Körperschaftsteuer und einem Steuersatz für die Gewerbesteuer von 14,35 %.

Aktive latente Steuern auf steuerliche Verlustvorträge wurden insoweit angesetzt wie deren Nutzbarkeit unter Berücksichtigung der Mindestbesteuerung bei der Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer in den kommenden fünf Jahren hinreichend wahrscheinlich erschien. Zur Beurteilung

wurde auf die aktuelle Mittelfristplanung unter Berücksichtigung steuerlicher Abweichungen zurückgegriffen.

Im Einzelnen ergaben sich zum 31.12.2013 aktive und passive latente Steuern im Zusammenhang mit folgenden Positionen:

Aktive latente Steuern:	
Forderungen an Kreditinstitute und Kunden	
Schuldverschreibungen, Aktien, andere Wertpapiere	
Beteiligungen	
Immaterielle Vermögensgegenstände	
Sachanlagen	
Sonstige Vermögensgegenstände	
Aktive Rechnungsabgrenzungsposten	
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden	
Sonstige Verbindlichkeiten	
Passive Rechnungsabgrenzungsposten	
Rückstellungen	
Passive latente Steuern:	
Sachanlagen	

Die nachfolgende Überleitungsrechnung stellt die Unterschiede zwischen dem rechnerischen und dem ausgewiesenen Steueraufwand dar.

in TEUR / %	2013
Ergebnis vor Ertragsteuern nach HGB	-623.670
Ertragssteuersatz	30,175%
Rechnerischer Ertragsteueraufwand	-188.192
1. Steuerfreie Erträge	-9.740
2. Nicht abzugsfähige Aufwendungen	162.362
3. Abweichende Gewerbesteuerbemessungsgrundlage	936
4. Steuersatzabweichungen	0
5. Aperiodische Effekte latente Steuern	87.910
6. Nicht abzugsfähige Ertrags- oder Quellensteuer	122
7. Aperiodische Effekte laufende Steuern	-4.244
8. Sonstiges	-336
Ausgewiesener Ertragssteueraufwand/Steuerertrag (-)	48.818
Effektiver Steuersatz	-7,827%

Die Effekte aus steuerfreien Erträgen resultieren im Wesentlichen aus Erträgen i.S.d. § 8b Abs. 1 und Abs. 2 KStG, sowie aus der Teilauflösung des Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB bei Gesellschaften ihres Organkreises. Mehrbelastungen aus nicht abzugsfähigen Aufwendungen entfallen im Wesentlichen auf eine Teilwertabschreibung und auf Veräußerungsverluste aus Tochtergesellschaften nach § 8b Abs. 3 KStG, nicht abzugsfähige Aufwendungen, eine gemäß Detailvereinbarung mit dem Land Berlin (Einzelheiten siehe Lagebericht) zu leistende Avalprovision und die erhobene Bankenabgabe.

Die Position „Aperiodische Effekte latente Steuern“ resultiert ganz überwiegend aus der Anpassung der aktiven latenten Steuern auf bisher nicht genutzte Verlustvorträge und den Änderungen bei den temporären Differenzen der Vorjahre. Die aperiodischen Effekte aus laufenden Steuern zeigen im Wesentlichen eine Steuererstattung aufgrund einer Zwischenveranlagung im Rahmen der Betriebsprüfung für die Jahre 2005-2009.

#### **(4) Eigenkapital**

Das gezeichnete Kapital der Holding beträgt 2.555 Mio. EUR und ist eingeteilt in 999.327.870 Stückaktien.

Die Holding hat im Berichtsjahr eigene Aktien weder gehalten noch erworben.

Die Regionalverbandsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH, Neuhardenberg, hat der Holding gemäß § 21 Abs. 1 WpHG im Namen der Erwerbsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG, Neuhardenberg, mitgeteilt, dass deren Stimmrechtsanteil an der Holding am 8. August 2007 die Schwellen von 3 %, 5 %, 10 %, 15 %, 20 %, 25 %, 30 %, 50 % und 75 % überschritten hat und zu diesem Tag 80,95 % (808.996.446 Stimmrechte) betrug.

Die Regionalverbandsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH hat der Landesbank Holding außerdem gemäß § 21 Abs. 1, § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 WpHG mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der Holding am 8. August 2007 die Schwellen von 3 %, 5 %, 10 %, 15 %, 20 %, 25 %, 30 %, 50 % und 75 % überschritten hat und zu diesem Tag 80,95 % (808.996.446 Stimmrechte) betrug.

Weiterhin hat die Regionalverbandsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH mitgeteilt, dass sämtliche der vorgenannten Stimmrechte ihr über die Erwerbsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG, Neuhardenberg, gemäß § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 WpHG zuzurechnen sind, da die Regionalverbandsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH alleinige Komplementärin und Inhaberin sämtlicher Stimmrechte der Erwerbsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG ist.

Die Beteiligungsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG, Neuhardenberg, hat der Holding gemäß § 21 Abs. 1 WpHG mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der Holding am 1. Januar 2008 die Schwellen von 3 %, 5 % und 10 % überschritten hat und zu diesem Tag 10,63 % (106.199.981 Stimmrechte) betrug.

Durch Auflösung von anderen Gewinnrücklagen in Höhe von 671,6 (i.Vj. Zuführung 47,8) Mio. EUR und unter Verrechnung des Gewinnvortrages in Höhe von 0,9 (i.Vj. 1,9) Mio. EUR ergibt sich aus dem Jahresfehlbetrag in Höhe von 672,5 (i.Vj. Jahresüberschuss 154,4) Mio. EUR ein Bilanzgewinn in Höhe von 0 (i.Vj. 100,8) Mio. EUR.

Eine Ausschüttungssperre auf die Gewinnrücklagen besteht in Höhe der aktivierten latenten Steuern in Höhe von 316,7 (i.Vj.: 355,1) Mio. EUR.

#### **(5) Rückstellungen**

Die Rückstellungen bestehen im Wesentlichen für Steuern vom Einkommen und Ertrag und damit zusammenhängende steuerliche Nebenleistungen.

#### **(6) Verbindlichkeiten**

Die Verbindlichkeiten bestehen im Wesentlichen aus dem Ergebnisabführungsvertrag gegenüber der LBB in Höhe von 144,1 (i.Vj. Forderung 199,5) Mio. EUR.

Die Verbindlichkeiten sind sämtlich im Folgejahr fällig.

# Gewinn- und Verlustrechnung

Die Gewinn- und Verlustrechnung wurde nach dem Gesamtkostenverfahren gemäß § 275 Abs. 2 HGB aufgestellt.

## (7) Sonstige betriebliche Aufwendungen und sonstige betriebliche Erträge

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen setzen sich wie folgt zusammen:

in Mio. EUR	2013	2012
Konzernleistungsverrechnung	2	3
Beratungs-, Prüfungs-, Gerichtskosten sowie Gebühren	1	2
Versicherungsbeiträge	2	2
Zuführung zu Drohverlustrückstellungen	6	12
Abgangsverluste des Anlagevermögens	82	0
Insgesamt	93	19

Auf die Angabe des vom Abschlussprüfer berechneten Gesamthonorars wird gemäß § 285 Nr. 17 letzter Satzteil HGB verzichtet.

Bei den Zuführungen zu Drohverlustrückstellungen in den sonstigen betrieblichen Aufwendungen handelt es sich um einen Bewertungsbedarf für Verpflichtungen aus Andienungsrechten in Höhe von 5,8 (i.Vj.: 11,5) Mio. EUR.

Die sonstigen betrieblichen Erträge enthalten im Wesentlichen Erträge aus der Auflösung von Zinsrückstellungen für Steuern in Höhe von 4,9 (i.Vj.: 0,9) Mio. EUR. Daneben wird im Vorjahr ein Bewertungsertrag in Höhe von 1,2 Mio. EUR ausgewiesen.

## (8) Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens

Die ausgewiesenen Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens in Höhe von 400,0 (i.Vj.: 0,0) Mio. EUR betreffen ausschließlich die Wertminderung der als Finanzanlage gehaltenen LBB.

## (9) Aufwendungen aus Verlustübernahme

Die Aufwendungen aus Verlustübernahme enthalten im Jahr 2013 die aufgrund eines Ergebnisabführungsvertrages übernommenen Verluste der LBB in Höhe von 144,1 Mio. EUR.

## (10) Zinsergebnis

in Mio. EUR	2013	2012
Zinserträge	5	2
aus Forderungen	2	0
aus Steuererstattungen	3	2
Zinsaufwendungen	12	12
für Verbindlichkeiten	0	3
aus Steuernachzahlungen	3	4
aus der Aufzinsung von Rückstellungen	9	5
Insgesamt	-7	-10

## (11) Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

Der ausgewiesene Ertragssteueraufwand in Höhe von 48,8 (i.Vj.: 34,2) Mio. EUR resultiert im Wesentlichen aus der Minderung der aktiven latenten Steuern in Höhe von 38,4 (i.Vj.: 22,2) Mio. EUR. Hinzu kommt ein Aufwand bei den tatsächlichen Steuern von insgesamt 10,4 (i.Vj.: 12,0) Mio. EUR. Darin enthalten ist ein aperiodischer Steuerertrag von 4,2 (i.Vj.: 12,3) Mio. EUR.

## Sonstige Angaben

### (12) Außerbilanzielles Geschäft / Haftungsverhältnisse und sonstige finanzielle Verpflichtungen

Nach der Detailvereinbarung mit dem Land Berlin (Einzelheiten siehe Lagebericht) ist für die Verpflichtungen der daran beteiligten Gesellschaften des Konzerns Holding in einigen Fällen eine gesamtschuldnerische Haftung verschiedener Gesellschaften festgelegt worden. Die Haftungsverteilung im Innenverhältnis erfolgte durch Vereinbarung vom August 2002, ergänzt im August 2004 und sieht einen Haftungsausgleich nach darin näher bestimmten Regeln vor, die sich im Wesentlichen an den Beteiligungsverhältnissen an der haftungsverursachenden Gesellschaft orientieren. Mit Vertrag vom 19. Dezember 2005 hat die Bankgesellschaft Berlin AG (nunmehr Landesbank Berlin Holding AG) die wesentlichen der von der Detailvereinbarung abgeschirmten Gesellschaften des Immobiliendienstleistungsgeschäfts an das Land Berlin veräußert. Die Detailvereinbarung enthält ferner Regelungen zu einem Besserungsschein, der als Teilgewinnabführungsvertrag mit einer Laufzeit von 15 Jahren ausgestaltet ist und sich an definierten Eigenkapitalquoten orientiert. Für die Übernahme der Risikoabschirmung ist ein Festbetrag von jährlich 15 Mio. EUR an das Land Berlin zu zahlen. Die Aufteilung dieser Kosten erfolgte durch Vereinbarung vom August 2002, ergänzt im August 2004, und sieht eine Kostenerstattung durch die LBB, die Berlin Hyp AG und die Investitionsbank Berlin entsprechend dem Verhältnis der Volumina der durch die Kreditgarantie geschützten Kredite der Banken vor.

Aus mittelbaren Pensionsverpflichtungen gegenüber der Unterstützungskasse der Landesbank Berlin Holding AG e.V. ergab sich eine Verpflichtung in Höhe von 8,6 (i.Vj.: 7,8) Mio. EUR.

Einzahlungsverpflichtungen für die Beteiligungen der Holding bestanden zum Bilanzstichtag nicht.

Patronatserklärungen wurden durch die Holding nicht abgegeben.

Die Verpflichtungen aus Garantien betreffen die Haftung der Holding als Gesamtschuldner mit der Landesbank Berlin AG für alle von der Landesbank Berlin Finance (Ireland) plc emittierten Anleihen unter dem MTN-Programm in Höhe von 379,6 (i.Vj.: 512,8) Mio. EUR, die aus rechtlichen Gründen nicht im Rahmen der Ausgliederung des Geschäftsbetriebes auf die LBB übertragen werden konnten.

Aus dem Vertrieb eines geschlossenen Immobilienfonds ist die Holding verpflichtet, auf Verlangen der Kommanditisten deren Fondsanteile im Jahre 2019 zu einem Preis von 100 % des Nominalbetrages (83,3 Mio. EUR) zu erwerben. Zur Abschirmung von sich daraus eventuell ergebenden Risiken besteht eine Rückstellung in Höhe von 28,0 (i.Vj.: 20,5) Mio. EUR.

Daneben verbürgt die Holding 28 Zertifikate und Schuldverschreibungen in Höhe von 56,4 (i.Vj.: 48,0) Mio. EUR, die sie in der Vergangenheit emittiert und in 2006 auf die LBB übertragen hat.

Die zugunsten von verbundenen Unternehmen eingegangenen Verpflichtungen gegenüber Dritten waren nicht zu passivieren, da davon auszugehen ist, dass die zugrundeliegenden Verbindlichkeiten durch die verbundenen Unternehmen voraussichtlich erfüllt werden können und daher mit einer Inanspruchnahme nicht zu rechnen ist.

Die Holding hat keine Dienstverträge mit Beschäftigten abgeschlossen. Die Durchführung der Geschäfte erfolgt durch das Tochterunternehmen LBB im Wege einer Geschäftsbesorgung.

### (13) Bezüge des Vorstands und des Aufsichtsrats

Die den Vorstand der Obergesellschaft Holding bildenden Herren Dr. Evers und Bettink waren zugleich Vorstandsmitglieder der LBB. Unabhängig von ihrer organschaftlichen Bestellung als Vorstandsmitglieder der Holding bestanden die Dienstverträge der Herren Dr. Evers und Bettink sowie auch die sie betreffenden Versorgungsvereinbarungen und vergleichbaren Verträge mit der LBB, für die sie überwiegend tätig waren.

Die LBB, die auf dieser vertraglichen Grundlage die Vorstandsbezüge für die beiden im Doppelband tätigen Vorstandsmitglieder zahlte, erhielt von der Holding einen am zeitlichen Aufwand orientierten, jährlich auf seine Angemessenheit zu überprüfenden Ausgleichsbetrag in Höhe einer monatlichen Pauschale von 5 TEUR je Vorstandsmitglied bzw. 6 TEUR für den Vorstandsvorsitzenden. Hierfür wurden von der Holding im Jahre 2013 132 (i.Vj.: 132) TEUR als Aufwandsersatz erstattet.

An Vorstände und Aufsichtsorgane wurden folgende Bezüge gezahlt:

in TEUR	2013	2012
Gesamtbezüge des Vorstands	0	0
Gesamtbezüge des Aufsichtsrats <sup>1)</sup>	388	390

<sup>1)</sup> ohne Umsatzsteuer

Leistungen von Dritten wurden einzelnen Vorstandsmitgliedern im Hinblick auf ihre Tätigkeit als Vorstandsmitglied nicht zugesagt oder im Geschäftsjahr gewährt.

Vergütungskomponenten mit langfristiger Anreizwirkung (Bezugsrechte, sonstige aktienbasierte Vergütungselemente o.ä.) bestehen für die Vorstandsmitglieder nicht.

Zum Bilanzstichtag stellte sich der Gesamtbetrag der gewährten Vorschüsse und Kredite sowie eingegangenen Haftungsverhältnisse wie folgt dar:

in TEUR	2013	2012
an Mitglieder des Vorstands der LBB	5	4
davon an Mitglieder des Vorstands der Holding	4	4
an Mitglieder des Aufsichtsrats der Holding	192	202
an Mitglieder des Aufsichtsrats der LBB	170	179

Die Salden beinhalten zu Kundenkonditionen gewährte Annuitätendarlehen sowie zu Mitarbeiterkonditionen in Anspruch genommene Dispositionskredite und Abrechnungssalden auf Kreditkartenkonten. Die Vorschüsse und Kredite wurden von der LBB gewährt.

### (14) Mandate in Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien

Die Mandate von Mitgliedern des Vorstands der Holding in Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien sind in der Anlage 1 zum Anhang dargestellt.

## (15) Liste des Anteilsbesitzes

(§§ 285 Nr. 11, 340a Abs. 4 Nr. 2 HGB, einschließlich der Angaben gem. § 285 Nr. 11a HGB)

Stand: 31.12.2013

Zielwahrung/Einheit: EUR / in Tsd.

Verbundene Unternehmen					
Lfd. Nr.	Name/Ort	Kapital-anteil	abw. Stimm-rechte WKZ	Eigenkapital	Ergebnis
1.	Bavaria Immobilien Projektsteuerungs GmbH & Co. Objekt Berlin-Mitte Leipziger Straße KG, Berlin <sup>1) 10)</sup>	100,00	EUR	-3.164	1
2.	BB-Grundstücksgesellschaft mit beschrankter Haftung, Berlin <sup>2) 4) 10)</sup>	100,00	EUR	51	0
3.	Berlin Hyp Immobilien GmbH, Berlin <sup>1) 4) 10)</sup>	100,00	EUR	26	0
4.	Berlin Hyp AG, Berlin <sup>1) 3) 4) 10)</sup>	100,00	EUR	830.903	0
5.	Beteiligungsgesellschaft B & E Maßnahmen mbH, Berlin <sup>1) 10)</sup>	100,00	EUR	-19	-28
6.	B & E Maßnahme Naumburg GmbH, Leipzig <sup>1) 10)</sup>	100,00	EUR	-1.499	-1
7.	Crown Court Property London Ltd., London <sup>1) 10) 13)</sup>	100,00	GBP	17.316	756
8.	egs Entwicklungsgesellschaft Sdhorn mbH, Berlin <sup>1) 10)</sup>	94,00	EUR	-327	517
9.	Eurospeedway Lausitz Entwicklungs GmbH, Berlin <sup>1) 8)</sup>	100,00	EUR	571	22
10.	GfBI Beteiligungsmanagement GmbH, Berlin <sup>1) 10)</sup>	100,00	EUR	110	0
11.	Grundstücksgesellschaft Bad Freienwalde/Gardelegen GbR, Berlin <sup>1) 10)</sup>	76,71	EUR	-29.466	-1.904
12.	Grundstücksgesellschaft Lehrter Straße GbR, Berlin <sup>1) 10)</sup>	99,93	EUR	-3.980	-145
13.	Grundstücksgesellschaft Weichselstrae GbR - STADT UND LAND-Fonds 1 -, Berlin <sup>1) 10)</sup>	60,64	EUR	-4.316	-144
14.	Harpalus Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. Vermietungs KG i. L., München <sup>1) 8)</sup>	78,10	EUR	2	-37
15.	HaWe Verwaltungsgesellschaft mbH, Berlin <sup>1) 4) 10)</sup>	100,00	EUR	26	0
16.	IDL Beteiligungsgesellschaft mbH, Berlin <sup>1) 10)</sup>	100,00	EUR	19	0
17.	IDL Objektbeteiligungsgesellschaft mbH & Co. KG, Berlin <sup>1) 10)</sup>	100,00	EUR	98	-7
18.	Landesbank Berlin AG, Berlin <sup>4) 10)</sup>	100,00	EUR	2.861.243	0
19.	Landesbank Berlin International S.A., Luxembourg <sup>1) 3) 10)</sup>	100,00	EUR	189.957	22.361
20.	LBB Finance (Ireland) plc, Dublin <sup>1) 10)</sup>	100,00	EUR	1.319	-24
21.	LBB Grundstücksgesellschaft mbH, Berlin <sup>1) 4) 10)</sup>	100,00	EUR	9.436	0
22.	LBB-Immobilien-Service GmbH, Berlin <sup>4) 10)</sup>	100,00	EUR	1.405	302
23.	LBB Re Luxembourg S. A., Luxembourg <sup>10)</sup>	100,00	EUR	3.200	0
24.	Lindbank Grundstücks GmbH, Berlin <sup>1) 10)</sup>	100,00	EUR	262	-10
25.	netbank Aktiengesellschaft, Hamburg <sup>1) 10)</sup>	74,99	EUR	24.664	2.069
26.	SDZ Ostbrandenburg GmbH, Berlin <sup>1) 4) 10)</sup>	100,00	EUR	191	31
27.	SDZ Rhein-Ruhr GmbH, Düsseldorf <sup>1) 4) 10)</sup>	100,00	EUR	111	68
28.	S-Kreditpartner GmbH, Berlin <sup>1) 10), 12)</sup>	66,67	EUR	336.322	10.480
29.	S-Servicepartner GmbH, Berlin <sup>1) 4) 10)</sup>	100,00	EUR	2.699	0
30.	Versicherungsservice GmbH Unternehmensgruppe Landesbank Berlin, Berlin <sup>1) 4) 10)</sup>	100,00	EUR	1.036	0
31.	Wilkendorf Bau- und Projektentwicklungsgesellschaft mbH, Berlin <sup>1) 10)</sup>	100,00	EUR	813	63
32.	Wohnbau Tafelgelande Beteiligungs GmbH, München <sup>1) 7)</sup>	75,00	EUR	45	-1
33.	Wohnbau Tafelgelande GmbH & Co. KG, München <sup>1) 7)</sup>	75,00	EUR	624	131

### Sonstige Unternehmen von mindestens 20 v. H.

34.	Apollon Immobilien Verwaltungs GmbH & Co. KG - Vierter IBV-Immobilienfonds für Deutschland -, Berlin <sup>1) 10)</sup>	47,47	EUR	30.334	884
35.	Apollon Immobilien Verwaltungsgesellschaft mbH, Berlin <sup>1) 10)</sup>	30,00	EUR	92	4
36.	B + S Card Service GmbH, Frankfurt am Main <sup>1) 9)</sup>	25,10	EUR	16.511	-2.589
37.	BBB Bürgschaftsbank zu Berlin-Brandenburg GmbH, Berlin <sup>1) 10)</sup>	21,79	EUR	9.438	153
38.	CidS! Computer in die Schulen gemeinnützige Gesellschaft mbH, Berlin <sup>1) 10)</sup>	50,00	EUR	171	10
39.	Gaia Immobilien Verwaltungs GmbH & Co. Objekt Bautzener Gesundbrunnen KG, Berlin <sup>1) 7)</sup>	49,00	EUR	-227	-15
40.	Gartenstadt Stahnsdorf GmbH i. L., Berlin <sup>1) 5)</sup>	49,00	EUR	3	-1
41.	Gartenstadt Stahnsdorf GmbH & Co. Projektentwicklungs KG i. L., Berlin <sup>1) 6)</sup>	48,48	EUR	-2.987	-2.987
42.	NordEK Norddeutsche Einkaufskoordinationgesellschaft der Landesbank Berlin AG und der Norddeutschen Landesbank Girozentrale Berlin und Hannover, Berlin/Hannover <sup>1) 10)</sup>	0,00	50,00 EUR	128	31
43.	PEB Capital B. V. in liquidation, Hilversum <sup>1) 10)</sup>	42,39	EUR	80	-10
44.	Projektgesellschaft Forum Neukölln GbR mit auf das Gesellschaftsvermögen beschränkter Haftung, Berlin <sup>1) 6)</sup>	0,00	40,00 EUR	0	0
45.	SDZ Pfalz GmbH, Landau <sup>1) 11)</sup>	30,00	EUR	k. A.	k. A.
46.	SDZ Südbayern GmbH, Schwabmünchen <sup>1) 10)</sup>	30,00	EUR	589	51
47.	SDZ Westfalen-Lippe GmbH, Münster <sup>1) 10)</sup>	30,00	EUR	702	-191
48.	WISUS Beteiligungs GmbH & Co. Zweite Vermietungs KG, München <sup>1) 10)</sup>	49,00	36,30 EUR	-2.266	271

### Beteiligungen an großen Kapitalgesellschaften (§ 285 Nr. 11, 4. Teilsatz HGB i.V.m. § 340a Abs. 4 Nr. 2

49.	SCHUFA Holding AG <sup>10)</sup>	5,10	EUR	27.102	6.621
-----	----------------------------------	------	-----	--------	-------

1 Mittelbar gehalten.

2 Einschließlich mittelbar gehaltener Anteile.

3 Für die Gesellschaft gilt die Patronatserklärung der Landesbank Berlin AG.

4 Die Gesellschaft hat einen Ergebnisabführungs- und/oder Beherrschungsvertrag.

5 Es liegen Daten zum 31.12.2008 vor.

6 Es liegen Daten zum 31.12.2009 vor.

7 Es liegen Daten zum 31.12.2010 vor.

8 Es liegen Daten zum 31.12.2011 vor.

9 Es liegen Daten zum 30.09.2013 vor - abweichender Jahresabschlussstermin.

10 Es liegen Daten zum 31.12.2012 vor.

11 Neugründung 28.06.2013

12 Gemeinschaftsunternehmen (gemeinsch. Leitung lt. Gesellschaftsvertrag); keine Beherrschung trotz Mehrheit Kap. und Stimmrechte/kein TU

13 Kurs vom 31.12.2012: 1 EUR = 0,8161 GBP

## Verzeichnis der Gesellschaften mit Ergebnisabführungsverträgen mit der Landesbank Berlin Holding AG

Gesellschaft
1. Landesbank Berlin AG, Berlin
2. Landesbank Berlin Investment GmbH, Berlin

Der Ergebnisabführungsvertrag mit der Landesbank Berlin Investment GmbH, Berlin ist mit Ablauf des 31.12.2013 beendet worden.

# Organe der Landesbank Berlin Holding AG

## Vorstand

**Dr. Johannes Evers**  
Vorsitzender

**Martin K. Müller**  
bis 30.04.2013

**Jan Bettink**  
ab 01.05.2013

## Aufsichtsrat

<b>Georg Fahrenschon</b> Vorsitzender	Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbands
<b>Bärbel Wulff *)</b> stellv. Vorsitzende	Vorsitzende des Betriebsrats der Landesbank Berlin AG
<b>Marina Bieski-Balun *)</b> ab 01.03.2014	Senior-Referentin im Fachbereich Private Kunden der Berliner Sparkasse
<b>Hans Jörg Duppré</b>	Präsident des Deutschen Landkreistages
<b>Michael Dutschke *)</b>	stellv. Vorsitzender des Betriebsrats der Landesbank Berlin AG Senior-Referent im Bereich Organisations- und Produktivitätsmanagement der Berliner Sparkasse
<b>Dr. Michael Ermrich</b> ab 11.07.2013	Geschäftsführender Präsident des Ostdeutschen Sparkassenverbands
<b>Christina Förster *)</b>	Fachsekretärin für Finanzdienstleistungen der ver.di Landesbezirk Berlin-Brandenburg
<b>Dr. Rolf Gerlach</b>	Präsident des Sparkassenverbands Westfalen-Lippe
<b>Gerhard Grandke</b>	Geschäftsführender Präsident des Sparkassen- und Giroverbands Hessen-Thüringen
<b>Artur Grzesiek</b>	Vorsitzender des Vorstands der Sparkasse KölnBonn
<b>Sascha Händler *)</b>	Sparkassenbetreuer im Bereich Internationales Geschäft der Berliner Sparkasse
<b>Gerhard Henschel *)</b>	Mitglied des Betriebsrats der Landesbank Berlin AG
<b>Gerald Herrmann *)</b>	Bundesfachgruppenleiter Sparkassen/Bundesbank ver.di Bundesverwaltung Berlin
<b>Claus Friedrich Holtmann</b> bis 31.05.2013	Geschäftsführender Präsident des Ostdeutschen Sparkassenverbands

<b>Michael Jänichen *)</b>	Bereichsleiter Firmenkunden der Berliner Sparkasse
<b>Daniel Kasteel *)</b>	Mitglied des Betriebsrats der Landesbank Berlin AG Mitarbeiter im Bereich Organisations- und Produktivitätsmanagement der Berliner Sparkasse
<b>Thomas Mang</b>	Präsident des Sparkassenverbands Niedersachsen
<b>Frank Meysel *)</b> bis 28.02.2014	Mitglied des Betriebsrats der Landesbank Berlin AG Mitarbeiter im Bereich Compliance der Berliner Sparkasse
<b>Helmut Schleweis</b>	Vorsitzender des Vorstands der Sparkasse Heidelberg
<b>Peter Schneider</b>	Präsident des Sparkassenverbands Baden-Württemberg
<b>Dr. Harald Vogelsang</b>	Vorstandssprecher der HASPA Finanzholding und der Hamburger Sparkasse AG
<b>Frank Wolf *)</b>	Fachbereichsleiter Finanzdienstleistungen der ver.di Landesbezirk Berlin-Brandenburg

\*) Arbeitnehmervertreter

Berlin, 11. Februar 2014

**Der Vorstand**

Dr. Evers

Bettink

**Anlagen**

Anlage 1:	Mandate von Mitgliedern des Vorstands in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsgremien von großen Kapitalgesellschaften
-----------	--

## Mandate des Vorstands

- a) Mitgliedschaft in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsräten
- a)\* Mitgliedschaft in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsräten von Konzerngesellschaften
- b) Mitgliedschaft in vergleichbaren in- und ausländischen Kontrollgremien von Wirtschaftsunternehmen

## Vorstand

### Dr. Johannes Evers

Vorsitzender des Vorstands

Vorsitzender des Vorstands der Landesbank Berlin AG, Berlin

---

- a)\* stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats der
  - Berlin Hyp AG, Berlin
  - Landesbank Berlin Investment GmbH, Berlin (bis 31.12.2013)
- b) Vorsitzender des Aufsichtsrats der
  - S-Kreditpartner GmbH, Berlin
- stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrates der
  - Deutscher Sparkassen Verlag GmbH, Stuttgart
- Mitglied des Aufsichtsrats der
  - Stiftung Schloss Neuhardenberg GmbH, Neuhardenberg
- Mitglied des Board of Directors (non-executive) der
  - Visa Europe Limited, London
- Mitglied des Verwaltungsrats der
  - DekaBank Deutsche Girozentrale, Frankfurt am Main

### Jan Bettink

Mitglied des Vorstands (seit 01.05.2013)

Mitglied des Vorstands der Landesbank Berlin AG (bis 31.12.2013)

---

- a) Mitglied des Aufsichtsrates der
  - GSW Immobilien AG, Berlin (vom 11.10.2013 bis 31.12.2013)
- a)\* Vorsitzender des Aufsichtsrats der
  - Berlin Hyp AG, Berlin (bis 10.11.2013)
- b) Mitglied des Verwaltungsrats der
  - Kreditanstalt für Wiederaufbau – Anstalt des öffentlichen Rechts (KfW), Frankfurt am Main

## **Martin K. Müller**

Mitglied des Vorstands (bis 30.04.2013)

Mitglied des Vorstands der Landesbank Berlin AG, Berlin (bis 30.04.2013)

---

- a)\* Vorsitzender des Aufsichtsrats der  
- S-Servicepartner GmbH, Berlin (bis 30.04.2013)

Mitglied des Aufsichtsrats der  
- Berlin Hyp AG, Berlin (bis 30.04.2013)

- b) Mitglied des Aufsichtsrats der  
- S-Kreditpartner GmbH, Berlin (bis 30.04.2013)

Mitglied des Verwaltungsrats der  
- Landesbank Berlin International S. A., Luxemburg (bis 30.04.2013)

## **Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers**

An die Landesbank Berlin Holding AG, Berlin

Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Landesbank Berlin Holding AG, Berlin, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2013 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung liegen in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Berlin, den 25. Februar 2014

PricewaterhouseCoopers  
Aktiengesellschaft  
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Peter Kleinschmidt  
Wirtschaftsprüfer

ppa. Mario Bauschke  
Wirtschaftsprüfer

### **Versicherung der gesetzlichen Vertreter**

Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Jahresabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens vermittelt und im Lagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage des Unternehmens so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird, sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung des Unternehmens beschrieben sind.

**Berlin, den 25. Februar 2014**

**Der Vorstand**

Dr. Evers

Bettink

## **Bericht des Aufsichtsrats der Landesbank Berlin Holding AG**

Der Aufsichtsrat hat sich im Geschäftsjahr 2013 in acht Plenumssitzungen sowie in elf Ausschuss-Sitzungen – davon drei Telefonkonferenzen – ausführlich über aktuelle Ereignisse sowie über Geschäfte von grundsätzlicher Bedeutung unterrichten lassen. Er hat sich regelmäßig, zeitnah und umfassend schriftlich wie mündlich mit der Lage und der Geschäftsentwicklung der Landesbank Berlin Holding AG (Holding) und ihrer Tochtergesellschaften befasst, die Geschäftsführung des Vorstands laufend überwacht und sich von deren Ordnungsmäßigkeit überzeugt.

Der Aufsichtsrat hat sich vom Vorstand über die beabsichtigte Geschäftspolitik und andere grundsätzliche Fragen der Unternehmensplanung, insbesondere über die Finanz-, Investitions- und Personalplanung, über die Risikosituation und die Compliance informieren lassen, alle in diesem Zusammenhang angefallenen Aspekte beraten und gegebenenfalls Empfehlungen ausgesprochen. Aktuelle Einzelthemen wurden zwischen dem Vorstandsvorsitzenden und dem Vorsitzenden des Aufsichtsrats erörtert.

Bei identischen Themenstellungen tagten die Aufsichtsräte der Holding und der Landesbank Berlin AG (LBB) wie auch die beiden Bilanzprüfungs-, Personal- und Strategieausschüsse jeweils in gemeinsamen Sitzungen.

### **Schwerpunkte der Aufsichtsratsstätigkeit**

Gegenstand der Sitzungen war die Information durch den Vorstand zur aktuellen Geschäftsentwicklung und den Ergebnissen der Strategischen Geschäftsfelder, zur aktuellen Lage sowie zum Umbau der LBB zur Berliner Sparkasse.

In der Sitzung vom 18. Februar 2013 berichtete der Vorstand über eine erste Indikation zur Geschäftsentwicklung per 31. Dezember 2012 nach HGB und erörterte mit dem Aufsichtsrat den Verlauf des abgelaufenen Geschäftsjahres. Ferner hat sich der Aufsichtsrat über den aktuellen Stand des Umbaus der LBB zur Berliner Sparkasse, über die Kapitalanforderungen und zum Komplexitätsabbau informieren lassen sowie mit der jährlichen Prüfung der Richtlinien des Aufsichtsrats für die Festsetzung und Auszahlung der variablen Vergütung auf ihre Angemessenheit befasst. Zudem hat der Aufsichtsrat die Einstellung der Publizitäten zur Corporate Governance beschlossen sowie Vertragsangelegenheiten des Vorstands erörtert.

Zur Vorbereitung der Bilanzsitzung am 21. März 2013 wurden dem Aufsichtsrat die Berichte des Abschlussprüfers, der PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, übermittelt. Im Rahmen dieser Bilanzsitzung erfolgten die Berichterstattungen des Vorstands über das Geschäftsjahr 2012 und die des Wirtschaftsprüfers, die Beratung und Prüfung des Jahres- und Konzernabschlusses sowie des Lage- und Konzernlageberichts der Holding zum 31. Dezember 2012. Weitere Themen dieser Sitzung waren die Prüfung des Berichts über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen gemäß § 312 AktG, die Kenntnisnahme des Compliance Jahresberichts 2012 und die Beschlussfassung über den Bericht des Aufsichtsrats. Daneben wurden im Rahmen eines Vorratsbeschlusses die Beauftragung des Wirtschaftsprüfers sowie die jährliche Durchführung der Effizienzprüfung der Aufsichtsratsstätigkeit anhand einer Checkliste beschlossen. Der Vorstand stellte den Ergebnisbericht zu Hinweisen und Prüfbitten aus dem Kreis des Aufsichtsrats und den Bericht über die Wirksamkeit des Internen Kontrollsystems (IKS), die bankaufsichtliche Würdigung des Risikotragfähigkeitskonzepts der LBB sowie den Jahresbericht über Spenden und Sponsoringmaßnahmen vor. Daneben hat der Vorstand über den aktuellen Stand der Arbeiten zur Erfüllung der Kapitalanforderungen und zum Projekt Umbau berichtet.

In der Sitzung am 16. April 2013 hat sich der Aufsichtsrat ausschließlich mit Vorstandsangelegenheiten befasst.

Am 13. Juni 2013 befasste sich der Aufsichtsrat intensiv mit dem Projekt Umbau der LBB zur Berliner Sparkasse sowie der Kapitalausstattung und dem Abbau der risikogewichteten Aktiva. Darüber hinaus wurden der Bericht über die Abarbeitung der Monita aus der ICAAP-Prüfung und zur Weiterentwicklung des Risikotragfähigkeitskonzepts sowie Vorstandsangelegenheiten erörtert.

Der Aufsichtsrat erörterte am 17. Juli 2013 ausführlich den Stand der Veräußerung des kundenorientierten Kapitalmarktgeschäfts und der LBB-INVEST an die DekaBank.

Am 5. September 2013 erörterte der Aufsichtsrat mit dem Vorstand neben den Maßnahmen zur Kapitalausstattung und zum Risikotragfähigkeitskonzept erneut den Umbau der LBB zur Berliner Sparkasse und die Transaktion mit der DekaBank. Ferner fasste der Aufsichtsrat einen Vorratsbeschluss zu Organkrediten und beschloss die Prüfungsschwerpunkte für das

Geschäftsjahr 2013. Er nahm den Bericht des Vergütungsausschusses über die Angemessenheit der Ausgestaltung der Vergütungssysteme der LBB, den Sparkassenbericht 2012 sowie den Bericht über die Abarbeitung der Ergebnisse aus der ICAAP-Prüfung zur Verbesserung des Risikotragfähigkeitskonzepts zur Kenntnis. Weitere Themen waren der personelle Wechsel in der Leitungsfunktion des Bereichs Compliance, die Festlegung der Sitzungstermine für die Gremien im Folgejahr, die Firmierung der Berlin Hyp und die Auswertung der Ergebnisse der jährlichen Effizienzprüfung der Aufsichtsratsstätigkeit für das Jahr 2012.

In der Sitzung des Aufsichtsrats am 8. November 2013 berichtete der Vorstand über den Stand des Projekts Umbau der Landesbank Berlin zur Berliner Sparkasse. Im Ergebnis seiner Beratungen stimmte der Aufsichtsrat dem Verkauf der Tochter LBB Invest GmbH und des kundenorientierten Kapitalmarktgeschäfts als wesentlicher Geschäftsteil seiner Tochter LBB an die DekaBank zu den vereinbarten Konditionen zu. Der Vorstand stellte zudem den Bericht zum Abbau der risikogewichteten Aktiva, zur Kapitalausstattung sowie zur Risikotragfähigkeit vor. Weitere Schwerpunkte der Aufsichtsratsitzung bildeten die Erörterung der Mittelfristplanung, die Berichterstattung über die Abarbeitung der Ergebnisse aus der ICAAP-Prüfung zur Verbesserung des Risikotragfähigkeitskonzepts, der Sachstand zur Umsetzung der Mindestanforderungen an Sanierungspläne (MaSan) in der LBB sowie Ergebnisse und Maßnahmen aus der § 44er-Prüfung zur Institutsvergütungsverordnung. Darüber hinaus hat sich der Aufsichtsrat mit Vorstandsangelegenheiten sowie den Auswirkungen aus dem CRD IV-Umsetzungsgesetz befasst. In diesem Zusammenhang hat der Aufsichtsrat zur Umsetzung der ab 1.1.2014 geltenden neuen Regelungen zur Struktur der Ausschüsse des Aufsichtsrats beschlossen, einen Personal- und Strategieausschuss (PSA) und einen Prüfungsausschuss (PA) zu bilden und das Aufgabengebiet des bisherigen BPS-Ausschusses ab 1.1.2014 auf den PSA und den PA aufzuteilen.

Die letzte Sitzung des Aufsichtsrats im Berichtsjahr wurde am 10. Dezember 2013 abgehalten und diente der Erörterung und Beschlussfassung zu Vorstandsangelegenheiten.

Außerhalb der Sitzungen wurden vom Aufsichtsrat im Geschäftsjahr 2013 zwei Beschlüsse im Umlaufverfahren gefasst.

Alle Mitglieder des Aufsichtsrats haben im Jahr 2013 an mindestens der Hälfte der Sitzungen des Aufsichtsrats teilgenommen.

## **Ausschüsse des Aufsichtsrats**

Die Arbeit des Aufsichtsrats wurde im Geschäftsjahr 2013 durch den aus der Mitte des Aufsichtsrats gebildeten Bilanzprüfungs-, Personal- und Strategieausschuss (BPS-Ausschuss) unterstützt.

Der gemäß § 27 Abs. 3 Mitbestimmungsgesetz von 1976 gesetzlich zu bildende Vermittlungsausschuss trat im Jahr 2013 nicht zusammen.

Der Aufsichtsrat hat sich im Plenum regelmäßig und umfassend über die Arbeit des BPS-Ausschusses berichten lassen.

## **Corporate Governance**

Der Aufsichtsrat hat die Umsetzung der Vorschriften des Deutschen Corporate Governance Kodex (DCGK) erörtert. Im Frühjahr 2013 hat der Aufsichtsrat seine Arbeit einer Effizienzprüfung unterzogen. Die Ergebnisse dieser Effizienzprüfung sind im Zusammenwirken mit dem Vorstand Grundlage für die weitere Optimierung der Arbeit im Aufsichtsrat. Im Februar 2013 hat der Aufsichtsrat den weiteren Umgang mit dem Deutschen Corporate Governance Kodex eingehend erörtert und beschlossen, dass die Publizitäten über die Befolgung des DCGK aufgrund des Wegfalls der Börsennotierung mit sofortiger Wirkung eingestellt werden. Dennoch werden bereits implementierte aus dem DCGK stammende Prozesse weiterhin berücksichtigt.

## **Personalia Vorstand**

Mit Ablauf des 30. April 2013 legte Herr Martin K. Müller sein Mandat im Vorstand der Landesbank Berlin Holding AG nieder. Herr Jan Bettink wurde mit Wirkung vom 1. Mai 2013 zum Vorstand der Landesbank Berlin Holding AG bestellt.

## **Personalia Aufsichtsrat**

Mit Ablauf des 31. Mai 2013 legte Herr Claus Friedrich Holtmann sein Mandat im Aufsichtsrat der Holding nieder. Am 11. Juli 2013 wählte die Hauptversammlung der Holding Herrn Dr. Michael Ermrich zum Mitglied des Aufsichtsrats der Holding.

Der Aufsichtsrat hat in Anlehnung an Ziffer 5.4.2 des Deutschen Corporate Governance Kodex geprüft und festgestellt, dass ihm eine nach seiner Einschätzung ausreichende Anzahl unabhängiger Mitglieder angehört und die gesetzlichen Anforderungen gemäß § 100 Abs. 5 AktG an den Sachverstand auf den Gebieten Rechnungslegung und Abschlussprüfung erfüllt sind.

### **Bericht des Vorstands über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen**

Der Aufsichtsrat hat eine Prüfung des Berichts des Vorstands über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen gemäß § 312 AktG für das Geschäftsjahr 2013 vorgenommen. Diese und auch die Prüfung durch den Abschlussprüfer haben keinen Anlass zu Beanstandungen gegeben.

PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft erteilte der Holding für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2013 den folgenden Bestätigungsvermerk:

„Nach unserer pflichtmäßigen Prüfung und Beurteilung bestätigen wir, dass

1. die tatsächlichen Angaben des Berichts richtig sind,
2. bei den im Bericht aufgeführten Rechtsgeschäften die Leistung der Gesellschaft nicht unangemessen hoch war.“

Gegen die Schlusserklärung des Vorstands im Bericht über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen gem. § 312 AktG erhebt der Aufsichtsrat nach dem abschließenden Ergebnis seiner Prüfung keine Einwendungen.

### **Jahresabschluss 2013**

Der vorliegende Jahresabschluss der Holding mit dem Lagebericht sowie der Konzernabschluss der Holding mit dem Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr 2013 wurden durch die von der Hauptversammlung zum Abschlussprüfer bestellte PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Frankfurt/Main, Zweigniederlassung Berlin, unter Beachtung der vom Aufsichtsrat festgelegten Prüfungsschwerpunkte geprüft und

mit einem jeweils uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen. Der Aufsichtsrat hat das jeweils erteilte Testat zur Kenntnis genommen.

Vor und während der jeweiligen Prüfung informierte sich der Aufsichtsrat beim Abschlussprüfer über deren Ablauf und Inhalt. Der Jahresabschluss der Holding wurde nach den Vorschriften des HGB, der Konzernabschluss der Holding nach den International Financial Reporting Standards (IFRS) aufgestellt. Sowohl der Jahresabschluss als auch der Konzernabschluss wurden zusammen mit dem Lagebericht und dem Konzernlagebericht sowie den jeweiligen Prüfungsberichten des Wirtschaftsprüfers rechtzeitig vor den jeweiligen Bilanzsitzungen des Prüfungsausschusses und des Aufsichtsrats den Gremien zur eingehenden Prüfung vorgelegt.

An den Bilanzsitzungen des Plenums sowie des Prüfungsausschusses nahmen die den Jahres- und Konzernabschluss unterzeichnenden Wirtschaftsprüfer teil. Der Abschlussprüfer berichtete dabei über die wesentlichen Ergebnisse seiner Prüfung sowie darüber, dass keine wesentlichen Schwächen des internen Kontrollsystems und des Risikomanagementsystems vorlagen. In der gemeinsamen Erörterung beantwortete er die Fragen der Gremienmitglieder. Der Aufsichtsrat hat sich in Anlehnung an DCGK Ziff. 7.2.1 davon überzeugt, dass beim Abschlussprüfer keine Interessenkonflikte hinsichtlich einer unabhängigen Prüfung bestehen.

Gegen die Prüfungsergebnisse ergaben sich keine Einwendungen. Der Aufsichtsrat hat die vom Vorstand aufgestellten Jahresabschlüsse der Holding und des Konzerns Holding zum 31. Dezember 2013 in seiner Sitzung vom 26. März 2014 gebilligt. Der Jahresabschluss der Holding gilt damit gemäß § 172 Abs. 1 Satz 1 AktG als festgestellt.

Der Aufsichtsrat dankt den Mitgliedern des Vorstands sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die im Geschäftsjahr 2013 erbrachten Leistungen.

Berlin, im März 2014

Der Aufsichtsrat

Georg Fahrenschon  
Vorsitzender

Landesbank Berlin Holding AG  
Alexanderplatz 2  
10178 Berlin  
Postfach 11 08 01  
10838 Berlin  
Telefon: 030/245 500  
Telefax: 030/245 69 50200  
[www.lbb.de](http://www.lbb.de)

